hlz

C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
Mai-Juni 5-6/2021

Von der Wiege bis...

Können wir das Meeting verschieben? Das Homeschooling der Hundeschule dauert noch...

Anja Bensinger-Stolze und Fredrik Dehnerdt

Gemeinsam stark

Acht Jahre haben wir zwei mit Überzeugung und Leidenschaft unsere Arbeitskraft, Expertise und unser Engagement in die GEW eingebracht und gemeinsam mit euch vieles bewegt.

Bildungspolitisch haben wir mit der Gründung des Bündnisses für schulische Inklusion 2014 den Grundstein dafür gelegt, die Hälfte unserer Forderungen in diesem Bereich (300 Stellen mehr, Barrierefreiheit in allen neuen Schulbauten, Therapeut_innenstellen an allgemeinbildenden Schulen usw.) über Verhandlungen mit dem Senat durchzusetzen. Allen Schulpolitiker_innen in Hamburg ist damit klar geworden: Inklusion geht nur mit mehr Ressourcen und ist nicht zum Nulltarif zu haben. Das Bündnis setzt weiterhin seine Arbeit fort und hakt immer wieder nach.

Bei der Reformierung der Lehrer_innenbildung konnten wir ebenfalls mit einem – temporären – Bündnis durchsetzen, dass es nun ein gemeinsames Lehramt für Stadtteilschul- und Gymnasialkolleg_innen gibt. Ein kleiner Schritt in Richtung „Eine Schule für Alle“. Auch unsere Positionierung zum „Abitur im eigenen Takt“ (die Oberstufe in zwei, drei oder vier Jahren zu durchlaufen) hat Aufmerksamkeit und die Einladung zur Anhörung im Schulausschuss nach sich gezogen. Jetzt arbeiten wir mit dem Bündnis „Mehr Zukunft in der Schule“ daran, dass die an Schule Beteiligten endlich mehr an den Entscheidungen beteiligt werden. Mehr Dialog, mehr Verantwortung für die Schulgemeinschaften und – nicht zuletzt – mehr Zeit für pädagogische Arbeit sind dabei unsere wesentlichen Forderungen.

Die Forderungen nach einer für die in Schule Beschäftigten „auskömmlichen“ Arbeitszeitverteilung haben wir mit den Forderungen im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sinnvoll ergänzt und damit sehr breit aufgestellt. Hier muss weiter gebohrt werden!

Für den Schulbereich konnten wir in diesem Jahr den Erfolg der Durchsetzung von A13Z bzw. E13 für alle voll ausgebildeten Grund- und Stadtteilschulkolleg_innen feiern!

In den letzten acht Jahren haben wir uns auch im Kita- und Ganztagsbereich gut aufgestellt: Wir haben die Volksinitiative „Guter Ganztag“, „Mehr Hände für Hamburger Kitas“ und das Kita-Netzwerk unterstützt. In den Betriebsräten des Hamburger Schulvereins, aber auch immer stärker bei den Elbkindern – dort mit der offenen Liste (DOL) – sind immer mehr GEW-Kolleg_innen vertreten.

Beim Gesamtpersonalrat für die Beschäftigten an allgemeinbildenden Schulen stellen wir mit 76 Prozent GEW-Kolleg_innen die größte Fraktion und können so die Interessen aller unserer Mitgliedergruppen in der Schule vertreten. Wir setzen uns für die Interessen des pädagogisch-therapeutischen Fachpersonals und für die Vorschulklassenleitungen genauso ein wie für alle Lehrkräfte!

Im Hochschulbereich sind wir bei den Personalräten so gut aufgestellt wie noch nie, sind bei den größeren Hochschulen mit Listen vertreten und stellen an der TU Hamburg Harburg sogar den Personalratsvorsitzenden.

Auch in der Weiterbildung engagiert sich die GEW Hamburg immer stärker. Mit unserem Hamburger Appell, mehreren Veranstaltungen und Aktionen für eine bessere Bezahlung der Kolleg_innen in der Weiterbildung haben wir dies auch öffentlich gemacht. Unsere Fachgruppe Erwachsenenbildung wächst.

Über die konkrete Interessenvertretung hinaus waren wir in den letzten Jahren auch im Bereich der Bildungs-, Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik aktiv: So im Bereich der politischen Bildung (AfD an Schulen) und bei der nicht immer einfachen Aufarbeitung der eigenen Gewerkschaftsgeschichte (NS-Zeit, Berufsverbote). Wir haben soziale Bewegungen unterstützt (UmFAIRteilen, TTIP, NOlympia, Alternativen zu G20, Fridays for Future) und Bündnispartnerschaften gepflegt (BERTINI, KZ Gedenkstätte Neuengamme, Aufstehen gegen Rassismus).

Fortsetzung auf Seite 51

Bild: Sofia Kolifotos, Kunstprojekt Graskamp, MBS

Wann hört das endlich auf… Seite 10

Kinder und Jugendliche wie auch alle Kolleg_innen in Schule und Kita sehnen sich nach Normalität. Noch allerdings herrschen Unsicherheit, Chaos, Wut und Verzweiflung.

Abi-Chaos Seite 18

Nicht, dass wir allen nicht das Recht auf Fehler zugestehen würden, aber wie im Anschluss an die fehlerhaften Bio-Abituraufgaben die Panne angegangen wurde, erfüllt alle Anforderungen einer Posse, wenn es nicht Opfer – die Schüler_innen – gäbe.

Wahlkampf Seite 24

Auch wenn alles wegen der Pandemie auf Sparflamme läuft: Wie halten wir es im Rahmen der politischen Willensbildung an Schulen mit Einladungen an Vertreter_innen der AfD?

Nicht mehr zu übersehen Seite 20

Das lautstarke Auftreten betroffener Kolleg_innen aus der Erwachsenenbildung schafft Aufmerksamkeit für die skandalöse Bezahlung. Das kann von der Politik nicht länger ignoriert werden.

Foto: Roland Stolze

Corona

Offener Brief
Krisenmanagement mangelhaft — 10

Tagebuch
Voll daneben — 13

Gesundheitsschutz
Eklatante Lücken — 15

Schon gemacht?

Hier geht's zur...

...hlz-Umfrage

oder unter
www.gew-hamburg.de/hlz-umfrage-2021

Magazin

Wahlkampf
Welche Parteien kommen in die Schule? — 24

Resilienz
Bedeutung wächst — 35

Religionsunterricht
Debatte — 42

Film
Nichts für Schnäppchenjäger_innen — 45

Anthropozän
Von der Plage zur Pandemie — 46

Weltkindertag
Aktionen am 12. Juni — 52

Rüstungsexporte
Volksini erfolgreich — 54

Freerk Huisken – Flüchtlingsgespräche
Rezension — 56

Nazi-Biografie
Heinrich Hehn — 58

Schwerpunkt

Sozialindex als Heilsbringer? — 28

GEW

1. Mai
Band der Solidarität — 8

Offene Liste
LOB nicht zu loben — 17

Weiterbildung
Hamburger Appell — 20

TVöD
Los geht's — 22

Gewerkschaftstag
Wahlaufsatz — 63

Bildungspolitik

Bio-Abi
Klausurchaos — 18

Inklusion
Nur schöner Traum? — 38

Rubriken

hlz-Notiz — 3

Leserbriefe/Nachrichten — 6

Impressum — 23

gb@ — 27

Termine — 63

Rätsel — 64

Aus der Zauberflöte... — 65

Grafik: Jason Tsiakas

KESS-Faktoren — Seite 28
Die Kategorisierung, um Benachteiligungen zu kompensieren, liefert zugleich ein ziemlich genaues Abbild der sozialen Spaltung. Das wiederum bleibt nicht ohne Folgen.

Inklusion — Seite 38
Droht das Projekt an seinen inneren Widersprüchen oder aus Mangel an Ressourcen zu scheitern? Eine Meinung aus Süddeutschland.

Resilienz — Seite 35
Ein Modewort, das nicht ohne Grund Konjunktur hat. Es wirft zugleich die Frage auf: Wie kann mensch seine Widerstandsfähigkeit stärken?

Die Welt retten — Seite 46
Der Schriftsteller und Publizist Ilija Trojanow beschreibt eindrücklich die Notwendigkeit, dies zu tun und zeigt, dass Corona als Konsequenz unserer Lebensweise betrachtet werden muss.

Foto: Stefan Gierlich

hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg
hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)
Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

erpresserisch

hlz 3-4/2021, S. 9

„Präsenz nur geimpft“ eine elitäre Forderung zu Lasten der sozial besonders benachteiligten Schüler_innen.

Liebe GEW, ich bin empört über die Kampagne „Präsenz nur geimpft“. Ich finde es unverantwortlich, dass eine Berufsgruppe sich derart in den Vordergrund drängt. In Hamburg warten immer noch sehr viele Menschen über 70 Jahre auf einen Impftermin. Diese Altersgruppe ist deutlich mehr gefährdet, an Covid 19 schwer zu erkranken oder sogar zu sterben als z. B. Lehrer_innen unter 50.

Die Erkenntnis, dass zu allererst die vulnerablen Gruppen geschützt werden müssen, kam erst sehr spät (ca.November 2020). Jetzt wurde begonnen, die schon länger vorhandenen Antigenschnelltests einzusetzen. Coronaausbrüche in Alten-und Pflegeheimen gingen daraufhin stark zurück. Das Impfen der Personen der Gruppe 1 führte schnell zu einem Rückgang der Todeszahlen. Jetzt scheint dies alles wieder vergessen zu sein. Die GEW und andere Lehrerinteressensverbände fordern das Impfen aller Kolleg_innen, egal wie alt und gefährdet diese sind und das in erpressischer Manier: „Präsenz nur geimpft“ heißt die Losung.

Zusätzlich wird die GEW noch päpstlicher als der Papst. Die Schwelle für das Einstellen des Präsenzunterrichts kann nicht niedrig genug sein (100 statt 165).

Die Schüler_innen und besonders die der sozial benachteiligten Schichten sind die Opfer des elitären Anspruchs.

Chancengleichheit zu schaffen für sozial benachteiligte Kinder – das war das immer wiederkehrende Mantra der GEW. Das hat man wohl vergessen.

Viele Eltern in den Brennpunkten der Stadt werden durch Homeschooling enorm belastet. Die Kinder werden abgehängt. Daran sollte die Gewerkschaft auch mal denken, als in populistischer Manier Panik zu verbreiten und die Kolleg_innen zu unsolidarischem Verhalten gegenüber den wirklich gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu bewegen.

ROLF URBAN, Ruheständler

Opium für's Volk

hlz 3-4/2021, S. 32ff

Integriert in ein Unterrichtsfach "Drogenkunde" kann ich mir neben der Behandlung der gängigen Drogen Alk und Tabletten eben auch Opium und Religionen vorstellen. M.a.W.: Erst wenn Opium für alle frei zugänglich sein sollte, könnten wir auch über Religion in Schulen nachdenken.

HERBERT HINSCH

erhellend

hlz 3-4/2021, S. 47ff

Lieber Joachim,

vielen Dank für diesen wirklich erhellenden und nützlichen Artikel. Du zeigst nicht nur die Sackgassen auf, die durch die identitätspolitische Sichtweise entstehen können, sondern würdigst auch den analytischen Wert des Begriffes Identität für das Erfassen realer gesellschaftlicher Prozesse. Ich finde, die Überschrift wird diesem Verdienst nicht ganz gerecht. Jörg Huffschmid hat damals für seinen brillanten Essay über den Begriff „Stamokap“ den Titel „Weder toter Hund, noch schlafender Löwe“ gefunden. Würde auch nicht schlecht zu „Identitätspolitik“ passen.

Achtung: Unwichtig & trivial! Es gibt in deinem Artikel eine ganz putzige Begriffsverwechslung kurz nach der Zwischenüberschrift „Gleich ist nicht gleich“:

„So finde ich bspw. das kindliche Indianerspiel nicht diskriminierend. Auf jeden Fall kann ich mich nicht erinnern, dass wir als Kinder bei diesem Spiel uns mit dem ins gesellschaftliche Abseits gedrängten, von Alkohol gezeichneten Menschen identifiziert haben, wie man es später als Realität vorgeführt bekam oder einem blutrünstigen, Skalpell jagenden Wilden nacheifern wollten.“

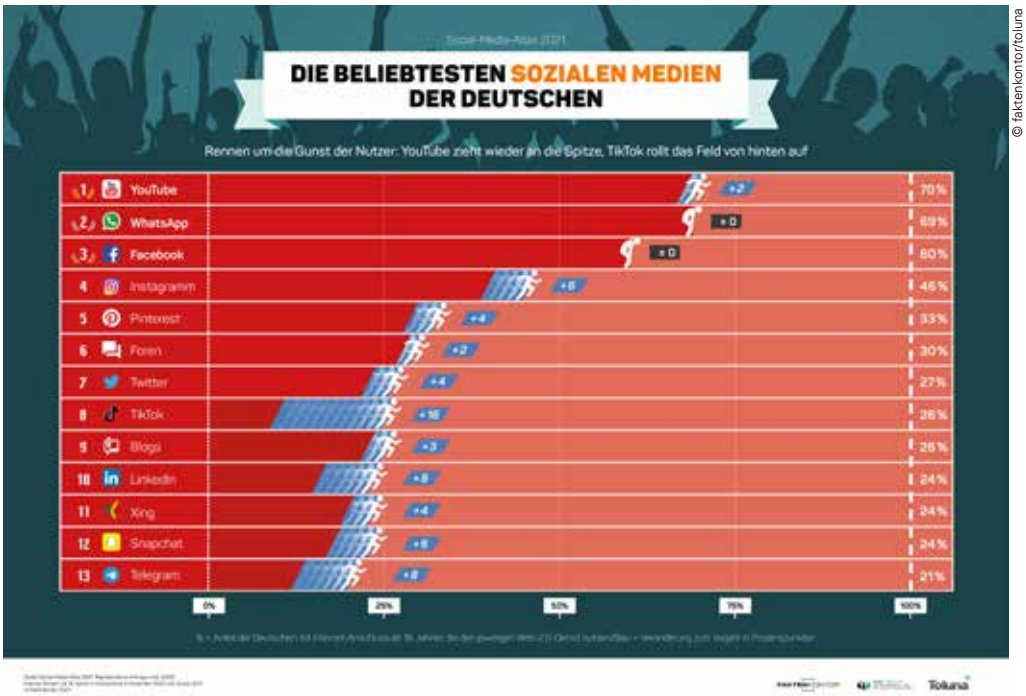
Die edlen Wilden kamen noch recht gut ohne medizinisches Gerät aus. Was sie suchten, war der „scalp“ = die Kopfhaut des getöteten Gegners – übrigens ein Ausdruck eines transkulturellen Missverständnisses. Die kaufmännisch kalkulierenden holländischen ersten Kopfgeldjäger holten damit mit minimiertem Aufwand ihre Preisgelder pro erlegtem Ureinwohner ab. Die „Indianer“ übernahmen dieses „Brauchtum“, weil sie dachten, damit würden sie in der „Sprache“ der Gegner eine Überlegenheit beweisen.

Mit solidarischen Grüßen
ULI LUDWIG

s. dazu auch S. 65f

Überfällig

Eine Runde von Kulturpoliker_innen und Kulturverantwortlichen Deutscher Museen unter der Leitung von Kultur-



© faktenkontor/toluna

Die Ergebnisse beruhen auf einer Befragung von 3.500 Internet-Nutzer_innen.

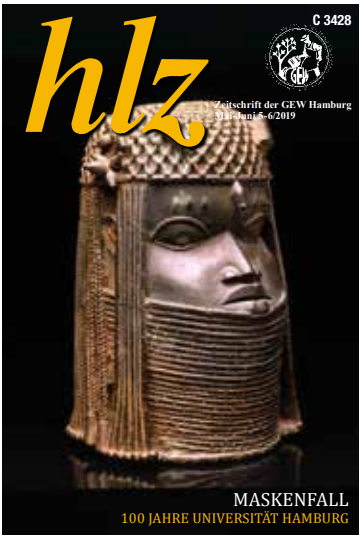
staatsministerin Monika Grütters verabschiedete eine Erklärung zum Umgang mit den in deutschen Museen und Einrichtungen befindlichen Benin-Bronzen unter dem Titel: „Meilenstein in der Aufarbeitung des kolonialen Erbes“. Dazu Kultursenator Carsten Brosda: „Hamburg bereitet seit 2014 in einem breiten Beteiligungsprozess sein koloniales Erbe auf. Ein zentraler Punkt ist dabei auch der Umgang mit Sammlungsgegenständen aus kolonialen Kontexten in unseren Museen. Die jetzt getroffene Vereinbarung ist ein echter Meilenstein und ermöglicht uns auch in Hamburg jetzt, gemeinsam die nächsten Schritte zur Rückgabe des kolonialen Raubguts zu gehen. Dies ist ein substantielles Bekenntnis zur Aufarbeitung der Kolonialverbrechen der Vergangenheit, zu mehr Kooperation in der Gegenwart und zur Verantwortung für eine gemeinsame Zukunft.“

Prof. Barbara Plankensteiner, Direktorin des MARKK und Leiterin der Benin Dialogue Group: „Es ist eine verantwortungsvolle und ehrenvolle Aufgabe, mit Nigeria, dem Auswärtigen Amt und den deutschen Museen an der Konkretisierung der Restitutionen zu arbeiten und ein großartiger Erfolg für die lange vertrauensbildende Arbeit der Benin Dialog Gruppe.“

Gemeinsame Erklärung im Wortlaut: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/97

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das vor zwei Jahren von uns mit Prof. Jürgen Zimmerer, Leiter der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die (frühe) Globalisierung“, gemachte Interview, in dem es um das gesamte koloniale Erbe ging. Im Zusammenhang mit der aktuellen Decolonize-Bewegung eine wichtige Quelle, da hier der Zusammenhang zwischen Raubkunst und Genozid an Nama und Herrero mit der Gründung der Universität (vormals Kolonialinstitut) sowie auch des MARKK selbst hergestellt wird.

Die Redaktion



Alles Online verfügbar unter: www.hlz-hamburg.de

Foto: Stefan Gierlich

Foto: Roland Stolze

Für uns unzureichend

Die Mitglieder der Betriebsgruppe der Fritz-Schumacher-Schule über das Krisenmanagement der Behörde

Sehr geehrter Herr Senator Rabe,

es ist an der Zeit, dass Sie auch von unserem Kollegium der Fritz-Schumacher-Schule eine Rückmeldung bekommen, wie es uns seit über einem Jahr im Kontext der Pandemiebekämpfung an unserer Schule geht.

Vorab sei festgestellt, dass wir uns den bereits zahlreich geschriebenen Stellungnahmen der anderen Hamburger Schulen uneingeschränkt anschließen. Wir hoffen zusammen mit den Kolleg_innen der anderen Schulen, dass Sie diese Rückmeldungen ernst nehmen und sich aktiv für eine entsprechende Problembewältigung sowie Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen an den Schulen einsetzen.

Auch wir waren erstaunt über Ihre Presseauftritte bis Weihnachten, in denen Sie immer wieder betonten, dass die Schulen sichere Orte wären und alles an den Schulen bestens liefe. Das Gegenteil war ja leider Realität an etlichen Hamburger Schulen, die mit massiven Corona-Ausbrüchen zu kämpfen hatten. Denn Ansteckungen finden in der Schule statt, auch wenn die Ergebnisse der Genomsequenzierung an der Heinrich-Hertz-Schule von Ihnen verschwiegen werden.

Mit unserer Stellungnahme wollen wir nun insbesondere auf vier Punkte näher eingehen:

1. Die Durchführung der Selbsttests an den Schulen

Nach Ende der Frühjahrsferien durften in Hamburg die Abschlussklassen wieder in Halbgruppen an die Schulen. Seitdem sind nun endlich auch die Schnelltests für die Schüler_innen und Kolleg_innen angekommen. Mit Erstaunen haben wir beobachtet, dass solche Tests in anderen europäischen Ländern schon seit Monaten gelebte Praxis waren.

Wie jede andere Schule auch haben wir seit Pandemiebeginn zahlreiche Schüler_innen in der Notbetreuung und zahlreiche Kolleg_innen, die diese Schüler_innen seit über einem Jahr betreuen.

Um die Logistik der Durchführung dieser Selbsttests durften sich die Schulen im Kontext der selbstverwalteten Schule selbst kümmern. Es wurden etliche Überstunden nach Feierabend und an Wochenenden eingelegt, um ein einigermaßen funktionierendes Testsystem zu konzipieren und umzusetzen.

Die Durchführung bzw. Begleitung der Selbsttestungen durch die Beschäftigten und in den Klassenräumen sehen wir als großes Problem an. Wir sind dafür nicht ausgebildet und es gehört nicht zu unseren Aufgaben, solche Tätigkeiten in der Schule zu verrichten. Alle Beteiligten sind in den Räumen während der Durchführung der Selbsttests ungeschützt.

Die Zahl der gelieferten Selbsttests scheint sehr knapp kalkuliert zu sein. Noch haben wir an unserer Schule die Schüler_innen nicht zu Klassenarbeiten einbestellt. Hier werden aber einige Termine zeitnah auf uns zukommen. Wir fragen uns, ob Sie den Mehrbedarf an Selbsttests mit eingeplant haben, wenn die Schüler_innen nun häufiger zum Schreiben von Klausuren in die Schule kommen werden?

Auch finden wir ein nur zweimaliges Testen der Schüler_innen in der Notbetreuung für nicht ausreichend, insbesondere dann nicht, wenn ein positiver Corona-Fall vorliegt. Vor dem Hintergrund der noch nicht angepassten Quarantäneregelungen an die B1.1.7-Mutante, halten wir diese Regelungen der Behörde für unzureichend.

Für die Schüler_innen der Regel- und der Internationalen Vorbereitungsklassen, die im Wechselunterricht zwei- bis dreimal pro Woche vor Ort sind, fordern wir auch ein zwei- bzw. dreimaliges Testen.

Insgesamt arrangieren wir uns, trotz aller unerfreulichen Umstände, mit den Notwendigkeiten, um unsere Schüler_innen und uns selbst so gut es geht zu schützen. Fakt bleibt aber, dass ungeimpfte Lehrkräfte ihre Schüler_innen bei den Selbsttests in den Klassenräumen begleiten. Die Schüler_innen sind aufgeregt, positive Testergebnisse ziehen eine Gruppendynamik nach sich, die aufgefangen werden will.

Alle diese Aspekte scheinen Sie bei der Einfüh-

rung der Selbsttests an den Schulen wenig bedacht zu haben. Die Durchführung der nötigen Selbsttests an den Schulen, so wie sie im Moment umgesetzt wird, ist für die Beschäftigten mit weiteren Risiken und Belastungen verbunden. Es wäre nötig, dass Sie diese Problematik erkennen, offen ansprechen und zeitnah für Abhilfe sorgen.

Wir stellen uns die Frage, warum nicht jeder Schule ein_e dafür abgestellte_r Mitarbeiter_in aus dem medizinischen Bereich zur Verfügung gestellt wird? Da uns dieses Thema noch länger begleiten wird, bitten wir Sie, ernsthaft zu überlegen, ob dies für eine erfolgreiche Pandemiebekämpfung nicht dringend erforderlich wäre. Es werden gerade Milliarden an Coronahilfen ausgegeben. Die zusätzlichen Mittel, die eine solche notwendige und sinnvolle Maßnahme nach sich ziehen würden, sollten ebenfalls vorhanden sein.

Zudem stellt sich die Frage, wie ein „Schultag“ zwischen testen, lüften, Hygienevorschriften, Distanz, Präsenz etc. aktuell aussieht und wem diese Art der Vor-Ort-Beschulung etwas bringt?

Ist dies wirklich zum Wohle der Schüler_innen?

Ist da gerade an Lernfortschritt zu denken?

Entlastet diese Form der Präsenzbeschulung die Elternhäuser?

2. Die Impfungenfür die Lehrkräfte

An unserer Schule ist noch niemand geimpft. Es ist für uns absolut nicht nachvollziehbar, dass Sie sich nicht massiv für eine Gleichstellung aller Beschäftigten im Schulbereich bzgl. der Impfreihenfolge einsetzen. Das würden wir von Ihnen erwarten. Wir wissen aus anderen Bundesländern, z.B. aus Hessen und Baden-Württemberg, dass dort mittlerweile alle Lehrer_innen, egal welcher Schulform sie angehören, ihre 1. Impfung bereits erhalten haben. Über die Staatsgrenzen hinaus sind z.B. in Österreich alle an Schule Beschäftigte bereits das erste Mal geimpft.

Unsere Schule hat keine angegliederte Grundschule, ist auch keine Schwerpunktschule. Trotzdem haben wir auch an unserer Schule etliche Schüler_innen, die einen diagnostizierten Förderbedarf haben und daneben etliche Schüler_innen, die aufgrund von verhaltensoriginellen Persönlichkeitsstrukturen größte Mühe bei der Umsetzung der Hygienevorschriften zeigen. Insbesondere diese Schüler_innen sind seit Pandemiebeginn häufig in der Notbetreuung und es ist schwer und teilweise unmöglich, zu ihnen den nötigen Abstand zu halten bzw. die nötige Umsetzung der Hygienevorschriften permanent zu kontrollieren

Neben der Notbetreuung werden die Abschlussklassen seit dem 15.03.2021 im Wechselunterricht beschult. Die schriftlichen Prüfungen wurden und

Bild: Elfa Gauding, Kunstprojekt Graskamp, MBS

Ist da noch jemand, der zuhört?

werden ohne Masken geschrieben ebenso ohne Luftfilter in den Räumen, dafür aber bei knackig kalten Außentemperaturen.

Deshalb wäre es für JEDE allgemeinbildende Schule eine Grundvoraussetzung für den laufenden Schulbetrieb, dass das Personal so schnell wie möglich geimpft wird.

Mit der jetzigen Praxis überlassen Sie die Verantwortung auch hier den Schulleitungen. Wie Sie wissen, gibt es mehrere Kolleg_innen von anderen Schulen in Hamburg, die auch noch nicht an der Reihe gewesen wären, jedoch von ihren Schulleitungen unerlaubt eine Berechtigungsbescheinigung ausgestellt bekamen. Wir gönnen es jeder einzelnen Kollegin, jedem einzelnen Kollegen, dass er bzw. sie geimpft wurde, finden es jedoch keinen guten Weg, dass diese Praxis innerhalb der Kollegien für erhebliche Spannungen sorgt und die Schulleitungen in diese Situation bringt, entweder das Unverständnis des Kollegiums auf sich zu ziehen oder nicht rechtskonform zu handeln.

So wie sich unser Schulleitungsteam unermüdlich für uns einsetzt, um in dieser Situation möglichst gute und sichere Arbeitsbedingungen für uns alle zu schaffen, würden wir von Ihnen erwarten, dass Sie sich ebenfalls auf der politischen Bühne unermüdlich für sicherere Arbeitsbedingungen für Ihre Beschäftigten einsetzen. Immerhin haben Sie als unser oberster Dienstherr auch eine Fürsorgepflicht für uns als Ihre Beschäftigten.

3. Das Maskenchaos

Das ganze Pandemiejahr hindurch haben wir uns an der Schule mit selbst genähten Masken bzw. selbst gekauften Masken beholfen. Vor Weihnachten kam eine erste Lieferung von Ihrer Behörde. Diese anders aussehenden (gelochten) Masken sind aus FFP2-Material, erfüllen jedoch nicht die

Qualitätsmerkmale von FFP-Masken.

Im neuen Jahr 2021 belieferten Sie die Schulen mit KN95-Masken, die ebenfalls nicht die Qualitätsmerkmale von FFP-Masken erfüllen. Diese KN95-Masken wurden der Freien und Hansestadt Hamburg von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Die Bundesregierung hat überraschend und kurzfristig den KN-95-Masken aus ihren eigenen Lieferungen die Zulassung als medizinische Maske entzogen.

Bis heute gab es von der BSB keine FFP2-Masken. Wir haben laut Aussage unserer Schulleitung seit dem 14.04.2021 die Möglichkeit, dass diese dezentral Masken anschafft und die Rechnung über die Mittel aus dem Infektionsschutzprogramm abgerechnet werden kann. Nicht klar ist den Schulleitungen, wann das Budget der einzelnen Schulen daraus erschöpft sein wird.

Warum funktioniert hier die zuverlässige Belieferung der Schulen mit zertifizierten und den Qualitätsmerkmalen entsprechenden FFP2-Masken nicht?

Warum wird auch hier die Verantwortung auf die Schulleitungskräfte abgewälzt?

Dieses Krisenmanagement Ihrer Behörde ist für uns unzureichend.

4. Die Quarantäneregelungen im Kontext der neuen Virusvarianten

Die wissenschaftlichen Ergebnisse, auf welche Ihre Behörde und das Gesundheitsamt die Handlungskette stützen, sind veraltet und beruhen auf der Ursprungsvariante von Sars-CoV2. Mittlerweile wird in 90 Prozent der Sequenzierungen die B1.1.7-Mutante nachgewiesen. Im Prinzip bräuchte man darauf nicht mehr testen, weil klar ist, dass fast nur noch diese Mutante grassiert. B1.1.7 ist ansteckender, das Virus bewegt sich schneller und weiter in den Aerosolen. Masken bieten nur dann einen sicheren Schutz, wenn sie Aerosole komplett abschirmen - wir haben bei uns noch kein Kind gesehen, bei dem die Maske so eng am Kopf anlag.

An unserer Schule gab es in der letzten Woche an zwei Tagen vier positive Schnelltests im neunten Jahrgang. Dabei waren Kinder, die sich nicht sehr gerne an die Hygienevorschriften halten - die Wahrscheinlichkeit, dass diese Schüler_innen andere Kinder oder Kolleg_innen infiziert haben könnten, ist also vorhanden.

Wir finden es unverantwortlich, Jahrgänge präsent zu beschulen, in denen positive Testergebnisse vorliegen. Solange Ihre Behörde nicht die Handlungskette auf die neue B1.1.7-Mutante angepasst hat, können wir an den Schulen nicht so weitermachen wie bisher. Erneut setzen Sie alle Beschäftigten und Schüler_innen einem erheblichen Risiko aus, das Sie selbst nicht verantworten können.

An drei von acht Tagen weisen die Antigen-Tests eine Infektion nicht nach, nämlich an den Tagen vor Symptombeginn. Die Antigen-Tests schlagen erst an, wenn die toten Schleimhautzellen an die Oberfläche gelangen - dort wird dann das Virus-Antigen mit dem Stäbchen „abgekratzt“. Schon vor diesem Prozess (ca. 2-3 Tage) hat sich das Virus aber in den lebenden Schleimhautzellen repliziert – der Mensch ist dann ansteckend, selbst wenn der Antigen-Test negativ ist.

Nach positiven Schnelltests unterziehen sich die Schüler_innen den PCR-Testungen, in der Hoffnung, dass diese das positive Antigen-Testergebnis nicht bestätigen. Hoffnung ist aber leider der Grund, warum wir immer noch mitten in der Pandemie stecken, die gerade wieder so richtig Fahrt aufnimmt.

In der aktuellen Folge (84) des Podcasts „Coronavirus Update“ von den Virolog_innen Drosten/Ciesek wird für Schulen eine „Cluster-Quarantäne“ empfohlen, d.h.: sofern ein positiver Antigen-Test auftritt, wird das Cluster (also am ehesten der gesamte Jahrgang, weil die Abschlussjahrgänge in vielen verschiedenen Kursen unterrichtet werden) in Quarantäne geschickt und zwar so lange, bis das negative PCR-Ergebnis vorliegt.

Sehr geehrter Herr Senator Rabe, wie die meisten Beschäftigten in unserem Berufsfeld fühlen wir in uns eine tiefe Verantwortung, eine Berufung unseren Schüler_innen und ihren Elternhäusern gegenüber. Wir versuchen, unser Bestes zu geben und haben dies auch vom ersten Distanzlerntag an getan. Rückmeldungen aus unserer Eltern- und Schülerschaft bestätigen, dass unsere Bemühungen erfolgreich waren und sind. Mit unserem Distanzlernkonzept schaffen wir es, die Tagesstruktur unserer Schüler_innen aufrecht zu erhalten.

Viele unserer Kolleg_innen arbeiten jedoch am Limit, müssen neben den Schüler_innen auch eigene Kinder versorgen. Viele Kolleg_innen sind anderen familiären Belastungssituationen zusätzlich ausgesetzt. Mitschwingt immer die Sorge und die Angst, sich selbst zu infizieren und den Anforderungen nicht mehr gerecht werden zu können.

Sehr geehrter Herr Senator Rabe, wir fordern Sie auf, uns Kolleg_innen und alle Schüler_innen effektiv zu schützen und nicht zu warten, bis sich das Virus weiter verbreitet.

Betriebsgruppe der
Fritz-Schumacher-Stadtteilschule
22.4.2021

Die GEW unterstützt den Offenen Brief der GEW Betriebsgruppe der Fritz-Schumacher-Schule

Der Wasserspender ist kaputt

Ein_e Kolleg_in gewährte uns einen Einblick in sein/ ihr Tagebuch in Zeiten der Pandemie

Montag

Liebes Tagebuch,

heute habe ich zum letzten Mal mit zwei Freunden telefoniert. Jetzt weiß ich, wie effektive Kontaktreduzierung für Lehrkräfte geht! Ich habe von unseren überzeugenden und konsequent umgesetzten Schutz- und Hygienemaßnahmen berichtet und nur seltsame Reaktionen geerntet. Zuerst wurde reichlich albern gekichert, dann gab es völlig unpassende Nachfragen, die ich ziemlich provokant fand („In welchem Jahrhundert arbeitest du?", „Ihr habt JETZT NOCH Visiere angeschafft? Habt ihr kein Internet?* Habt ihr noch nie von Luftreinigungsfiltern gehört?") und am Ende kamen noch ein paar Angebereien („Also, bei UNS wird Arbeitsschutz ja GANZ groß geschrieben! Wir haben ALLE FFP2-Masken bekommen, werden täglich getestet und arbeiten sowieso seit Monaten schon verlässlich im Home Office – an Dienstrechnern, die zentral gewartet werden").

Bild: Mati Arndt, Kunstprojekt Graskamp, MBS

Ich gehe dem Kontakt jetzt gerne aus dem Weg, denn man kann den Bildungsbereich ja gar nicht mit den anderen Wirtschaftszweigen vergleichen. Ich glaube ganz doll, dass wir der Behörde nicht egal sind. Sie tut, was sie kann, und am Rest ist die Produktknappheit oder die Bundesregierung schuld, das Wetter oder der politische Gegner, die Formschwäche des HSV oder oder oder!

*Nein. Aber bald! Ganz sicher!

Dienstag

Meine Hochsicherheits-KN95-Masken von der Behörde sind alle. Ich unterrichte ab jetzt mit selbstgehäkeltem Mund-Nasen-Schutz. Zum Glück habe ich noch mehrere Plastikvisiere aus der letzten Lieferung, die ich über dem MNS übereinander trage. Zum Glück lassen sich die zwei kleineren der insgesamt vier Fensterflügel problemlos öffnen, und zum Glück erlaubt mein großzügig geschnittener Klassenraum das Abstandhalten dann doch in ganz vielen Momenten. Safety first ist mein Motto, und das ist auch das Motto der Behörde (im Rahmen ihrer Möglichkeiten, s.o.!).

Aber auch sonst, auch abseits der Krisenbekämpfung hat die Behörde alles im Blick. Der Senator hat heute an einer Schule einen Wasserspender eingeweiht. Das ging durch die Presse, und ich freue mich für die Kolleg_innen.

Mittwoch

Post von meinen verrenteten Eltern: Sie senden mir ihre Gratismasken, die sie von der Bundesregierung erhalten haben. Gerade noch rechtzeitig (naja, fast). Gut, dass es diese Solidarität zwischen den Generationen gibt – meine gleichaltrigen, ehemaligen Freunde unterstützen mich nicht, denn sie sind ja entweder schon vor Monaten ins Home Office geschickt worden und brauchen gar keine Masken. Oder sie wollen nicht helfen und teilen die Masken, die sie kostenfrei von ihren überfürsorglichen Arbeitgebern nach Hause geschickt bekommen, nicht.

Schockmoment: Der Wasserspender ist defekt! Der Senator im Interview: Kein Grund zur Sorge. Ich bin beruhigt.

Donnerstag

Eine gute und eine schlechte Nachricht.

Die schlechte zuerst: Die Hochsicherheits-

KN95-Masken werden jetzt zurückgerufen. Sie sind defekt und schützen gar nicht so gut. Oh no, dann war das doch dieselbe Charge wie die vor Wochen schon zurückgerufenen Hochsicherheits-KN95-Masken aus den Pflegeheimen? Wer hätte es ahnen können? Kein Vorwurf!

Die gute Nachricht: Der Wasserspender ist repariert. Nicht vom Senator selbst, es gibt Grenzen der Zuständigkeit, aber: er hat wieder mal Recht behalten. Kein Grund zur Sorge.

Freitag

Heute wurde unsere Schule ein Stück weit sicherer. Die sehnsüchtig erwarteten Plastikschutzwände wurden endlich geliefert. Kolleg_innen jubelten, Freudentränen flossen, „BSB! BSB!"- Sprechchöre ertönten auf dem Flur, ein Tetrapak Weißwein aus besseren Zeiten wurde geöffnet. Jede Klasse hat jetzt eine Schutzwand von 80x80cm. Wer sich jetzt noch infiziert, hat Corona nicht verstanden!

Der Senator macht heute zeitig Schluss. Die Woche war fordernd (Wasserspender-Affäre!!!).

Freitag, 23 Uhr

Der neue B-Brief ist da. Undankbare Kolleg_innen lassen mein E-Mail-Postfach voll- und die WhatsApp-Gruppen heißlaufen. „Wie kann… – was soll… – wo leben – was glauben…?"

Ich bleibe gelassen, denn ich profitiere davon, dass die letzten Monate mich haben rapide altern lassen. Die neugewonnene Altersweisheit schützt mich nun vor übertriebener Aufregung. Wissend lächle ich im Angesicht der Verzweiflung: Wie gewohnt wird sich die Lage am Wochenende noch mehrfach verändern, Anweisungen werden widerrufen werden, die Schulleitung wird ihre ganz eigene Interpretation der Ideen aus dem B-Brief veröffentlichen usw. Ich bin ruhig. Ich bin entspannt. Es geht mir gut. Don't worry, be happy!

Samstag

Ich habe mich dann doch etwas von der Verunsicherung anstecken lassen. Aber: nach weniger als 12 Stunden leichterer Arbeit habe ich heute sogar Zeit für meine Kinder. Alle Lerngruppen sind mit Stundenplänen versorgt, die Gruppen A, B und C aller vier Jahrgänge, in denen ich tätig bin, haben Arbeitsaufträge, ich habe sechs Laptops gewartet, acht Schüler_innen IServ erklärt, Videokonferenztermine gesetzt, Aufgaben freigeschaltet und die 64 Texte korrigiert, die seit gestern bei mir aufgelaufen sind. Außerdem war Zeit für einige Hausbesuche, und natürlich stand am frühen Abend die Videokonferenz-Einzelbetreuung meiner Prüfungskandidat_innen an. Aber die Zeit von 21 bis 21.30 Uhr (leider Bettzeit) gehörte dann ganz der Familie. Schön, einfach nur schön!

Sonntag

Gestern war ich leider etwas voreilig. Heute wurde der B-Brief konkretisiert, in Teilen revidiert und abschließend von meiner Schulleitung auf unseren Betrieb umgesetzt. Nun musste ich dann doch alles noch einmal neu planen, aber family time war ja auch gestern schon. Man soll nicht gierig sein! Trotzdem habe ich mich eben für eine kleine Auszeit in meine Schutzhöhle unter dem Wohnzimmertisch zurückgezogen, die ich mir aus den Schutzwänden, die ich unter der Woche aus der Schule entwendet habe, erbauen konnte. Schulen sind ja sichere Orte, aber was ist mit dem eigenen Heim? High risk area! Nur dank dem großzügigen Behördengeld fühle ich mich auch hier sicher und geborgen. Danke!

Montag

Entgegen der Behördenmail gibt es keine neuen Selbsttests. Entgegen der Behördenmail gibt es keine neuen Masken. Entgegen der Behördenmail können meine Schüler_innen keine Abstände einhalten. Entgegen der Behördenmail ist nicht geregelt, wie Bewertungen dieses Schuljahr vorzunehmen sind. Entgegen der Behördenmail verschwindet Covid-19 nicht durch guten Willen.

Aber all das ist nicht wichtig. Ich fühle die Rückendeckung, ich spüre den sicheren Blick, der vertrauensvoll auf mir ruht. Mit ruhiger Hand werde ich durch die Krise gelenkt. Visier runter und los geht es.

Dienstag

Good news! Der Senator gibt bekannt: Schulen sind nicht nur keine Pandemietreiber, sondern sogar sichere Orte. Ja, er geht sogar so weit, dass Schulen im Grunde eigentlich sogar noch sicherer als alle anderen Orte in dieser Stadt, auf dieser Welt sind! Wie haben wir uns nach solch guten Nachrichten gesehnt. Ich rufe sofort meine verbleibenden Freunde und Bekannten an und lade sie ein, mit mir ins Schulgebäude zu ziehen. Man stelle sich vor, die Pandemie, umgeben von lieben Menschen, einfach in den großzügigen Räumlichkeiten

einer Hamburger Schule abwarten – im Wissen, dort unverwundbar zu sein! Ein Traum. Ich verstehe nicht ganz, warum ich allseits ausgelacht werde. Nun gut, ich schlage also zunächst alleine mein Lager im Naturwissenschaftsbereich auf. Andere werden folgen, ganz bestimmt – nur hier sind wir sicher.

Mittwoch

Die nächsten Infektionen in der Schulgemeinschaft sind aufgetreten. Na sowas! Ich staune: Wie unvorsichtig die Kolleg_innen sich außerhalb der Schule verhalten müssen! Sich innerhalb der schützenden Schulmauern zu infizieren, ist glücklicherweise ja ausgeschlossen. Und dann noch mehrere Fälle in einer einzigen Klasse, das ist wirklich ein verrückter Zufall.

Ich selber fühle mich merkwürdig energiegeladen. Noch vor Schulbeginn habe ich die erste Videokonferenz abgehalten, und auch in den Pausen sende ich ununterbrochen, inzwischen natürlich auch fachfremd und natürlich auch in Klassen, die ich laut Stundenplan gar nicht unterrichte. Ich stopfe Löcher, ich fülle Lücken. Meine Kamera ist immer an, und abends kann ich ohne das beruhigende Eine-Neue-Person-Hat-Die-Konferenz-Betreten-PingPing kaum einschlafen. I feel alive!

Donnerstag

Der neue Behördennewsletter ist endlich da. Der informative Höhepunkt der Woche ist erreicht! Frag den Senator: Wie gelingt es Ihnen, wöchentlich bis zu 1 Wasserspender einzuweihen, ohne in den Burnout zu driften? Dazu die wirklich relevanten Zahlen (145 Prozent der Hamburger Lehrkräfte finden das behördliche Krisenmanagement fantastisch) und topaktuelle News auch abseits der Pandemie (BSB erreicht gegen den Widerstand der Gewerkschaften A13 für alle). Ein Anker im Sturm, ein Stück Sicherheit im Chaos, ein bisschen heile Welt in unruhigen Zeiten.

Freitag, abends

Der neue B-Brief ist da. Man bedankt sich für unseren heroischen Einsatz. Ich stelle mich auf den Balkon und lausche; und ja, doch, ich kann es hören: In der Hamburger Straße steht der Senator am Fenster des Elfenbeinturmes und klatscht. Für mich. Ich habe zwar keinen Turm, schon gar nicht aus Elfenbein, aber ich klatsche zurück. Stundenlang.

You are not alone!

Der Name des Verfassers oder der Verfasserin ist auf dem Original leider unleserlich
DIE REDAKTION

Wo bleibt die Verantwortung?

Über eklatante Lücken im Gesundheitsschutz der BSB

Die Pandemie trifft auf eine in Fragen des Gesundheitsschutzes überforderte, hoffentlich nicht schlicht unwillige Behörde. Symptomatisch ist, dass sich noch Ende April 2021 unter den FAQs der BSB zu Coronafragen nur ein Eintrag mit problematischem Inhalt zu Schwangeren findet: Verwiesen wird auf ein Schreiben des Landesschulrates aus dem letzten August. Darin steht z.B. für das Unterrichten durch Schwangere in den Jahrgängen 11 bis 13: „Unter Einhaltung der Hygiene-und Abstandsregeln ist ein Einsatz im Präsenzunterricht bedenkenlos möglich“. (Abgerufen am 24.04.2021)

Schon im August des letzten Jahres entsprach der Inhalt weder dem Stand der Wissenschaft noch den zu diesem Zeitpunkt schon mehr als ein viertel Jahr alten Ratschlägen des BAFZA (Bundesamt für Familie und Zivilgesellschaftliche Aufgaben). Dass eineinhalb Corona-Wellen später noch immer keine Aktualisierung vorgenommen wurde, bringt Schulleitungen und Schwangere anhaltend in Konflikte und belastet die werdenden Mütter in dieser ohnehin schwierigen Phase zusätzlich – obwohl gerade Schwangeren besonderer Schutz gebührt und das Mutterschutzgesetz diesen zusichert. Letztendlich ist es für die Betroffenen egal, ob Unwilligkeit oder (strukturelle) Unfähigkeit die Ursache sind. Die BSB aber sollte sich der Frage widmen.

> *„Unter Einhaltung der Hygiene-und Abstandsregeln ist ein Einsatz (von Schwangeren) im Präsenzunterricht bedenkenlos möglich.“*

Ein weiteres Schlaglicht wirft die Anzahl von zwei Fachkräf-

ten für Arbeitssicherheit auf die Arbeit der BSB, die damit die Vorgaben der DGUV-Vorschrift 2 (Dt. Gesetzliche Unfallversicherung) nur weit unterschreiten kann. Da das Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) den Unfallkassen die Regelungskompetenz zuschreibt und für Beschäftigte auch im Dienst der Länder den gleichen Schutzstandard festschreibt, hält sich die BSB damit nicht an ein Bundesgesetz. Die Folgen sind vor Ort greifbar: Eine SKA belegt, dass bislang für Coronaschutzmaßnahmen von Schulen sehr unterschiedlich viel Geld investiert wurde. Während in einigen Fällen bereits viele Tausend Euro ausgegeben wurden, haben andere Schulen noch immer kein Geld abgerufen. Dies kann nicht überraschen, denn während es den Schulleitungen an Arbeitszeit und Ausbildung im Gesundheitsschutz fehlt, spart die BSB an den im ASiG vorgeschriebenen beratenden Fachkräften.

Ob in Folge fehlender Beratung oder aus politischem Kalkül fehlen auch im aktuellen Muster-Corona-Hygieneplan (MCH) alle Hinweise auf die verbindliche Corona-Arbeitsschutz-Verordnung (Corona-ArbSchV). Statt auf die darin vorgeschriebene Pflicht zum Tragen von Selbstschutzmasken in bestimmten Situationen zu verweisen, hält er fest: „Als Standard gilt dabei die sog. OP-Maske; das Tragen von CPA, KN 95, FFP 2 ist freiwillig."

Damit mag der MCH vielleicht zum bevölkerungsbezogenen Infektionsschutz taugen, ist aber für den individuellen Arbeitsschutz zumindest in Teilen ein gravierendes Problem, weil er Schulleitungen und Kolleg_innen suggeriert, einen angemessenen Rahmen zu spannen. Die anhaltende Reglosigkeit der BSB in diesem Punkt lässt vermuten, dass es an Fachkompetenz oder dem Willen zur Fürsorge mangelt. In jedem Fall begeben sich hamburgweit Lehrer_innen während der Schnelltests ihrer Schüler_innen sowie bei Prüfungen in Situationen, in denen eine Selbstschutzmaske vorgeschrieben ist (vgl. §4 CoronaArbSchV), ohne dass sie oder ihre Schulleitung von den Vorgaben zu wissen scheinen. Wieso die BSB nicht auf die schützenden Vorhaben hinweist, lässt sich nur vermuten: FFP2-Masken sind teuer, aber nach der DGUV Regel 112-190 sind Maskentragepausen einzuhalten, auch wenn diese die Arbeitsorganisation vor Ort erschweren.

Sparen am Gesundheitsschutz ist nicht nur nicht fürsorglich, im Zweifelsfall also ein Bruch der grundgesetzlichen Treuepflicht, sondern auch finanziell und pädagogisch fatal. Während heute gespart werden kann, wird die Gesundheit der derzeit eher jungen Beschäftigten über Jahre verschlissen: gerade die Kombination aus LehrArbVO und Mangelausstattung im Gesundheitsschutz wird künftige Schüler_innengenerationen einer gesundheitlich stark belasteten Lehrer_innenschaft überantworten und Personalausfall generieren. Begünstigt wird die fatale Untätigkeit der BSB durch die besonderen Umstände. Individuelle oder personalrätliche Klagen zum ASiG sind anscheinend nicht möglich, weil die Aufsichtsämter für die Einhaltung des Gesetzes zuständig sind. Diese können aber nach innen, also gegenüber Behörden, lediglich beraten.

Es ist keine Kunst vorauszusagen, dass die BSB die geltenden Vorgaben spätestens bei wachsendem öffentlichem Druck wird einhalten müssen, sodass Veränderungen in der Struktur des Arbeitsschutzes (welche Schule hat schon einen ASA? = Arbeitsschutzausschuss) eine Frage der Zeit sind. Abzuwarten bleibt lediglich, wie viel Schaden an der Gesundheit der Beschäftigten bis zur Kurskorrektur angerichtet wird – Vertrauen, das verloren gehen könnte, existiert flächendeckend jedenfalls schon jetzt keines mehr.

OLE WALDMANN
Gretel-Bergmann-Schule

Bild: Monja Meyer, Kunstprojekt Graskamp, MBS

Die Offene Liste
in Kooperation mit GEW
im Betriebsrat der elbkinder-Vereinigung + EKSG
Die Liste zum Mitmachen

Leistungsorientierte Bezahlung (LOB) – zeitfressend, kostspielig, nicht objektiv und demotivierend. Oder?!!!

Im Herbst finden in der Regel LOB-Gespräche statt. Vorgesetzte und Betroffene müssen sich darauf vorbereiten. Das nimmt viel gut dotierte Arbeitszeit in Anspruch, die auch für andere Aufgaben verwendet werden könnte. Hinzu kommen noch die Arbeiten, die in der Zentrale bis zur Zahlbarmachung und für die Beschwerden eingesetzt werden müssen. Das ist kostspielig.

Welche Leistung zugrunde gelegt wird

Es ist festgelegt worden, dass 100 Prozent Leistung, die in der normalen Arbeitszeit zu erreichen ist, zugrunde gelegt werden soll. **D**ie **O**ffene **L**iste gewinnt häufiger den Eindruck, dass immer mehr Aufgaben zu den 100 Prozent gezählt werden. Dieser Prozess trägt bei den Ausfallquoten und dem Personalmangel zu höherem Leistungsdruck bei.

Die Arbeit in Kitas lässt sich mit messbaren Kriterien schlecht erfassen. Sie hat viel mit Haltung, wissenschaftlichen Erkenntnissen und pädagogischen Grundsätzen zu tun. Dazu werden subjektive Einschätzungen getroffen. Diese können nicht objektiv sein, nicht mal Zensuren sind objektiv.

LOB sollte eigentlich zur Motivation beitragen. Prozentual gibt es aber mehr mittelmäßige und schlechtere Bewertungen bei Hausarbeiterinnen und Erziehungskräften als in den anderen Ebenen der Elbkinder. Nach unserer Ansicht sind die anvisierten Ziele mit LOB nicht erreicht worden.

Fühlt ihr euch durch LOB motiviert oder könntet ihr euch andere Formen der Anerkennung und Wertschätzung vorstellen?

Finanzierung von LOB

LOB wurde durch den Wegfall von Urlaubsgeld und der Kürzung des Weihnachtsgeldes finanziert. In den folgenden Tarifrunden sind die Lohnerhöhungen immer dann niedriger ausgefallen, wenn die LOB-Summe erhöht worden ist. Die Arbeitgeber_innen haben uns also nicht extra etwas Gutes zu kommen lassen. Inzwischen beträgt die LOB-Summe für die EKSG knapp 290.000€ und für den übrigen Betrieb knapp 4 Mio. Euro. Es geht nicht mehr um Peanuts.

Die **O**ffene **L**iste war von Anfang an gegen LOB, was ihr in unseren Infos aus den Jahren 2008/09 usw. nachlesen könnt. Zusätzlich zum Tarifvertrag regelt eine Betriebsvereinbarung die Bedingungen für LOB. Daraus ergibt sich eine komplizierte Anwendung mit Fehlerquellen und Ungerechtigkeiten.

Neue Möglichkeit durch den Tarifabschluss

Einige Kitaträger sind schon länger zu einer einfachen pauschalen Auszahlung der LOB-Summe, die Zeit spart, übergegangen. Bei den Elbkindern ist pandemiebedingt für die Jahre 2020/21 eine individuelle LOB Pauschale verabredet worden. Jetzt haben die Gewerkschaften die pauschale Regelung aufgegriffen und dafür gesorgt, dass diese im letzten Tarifabschluss übernommen worden ist. Damit hat sich das Spektrum dessen, was verhandelt werden kann, erweitert. Die bestehende Betriebsvereinbarung der Elbkinder soll in einem festgelegten Rhythmus überprüft und nachverhandelt werden. Dies steht jetzt an.

Die **O**ffene **L**iste fordert eine pauschale Regelung, von der jede_r Beschäftigte profitieren kann.

DOL Ansprechpartner_innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann– Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

Fehler passieren überall, aber…

Zum Umgang mit der Panne beim Biologie-Abitur – Chronologie eines Lehrstücks

Seit März 2020: Der aktuelle Abitur-Jahrgang kann pandemiebedingt insgesamt 5 Monate keinen Präsenzunterricht bekommen. Vier weitere Monate gibt es nur ein eingeschränktes Unterrichtsangebot im Wechselunterricht. Betroffen sind vor allem das S2 und das S4.

5. Februar 2021: B-Brief der Behörde: „Den Schülerinnen und Schülern [dürfen] aus der pandemiebedingten Ausnahmesituation keine Nachteile erwachsen“, deshalb wird u.a. beschlossen, die Inhalte des A-Hefts zu präzisieren und damit die möglichen Inhalte der Schwerpunktthemen deutlich zu reduzieren. „Diese Präzisierung soll es Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften ermöglichen, die verbleibende Unterrichtszeit besser zu nutzen und sich zielgerichteter vorzubereiten.“ Die gesamte „heiße Phase“ (fast drei Monate) der Abivorbereitung (inklusive der „Lernferien“ im März) findet unter der Maßgabe der reduzierten Themenauswahl statt.

Montag, 3. Mai: Der Tag des zentralen Abiturs in Biologie.

9 Uhr: Hamburgweit knapp 3000 Schülerinnen und Schüler treten zur Klausur an.

11.15 Uhr: Die Schulbehörde versendet eine Mail an alle Schulleitungen der Gymnasien und Stadtteilschulen, in der sie mitteilt, dass mehrere Aufgabenteile der laufenden Bioklausur fehlerhaft seien. Dies bezieht sich 1. auf eine fehlerhafte Aufgabenstellung („drei“ statt „mehrere“ Banden einer Gelelektrophorese), 2. auf eine unpassende Abbildung (im Original ein Bandenmuster, mit dem die Aufgabe nicht zu lösen war), 3. auf eine Klarstellung zu einer weiteren Aufgabe, 4. Hinweis auf eine auszutauschende Abbildung, die in der korrigierten Fassung allerdings gar keine Veränderung aufweist (außer einer Quellenangabe).

Frage: Ist die Mailform in einem solchen Fall der übliche und angemessene Weg? Wäre nicht eine zusätzliche telefonische Information an jede Schule nötig gewesen?

11.30 Uhr: Die Prüflinge werden informiert. Zu diesem Zeitpunkt sind zwei von fünfeinhalb Stunden Bearbeitungszeit vergangen. Die Prüflinge sollen sich innerhalb von 30 Minuten entscheiden, ob sie die Klausur mit den Korrekturen weiter schreiben wollen, oder ob sie sie abbrechen. In Horn entscheidet sich keiner der Prüflinge für einen Abbruch. Es kommt aber bei vielen zu erkennbar großer Verunsicherung und Aufregung. Viele berichten hinterher davon, durch die Unterbrechung und Korrektur sehr stark aus dem Konzept gebracht worden zu sein.

Einige Minuten später: Eine Korrektur der Korrektur wird an die Schulen versandt.

Dienstag, 4. Mai:

Die Presse berichtet über die „Panne“ beim Abitur: Die Schulbehörde bedauere den Fehler. Dieser sei bei der „technischen Umwandlung der Datei“ entstanden. „Da guckt also niemand mehr drauf, der die Aufgabe als solche beurteilen kann. Das ist ein übliches Verfahren, das kann auch gar nicht anders sein.“ (BSB-Sprecher Albrecht im NDR)

Die BSB versendet routinemäßig eine Mail an die Oberstufenleitungen der Schulen mit Hinweisen zum Bio-Zweittermin. Darin werden Unterthemen genannt, die beim Zweittermin wegfallen. Darunter sind mehrere Punkte, die im Schreiben vom Februar ohnehin schon weggefallen waren. Ich frage beim Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) der BSB nach: Worauf bezieht sich dieses Dokument? Auf das ursprüngliche A-Heft (dann würden schon gestrichene Themen wieder vorkommen können)? Oder auf die im Februar überarbeitete Fassung? Antwort: Die Verantwortlichen befinden sich in einer (Krisen-) Sitzung zum weiteren Vorgehen, die Frage werde dann mit dem Behördenschreiben beantwortet.

Am Abend: Aufmerksame Menschen können den Medien entnehmen, dass die Betroffenen bis Freitag entscheiden können, ob sie die Klausur wiederholen oder eine „mildere Bewertung“ akzeptieren, die individuell durch die Schulen (je nach Einschätzung der konkreten Prüfungssituation) festgelegt werden soll. Eine offizielle Information der Schulen erfolgt nicht.

Mittwoch, 5. Mai:

Den ganzen Schultag über gibt es keine offizielle Ansage der Schulbehörde an die Schulen, wie zu verfahren ist. Verunsicherung: Ist eine Pressemitteilung des Behördensprechers als

Dienstanweisung zu verstehen?

17 Uhr: Nun kommt ein B-Brief. Er bestätigt die Pressemeldungen und setzt zur Entscheidung der Prüflinge eine Frist bis 7. Mai, 15 Uhr. „Auch für die Nachschreibeklausur werden die Themengebiete genauer eingegrenzt. Neue präzise Angaben dazu erhalten Sie in Kürze.“ So sollen ein „fairer Ausgleich“ und den betroffenen Schülerinnen und Schülern „keine Nachteile“ entstehen.

Dies löst hektische Betriebsamkeit an den Schulen aus, um alle Schülerinnen und Schüler zu informieren und zu beraten.

ist der Bereich Gentechnik, der zuvor ausgespart war, nun nicht mehr gestrichen‘, heißt es in einer, dem Abendblatt vorliegenden E-Mail an Rabe von drei Schülern, die das Vorgehen der Behörde für nicht fair halten. Doch hier gibt die Schulbehörde Entwarnung. „(…) Vor dem Hintergrund der Panne werden die Hinweise präzisiert und bis Ende der Woche erneut versandt werden. Die Nachschreibeklausur wird sich thematisch an der Originalklausur orientieren“, sagte Behördensprecher Peter Albrecht.

Der NDR ergänzt: „Die neue

scheidung zugunsten einer Wiederholung der Klausur.

Freitag, 7. Mai:

8 Uhr: Das IFBQ teilt mit: Die angekündigten Präzisierungen für den Zweittermin seien fertig, aber von der Behördenleitung noch nicht freigegeben. Dies werde aber im Laufe des Tages geschehen. Die Prüflinge sollten die Präzisierungen als Entscheidungsgrundlage bekommen.

16.45 Uhr (fast zwei Stunden nach Ablauf der Entscheidungsfrist): Die BSB versendet die Präzisierungen. Darin befinden sich insgesamt vier Unterthe-

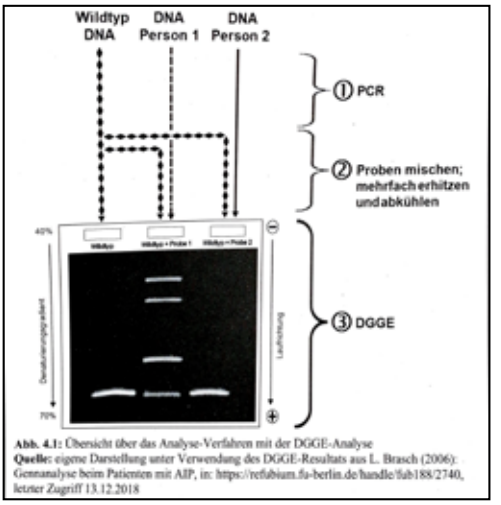


Abb. 4.1: Übersicht über das Analyse-Verfahren mit der DGGE-Analyse
Quelle: eigene Darstellung unter Verwendung des DGGE-Resultats aus L. Brasch (2006): Genanalyse beim Patienten mit AIP, in: https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/2740, letzter Zugriff 13.12.2018

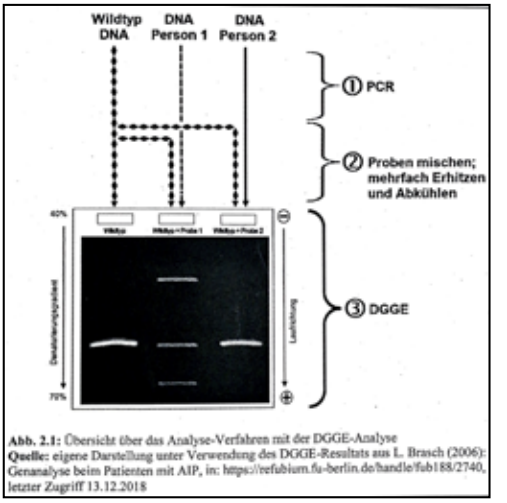


Abb. 2.1: Übersicht über das Analyse-Verfahren mit der DGGE-Analyse
Quelle: eigene Darstellung unter Verwendung des DGGE-Resultats aus L. Brasch (2006): Genanalyse beim Patienten mit AIP, in: https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/2740, letzter Zugriff 13.12.2018

Bio-Abi: Originalaufgabe (links) und die korrigierte Version (rechts).
Kann sowas bei der Umwandlung in PDF passieren? Dazu das Bilderrätsel des Autors (H.H.): Finde mindestens vier Unterschiede!

Donnerstag, 6. Mai:

Das „Hamburger Abendblatt“ berichtet: „Zu Wort melden sich nun auch diejenigen Abiturienten, die sich für einen Abbruch entschieden haben, weil sie Nachteile für sich befürchten. (…) ‘Unsere Lehrer haben uns zugesagt, dass zum Nachschreibetermin die gleichen Einschränkungen bei den Themen gelten würden. Das stimmt nun aber nicht mehr. Gestern haben wir die neuen Präzisierungen erhalten. Zum Teil gibt es gravierende Veränderungen, zum Beispiel

Prüfung werde sich an der Original-Klausur orientieren, versicherte die Schulbehörde. Es sollen keine neuen Themenfelder dazukommen.“

Viele Prüflinge berichten, dass die zu treffende Entscheidung ihnen schlaflose Nächte bereitet. Viele sind extrem verunsichert und benötigen intensive Beratung durch die Fachlehrerinnen und Fachlehrer. Die Pressemeldungen zu den Themen des Zweittermins sorgen bei Einigen für eine gewisse Beruhigung und sie treffen daraufhin die Ent-

men, die für den Ersttermin gestrichen worden waren, die de facto also neu hinzukommen. Darunter sind mit den Themen „Genregulation“ und „Methoden und Werkzeuge der Gentechnik“ mindestens zwei Themen, die sehr vielen Schülerinnen und Schülern üblicherweise als ausgesprochen schwierig erscheinen.

Die Überraschung ist bei allen Betroffenen groß.

Kommentar

Fehler können immer und

jedem passieren! Die Häufung aber und die offensichtlich fehlende Kontrolle in der Behörde sind schon sehr bemerkenswert und peinlich.

Empörend wird der Vorgang aber durch den Umgang mit den Fehlern: Verharmlosung und Beschönigung durch Halbwahrheiten („technische Umwandlung" als Ursache), eine sehr späte Reaktion, die Information der Betroffenen nur über die Medien, das Chaos bei der Klarstellung der Bedingungen für den Zweittermin, …

Das alles offenbart ein desaströses Missmanagement in der Behörde, das viele betroffene Schülerinnen und Schüler verunsichert und verstört zurücklässt. Schüler_innen, die in der Vorbereitung auf ihr Abitur durch die Pandemiebedingungen ohnehin schon extrem benachteiligt wurden.

Darüber hinaus zeigt das Agieren der Behörde aber auch einen gedanken- und verantwortungslosen Umgang mit den betroffenen Lehrkräften vor Ort. Diese müssen die Suppe, die die BSB ihnen eingebrockt hat, nun auslöffeln – durch viele, viele Stunden unbezahlter Mehrarbeit.

HEIKO HUMBURG
STS Horn

Dieser Artikel entstand zeitgleich und unabhängig zum Schreiben des Kommentars auf S. 65. Die Inhalte stehen nur vordergründig im Widerspruch zueinander. JG

WEITERBILDUNG

Wir sind sichtbar, wir sind laut…

‚Hamburger Appell' im Aufwind

Am 9. April haben wir trotz Corona auf dem Rathausmarkt demonstriert. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass der Hamburger Senat seine Hausaufgaben nicht gemacht hat: „In allen von der Stadt beeinflussbaren Bereichen müssen die Prinzipien von guter Arbeit gewährleistet werden." Und: „Die Koalitionspartner werden sich daher auf Bundesebene für eine Reform des Integrationskurssystems einsetzen, die das Ziel hat, den Zugang zu Integrationskursen auszuweiten, die Lernbedingungen zu verbessern und für bessere Arbeitsbedingungen bei den Lehrkräften zu sorgen."

Diese Leitsätze haben SPD und Grüne vor einem Jahr in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt. Das klingt gut. Doch passiert ist bisher: nichts. Die Gespräche mit den (weiter-)bildungspolitisch Verantwortlichen der rot-grünen Regierungsparteien stocken. Das ist umso dramatischer, weil die Legislaturperiode im Bund bereits im Herbst 2021 endet und jetzt die letzte Chance wäre, noch etwas zu bewegen.

So ist es zumindest ermunternd, dass die Aktion ein gutes Presseecho gefunden hat. Taz und Abendblatt berichteten, das Fernsehen war auch da. Die Infos dazu findet ihr auf der Webseite der GEW. Anja, unsere Landesvorsitzende und Dirk, unser Geschäftsführer, haben unsere Kundgebung solidarisch unterstützt.

Damit die Weiterbildung im Gespräch bleibt, führen wir die Gespräche und Aktionen weiter. Mit der Linkspartei haben wir einen Haushaltsantrag für die Hamburger VHS auf den Weg gebracht. Hier hätte Rot-Grün eigene Gestaltungsmöglichkeiten, die Prinzipien von guter Arbeit zu gewährleisten. Die Forderungen im Einzelnen:

- Jährliche Steigerungen der Haushaltmittel für die VHS für bezogene Leistungen von 2021 an jedes Jahr um 3 Prozent zu steigern.
- Die Honorare für freie Kursangebote auf 41 Euro zu setzen; jährliche Honorarsteigerungen um 3 Prozent.
- Zuschüsse zur Kranken- und Rentenversicherung von 16,2 Prozent des Honorars zu zahlen;
- ein Ausfallhonorar von 80 Prozent des Honorars bei nachgewiesener Krankheit zu zahlen.

Den Kursleitungen

Wir sind gespannt auf die Diskussionen in der Bürgerschaft.

Auf der zentralen 1. Mai-Kundgebung des DGB, die in Hamburg stattfand, waren wir ebenfalls präsent. *„Weiterbildung: Honorare und Lohn sind ein Hohn"* konnte bundesweit im TV gesehen werden.

Dass diese Einsicht in die Systemrelevanz der Weiterbildung gerade in Hamburg noch außerordentlich ausbaufähig ist, zeigt auch der Beschluss des Senats aus der letzten Aprilwoche, allen Hamburger Lehrer_innen ein Impfangebot zu machen. Das ist aus Sicht der GEW zu begrüßen. Fast möchte man sagen: „natürlich" hat der Senat die Weiterbildung vergessen, genauso wie im Dezember 2020, als es darum ging, die Hygieneverordnung an die schulischen Bedingungen anzupassen. Wenn es hier um Kin-

Bild: Andreas Hamm

der ginge, wäre es – zugespitzt formuliert – ein Fall für ein Sorgerechtsentzugsverfahren.

Die Presse berichtete, und wir hoffen auf wenn auch späte Einsicht. Denn die Kursleitenden, gerade in den Sprach- und Integrationskursen, deren Teilnehmer_innen oft in beengten Unterkünften für Geflüchtete leben, haben ein deutlich höheres Risiko, an Corona zu erkranken und das Virus weiterzugeben. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg haben diesen Schritt schon vollzogen.

Damit die Kolleg_innen der GEW für die anstehende Bundestagswahl eine Orientierung haben, welche Parteien mit ihrer Bundesprogrammatik für uns Gewerkschaftler_innen wählbar sind, haben wir in unserer Fachgruppensitzung im April unsere Wahlprüfsteine für diesen Bereich verabschiedet:

Wahlprüfsteine der GEW Hamburg für die Bundestagswahl September 2021

- Eine gesetzliche Verbesserung der Bedingungen in der staatlich verantworteten Weiterbildung mit:
- Bundestariftreuegesetz (nur noch Träger mit Tarifverträgen bekommen Mittel aus der öffentlichen Hand)
- Eingruppierung entsprechend TVöD /Wettbewerb der Träger erfolgt über Qualität, nicht über den Preis
- Deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen für die Träger – unbefristete Festanstellungen der Lehrenden für Regelaufgaben
- max. 25 UE (Unterrichtseinheiten zu 45 min) pro Woche bei Vollzeitstelle
- 64 Euro Honorar pro UE bei allen bundesweiten Berufssprach- und Integrationskursen;
- 42 Euro Honorar für alle übrigen staatlich verantworteten Weiterbildungsangebote
- Träger werden durch entsprechende Kursfinanzierung befähigt, Weiterbildung der Lehrenden und kollegialen Austausch zu finanzieren
- Innovations-Anschubfinanzierung für nachhaltige digitale Ergänzung der Lehre
- Durchführung einer Integrationskonferenz ‘Weiterbildung‘ mit den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft, Vertreter_innen der Träger, der Verbände und der Beschäftigten. Ziel: Zukunftspakt Weiterbildung 2022 bis 2030.

Bis dahin werden wir aber nicht mit weiteren Aktionen warten. Im Juni werden wir, wenn die Pandemielage es zulässt, uns vor Betrieben zu Wort melden.

DETLEF ZUNKER
Fachgruppe Erwachsenenbildung

In den Startlöchern

Vor allem der Gehaltszuwachs für die Beschäftigten der Länder steht im Herbst zur Verhandlung. Die Diskussion um die Höhe der Forderung kann beginnen

Nach zweieinhalb Jahren Friedenspflicht startet am 1. Oktober 2021 für die Beschäftigten der Länder die Tarifrunde TV-L. Die Verhandlungstermine, auf die sich die Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) verständigt haben, stehen bereits fest: Am 8. Oktober wird der Auftakt in Berlin sein, die zweite Verhandlungsrunde ist dann am 1./2. November und die dritte fest geplante Runde wird am 27./28. November in Potsdam stattfinden.

Tarifrunden in Pandemiezeiten

Die Tarifrunde TV-L steht in diesem Jahr unter einem ganz besonderen Stern.

Ein Rückblick auf die letzte Tarifrunde TV-L 2019 und der Vergleich mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen zum TVöD bzw. in Hamburg zum TV-AVH für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen im vergangenen Jahr zeigt deutlich, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf Tarifabschlüsse hat. In der Länderrunde 2019 wurden Tariferhöhungen von insgesamt acht Prozent über die Laufzeit bis Ende September 2021 vereinbart. Dazu wurde die Angleichungszulage für die Lehrkräfte deutlich erhöht und die Kolleg_innen im Sozial- und Erziehungsdienst erhalten seit 2020 mit der Überführung in die sogenannten S-Tabellen eine bessere Bezahlung auf dem Niveau des TVöD.

Das Tarifergebnis der Tarifrunde TVöD 2020, mitten in der Corona-Pandemie, sah dagegen ganz anders aus. Erst-

Foto: hlz

Kein Segen von oben mehr, sondern Geld her!

malig mussten Leermonate im Tarifabschluss in Kauf genommen werden – also Monate, in denen die tariflich vereinbarte prozentuale Entgelterhöhung noch nicht greift. Nicht zuletzt zur Kompensation wurde daher die steuerfreie Corona-Prämie von 300 bis 600 Euro abgeschlossen. Vom 1. April 2021 an steigen nun dort die Gehälter um 1,4 Prozent, mindestens aber 50 Euro, ab dem 1. April 2022 um weitere 1,8 Prozent. Die Laufzeit der Entgelttabellen endet am 31. Dezember 2022.

Was bedeutet dies für die Tarifrunde TV-L im Herbst?

Es ist offensichtlich, dass die Arbeitgeber den Landesbeschäftigten im öffentlichen Dienst einen harten Sparkurs verordnen wollen und mit harten Bandagen kämpfen werden. Darüber hinaus weiß derzeit noch niemand, ob die Entwicklung der Pandemie große öffentliche Arbeitskampfaktionen zulassen wird. Gründe, diese Tarifrunde frühzeitig in der GEW vorzubereiten.

Schon im März fand deshalb zur Kampagnenplanung ein erstes Treffen der GEW-Tarifverantwortlichen im Hauptvorstand und in den Ländern statt. Am 5. Mai tagte die Bundestarifkommission der GEW per Videokonferenz und eröffnete die Forderungsdiskussion der GEW. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen die Tarifrunde stattfinden wird, wurden den Teilnehmer_innen von Sebastian Dullien, Institut für Makroökonomie und Forschung, nahegebracht. Er zeigte auf, dass die Corona-Pandemie zwar weltweit zu einem stärkeren Einbruch der Wirtschaftsleistung geführt habe als die Finanzkrise von 2008. Gleichzeitig sei aber der Anstieg der Schuldenquote auf nun 70 Prozent geringer als während der Wirtschafts- und Finanzkrise, wo sie den Höchststand von 82,5 Prozent erreichte. Somit sei sehr wohl Spielraum für eine angemessene lineare Tariferhöhung gegeben.

Neben einer linearen Entgeltsteigerung werden in dieser Tarifrunde sicherlich die Forderungen nach der stufengleichen Höhergruppierung und der Paralleltabelle für Lehrkräfte von Bedeutung sein. Darüber hinaus werden die Forderungen des Hochschulbereiches nach einer Tarifierung studentischer Hilfskräfte ebenso eine Rolle spielen wie Entgeltzulagen für befristet Beschäftigte.

Sicher wird man sich auf einen harten Abwehrkampf einstellen müssen, was Forderungen der Arbeitgeber nach Kompensationsleistungen der Beschäftigten zur Bewältigung der Coronapandemie betrifft. Dass die TdL gern den Arbeitsvorgang anders definieren möchte, wissen wir schon aus der letzten Tarifrunde. Einen erneuten Angriff auf eine tragende Säule der Tarifierung im öffentlichen Dienst gilt es in jedem Fall zu verhindern.

Für Hamburg von besonderer Bedeutung werden sicher Entgeltverbesserungen für die

Gruppen der schulischen Therapeut_innen und der Vorschullehrkräfte sein. Diese profitierten in der Vergangenheit nicht von der Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes, obwohl sie hervorragende und anspruchsvolle pädagogische Arbeit leisten.

Die GEW Hamburg wird nach den Sommerferien zu einer tarifpolitischen Konferenz einladen. Dort wird Raum sein für Information, Diskussion und Verabschiedung der Hamburger Forderungen. Diese werden am 24. August von den Hamburger Vertretern in den Forderungsbeschluss der Bundestarifkommission der GEW eingebracht werden.

Bis dahin bleibt Zeit, sich in den Fachgruppen zu diesem Themenkomplex auszutauschen und auch die verbeamteten Kolleg_innen mit ins Boot zu holen. Denn klar ist: Tarifrunde ist immer auch Besoldungsrunde.

BIRGIT RETTMER

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: iStock/hlz

Rückseite: hlz

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 7-8/2021: 03.06.2021

Dumpfe Träume

Anlässlich der Bundestagswahlen werden die Parteien in den Schulen auftreten. Auch die AfD?
Wir untersuchen deren Aussagen zur „nationalen Identität“

Im Januar 2021 veröffentlichte die AfD eine „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität 2021“. Zweck dieser Veröffentlichung kann sein, auf Teile des Verfassungsschutzes beschwichtigend einzuwirken und Verfassungstreue zu beschwören, schließlich wird überprüft, ob sie Beobachtungsobjekt wird. Und: Es wird ein rechtskonservatives Weltbild etabliert.

Die Autoren der Erklärung erheben einen grotesken Vorwurf: Verfolgt, gejagt, diffamiert werde die Partei vom politischen Gegner, sie befinde sich im Abwehrkampf. So möchten sich die AfD-Oberen gerne inszenieren. Angegriffen werde die AfD, die doch als Vorkämpferin für „die Wahrung der geschichtlich gewachsenen nationalen Identität als politisches Ziel“ Deutschlands gelten möchte, als Inkarnation des guten Deutschtums mit höchst lauteren Absichten. „Schädigungsabsichten“ hätten die anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Sie unterstellten der AfD, diese wolle Menschen „staatsbürgerliche Rechte oder gar elementare Menschenrechte vorenthalten oder entziehen.“ (ebd.) Sie würden in die Nähe des Rechtsextremismus gestellt, Bezüge zum Nationalsozialismus würden hergestellt. Nichts von dem sei wahr.

Damals, beim Einzug der AfD in den Bundestag, triumphierte AfD-Gauland und blies zur Attacke: „Wir werden Frau Merkel jagen“, „Wir werden die Regierung vor uns hertreiben“. Das Jammern in der Erklärung dient tatsächlich nur der Verschleierung. Es lohnt ein Blick auf die deutschtümelnde Ideologie und die Begrifflichkeiten, mit denen die AfD Politik betreibt.

„Rasse“ im Originalton der Nazis

Für die Nationalsozialisten sind Begriffe wie „Volk“, „Vaterland“, „Raum“, „Ehre/Liebe“ und „Rasse“ die Grundpfeiler ihrer Ideologie. Aus der Fülle von Beispielen sollen einige Textstellen aus „Mein Kampf“ zitiert werden (kursiv W.S.). Sie dienen als Bezugspunkte und auch als Maßstab für die Beurteilung der aktuellen Programmatik, die von der Rechten/AfD heute verbreitet wird.

In den originalen Nazi-Schriften nahmen die Ideologen kein Blatt vor den Mund bei der Formulierung der „Rasse-‘Theorie‘“; ihnen ist zu entnehmen, was gewollt war – ‚Rassen‘hetze: „Die *Blutsvermischung* und die dadurch bedingte *Senkung des Rassenniveaus* ist die alleinige Ursache des *Absterbens alter Kulturen*; denn die Menschen gehen nicht an verlorenen Kriegen zugrunde, sondern am *Verlust jener Widerstandskraft*, *die nur dem reinen Blute zu eigen ist*.“ (Mein Kampf, S. 324) Deutlich ausgesprochen: Der Niedergang erfolge, weil „Rassenschande“ in Deutschland getrieben werde.

Und: „Für was wir zu kämp-

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Bildung und Sport

Vertreter politischer Parteien im Unterricht

Das Verbot der parteipolitischen Werbung in Schulen gilt nicht für Einladungen an politische Vertreter im Rahmen des Unterrichts, soweit die Meinungsvielfalt gesichert ist (vgl. Ziffer 2.2 der Geschäftsordnungsbestimmung 14 der Behörde für Bildung und Sport (SchulRHH Ziffer 5.11.2)). Sicherung der Meinungsvielfalt heißt, dass allen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien Gelegenheit zur Darstellung eröffnet werden muss, das sind die Parteien SPD, CDU, Grüne, Linke, FDP und AfD.

Besuche von Abgeordneten der Bürgerschaft in den Schulen

Abgeordnete der Bürgerschaft haben das Recht, sich auch in Dienststellen wie den Schulen einen Eindruck vor Ort zu verschaffen. Nach einem Briefwechsel zwischen den Präsides von Senat und Bürgerschaft aus dem Jahr 1990 wünscht der Senat jedoch, dass Abgeordnete der Bürgerschaft Besuche dieser Art zuvor bei den Präsides der entsprechenden Fachbehörden anmelden.

Heiße Phase des Wahlkampfs

Grundsätzlich gilt jedoch, dass Besuche von Vertretern politischer Parteien einschließlich der Abgeordneten in Diensträumen in einem Zeitraum von sechs Wochen vor Wahlen unzulässig sind. Dem liegt ein Beschluss des Senates vom 09.12.1986 zugrunde.

Mit freundlichen Grüßen

fen haben ist die *Sicherung des Bestehens* und der Vermehrung unserer Rasse und *unseres Volkes*, die Ernährung seiner Kinder und *Reinhaltung des Blutes*, die *Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes*, auf daß unser Volk zur Erfüllung der auch ihm vom Schöpfer des Universums *zugewiesenen Mission* heranzureifen vermag.“ (Mein Kampf, Seite 234, kursiv W.S.) Zu fragen ist, ob diese Weltanschauung auch heute noch Vorbildcharakter hat und was daraus folgt, wenn sie als ‚Inspirationsquelle‘ dient. Wie beschreibt die AfD die „nationale Identität“? Was sieht sie „im Patriotismus, in der Liebe zur Patria, zum Vaterland“ (Broschüre AfD Thüringen, Leitkultur Identität Patriotismus 2018)?

Taschenspielertricks – „Integrationskraft“ statt „Blut“

Die „Erklärung ...“ wurde von der Führungsriege der AfD verfasst und unterschrieben: in trauter Eintracht Gauland, Meuthen, Jongen, Weidel, Höcke, Storch, aber auch Nockemann und Wolf aus Hamburg. Die AfD will „das deutsche Volk, seine Sprache und seine gewachsenen Traditionen langfristig erhalten“. Indem die AfD dies betont, unterstellt sie gleichzeitig, dass das „deutsche Staatsvolk“ „langfristig“ gefährdet sei. Diese Gefährdung werde bewusst betrieben. Bei den Nazis wurde diese Aussage so formuliert: „Absterben alter Kulturen“.

Die AfD-Thüringen-Broschüre (Landesvorsitz Björn Höcke) drückt die Bedrohung so aus: Eine „Sprachsteuerung“ „verfolgt das Programm, den Menschen eine ‚neue Identität‘ aufzunötigen – und zwar eine solche, die mit der Zerstörung der Identität unserer Herkunft einhergeht. Das ist die Intention des Programms der Multikulturalisierung. Hier wird unter dem Banner von ‚Weltoffenheit‘, ‚Toleranz‘ … an der Zerstörung der Nation und des Eigenen schon insoweit gearbeitet, als die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft bereits per se einen Angriff auf die nationale Identität darstellt. Ein solcher Angriff ist heute ausgesprochen oder unausgesprochen das Programm der Regierungen in Bund und Ländern wie auch der EU“ (S. 40).

Die Bedrohungslage für die „deutsche Seele“ (S. 30) ist lt. AfD also ernst. Bedroht wird das „Staatsvolk“ von politischen Akteuren, von politischen Parteien und gewählten Repräsentanten unserer Demokratie. Diese Kräfte wirken von ‚von außen‘ auf den Kern des Volkes, seine „Seele“, ein. Gauland und Höcke schrieben 2015 in ihren Erfurter Thesen: „Deutschland ist kein Labor für Gesellschaftsexperimente: Wir verweigern uns verantwortungslosen Experimenten mit und an unserem Volk.“

Diesen „Angriff auf die nationale Identität“ bezeichnet die AfD nicht als „Blutsvermischung“. Das wäre zu auffällig. Vielmehr werde eine „Tyrannei der Werte“ von Personen betrieben, die mit Begriffen wie „bunt“, „Vielfalt“ besondere Ziele verfolgten: die „Beseitigung der angestammten und vertrauten Vielfalt und deren Ersetzung durch möglichst viele nicht historisch ansässige, sondern von außen kommende Gruppen.“ Diese Wortwahl („Gruppen“) ist der AfD allerdings nicht deftig genug. Betrieben werde „die Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe“ (Broschüre 2018, S. 24). Das Fremde kommt lt. AfD von außen, wird planmäßig hineingeschleust in das ‘angestammt‘ Ansässige. Der Stamm wird verunreinigt. Das Reine wird zum Trüben. Der Textvergleich ergibt: „Blutsvermischung“ versus „Durchmischung

der Bevölkerung“. Wahrlich, die AfD versteht das Geschäft der Vernebelung und Täuschung (siehe auch ‚Thymos-Experte‘ Jongen, in: hlz 12/2020, Seite 51ff).

Die AfD führt eine weitere Kategorie für die Konstruktion der „deutschen Identität“ ein: die „Integrationskraft“, eine Art ‚Wesenseigenschaft‘, die dem „Volk“/der „deutschen Gesellschaft“, dem Inneren des Volkes, zugeschrieben wird. Die AfD schreibt: „Und nur wenn die Zahl der in Deutschland aufgenommenen und eingebürgerten Personen die Integrationskraft der deutschen Gesellschaft nicht übersteigt, bleibt das Staatsvolk auf lange Sicht auch Träger der deutschen Kultur und Identität.“ („Erklärung 2021...“) Das „Deutsche“ und das Fremde stehen sich gegenüber. Das Eine bedrohe oder zerstöre geradezu das Andere, wenn die „Integrationskraft“ schwinde. Die Nazis faselten vom „Verlust jener Widerstandskraft, die nur dem reinen Blute zu eigen ist.“ Natürlich, von „Senkung des Rassenniveaus“ ist ausdrücklich nichts in AfD-Veröffentlichungen zu lesen. Es wird Angst verbreitet vor denen, die „eingemischt“ werden sollen.

Der Kampfruf, der bei dieser

Lagebeurteilung ertönt, ist klar vernehmbar: „Doch eines werden wir nicht tun: unser Land und unsere Nation aus der Hand geben. Deutschland ist unser Land!“ Dies formulierten Gauland und Höcke 2015 in der sogenannten „Erfurter Erklärung“. Und in der „Erklärung... 2021“ heißt es: „Nur wer unsere Sprache spricht, unsere Werte teilt und unsere Lebensweise bejaht, soll Deutscher nach dem Gesetz werden können.“

Was aber die „deutsche Identität“ inhaltlich bedeutet, da schweigt die AfD, da werden nur inhaltsleere Begriffe in der Thüringen-AfD-Broschüre von 2018 auf Seite 29 aneinander gereiht: „geographische Orte“, „historische Daten“, „Bauwerke“, „Denkmäler“, „Embleme und Symbole“, „literarische Werke“, „Lieder“, „mythische Erzählungen“ usw. Denn wäre aufgeführt, was genau gemeint ist, träte auch öffentlich zu Tage, wes Geistes Kind diese Leute sind. Zählte 1939 dazu, der 8. Mai 1945 aber nicht? Die Wartburg und nicht die Bunkeranlagen an Dänemarks Küste? Die Externsteine? Blieben Heinrich Heine und Georg Christoph Lichtenberg außen vor? Welche Lieder veröffentlichte doch Herr Wolf (AfD Hamburg) zu seinen Studienzeiten bei den Burschenschaften? Umfasste eine Aufzählung auch Weimar/Buchenwald, die Auschwitzprozesse, gar die Nürnberger Prozesse? Oder ist das nur der „Vogelschiss“? Fragen über Fragen und keine Antwort.

Angstmacher und Scharfmacher

Die Nazis vertraten bekanntlich die offensive, mörderische Weltbeglückungsstrategie („… daß unser Volk zur Erfüllung der auch ihm vom Schöpfer des Universums zugewiesenen Mission heranzureifen vermag“, siehe Zitat oben). Dass diese Mission spätestens mit „Stalingard“ zerbrach, ist eine Sache.

Eine andere Sache ist, aus welchem Blickwinkel die AfD das Soldatenleben heute sieht: „Und was macht die Bundeswehr? Sie dient in der ganzen Welt fremden Interessen, während die hiergebliebenen Soldaten ihre Kasernen für Asylsuchende räumen und Toiletten in Erstaufnahmeeinrichtungen reparieren.“ („Erfurter Erklärung“ 2015) Die „Integrationskraft“ werde in Deutschland schon sehr beansprucht. Und dann diese grausame Tortur, diese systematische Schwächung der „deutschen Seele“ beim Räumen der Betten und beim Kot wegräumen. Hat die „weiße Hautfarbe“ mit diesem Vorgang etwas zu tun? Ja. Zur Verdeutlichung der Erniedrigung des „deutschen Staatsvolkes“ sei noch einmal die Textstelle („Thüringer Broschüre“ 2018, S. 24) etwas ausführlicher zitiert: „Die Ergänzung der Rede von der Vielfalt durch das Beiwort ‚bunt‘ verweist explizit darauf, dass die Forderung nach Vielfalt auf die Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe abzielt. *Dieser Forderung dürfte nicht zuletzt die Verachtung des Eigenen in Form einer Verachtung der eigenen (weißen) Hautfarbe (oder des „Weißseins“) zugrunde liegen.*“ (kursiv W.S.) Die Soldaten („eigene (weiße) Hautfarbe“) drücken mit ihren Tätigkeiten den Selbsthass und die Erniedrigung der „deutschen Seele“ aus. Die „Durchmischung“ habe solche Folgen. Der Aufschrei der AfD lautet: „Widerstand!“ Das hören wir seit den 1970er Jahren – und zuletzt bei den Querdenker-Demonstrationen mit AfD-Beteiligung.

Nun gut, Höcke ist ja bekanntlich sehr deutlich geworden. Er spricht vom „lebensbejahende(n) afrikanische(n) Ausbreitungstyp“ und vom „selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp“ (Süddeutsche Zeitung, 29.12.2015). In vielen Presse-Artikeln wird Höcke als „Faschist“ bezeichnet. Dazu liegen auch Gerichtsurteile vor (vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland). Gauland sagte „auf dem Bundeskongreß der AfD Nachwuchsorganisation ‚Junge Alternative‘ ... ‚Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.‘ … ‚Wir haben eine ruhmreiche Geschichte – und die, liebe Freunde, dauerte länger als die verdammten zwölf Jahre.‘“ (Süddeutsche Zeitung, 4.6.2018). Nun, der „Vogelschiss“ hat offensichtlich einige Denkspuren im Gehirn des Herrn Gauland hinterlassen. Und auch seine Co im Bundestag, A. Weidel, beherrscht die Methode der pauschalen Zuweisungen von Eigenschaften an Menschengruppen und das Angstmachen mit diesen Beschreibungen: „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“ (SZ, 16.11.2020)

Auch das letzte Wort soll Frau Weidel zugewiesen werden. Sie raunte es ihrem Co (Gauland) zu, sich ungehört wähnend von der Außenwelt, während vor ihr einige Journalist_innen standen und um eine Stellungnahme baten. Pech. Das Mikro war eingeschaltet und die Frechheit wurde aufgenommen. Sie sprach: „Oh Gott, ist das alles dümmlich hier … können wir das jetzt lassen“ (SZ, 14.11.2019). Da antworten wir doch glatt: Wie ihr uns, so wir euch. Gut. Ich akzeptiere den gewerkschaftlichen Ordnungsruf und lasse ab von den blöden Kalauern. Stattdessen müssen wir feststellen: Die AfD mischt ein unappetitliches „Patriotismus“/“Identitäts“-Gebräu. Sie ist brandgefährlich.

WOLFGANG SVENSSON
hlz-Redaktion

gb@-SEMINARE 2021

Klappe – die Erste

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Video-Werkstatt

Kleine Filme für die GEW-Arbeit erstellen, bearbeiten, hochladen.

Der Erfolg einer Demo, einer Veranstaltung, der Personalratswahlen oder sonstiger Aktionen hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, das Ganze medial zu präsentieren.

In diesem Seminar werden aus vorliegenden Fotos und Videos kurze Videofilme für die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit produziert. Dabei diskutieren wir über Kriterien für eine Nutzung von Fotos und Videos für gewerkschaftliche Aktionen und Kampagnen. Wir lernen, wie man Filme am PC mitschneidet und nachvertont und schließlich die Filme ins Internet hochlädt.

Für auswärtige Teilnehmende organisieren wir eine Übernachtung.

Freitag, 28.05.21, 16.00-20.00,
Samstag, 29.05.2021, 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Kanutour (nicht nur) für neue Mitglieder

Bei dieser Kanutour erwarten dich Gespräche und Infos rund um die GEW Hamburg, Entspannung auf dem und am Wasser. Im Vordergrund steht, gemeinsam einen entspannten und schönen Tag zu verbringen und neue Kolleg_innen kennenzulernen. Aber auch Zeit zu haben für Fragen und Diskussionen rund um die Gewerkschaftsarbeit: Was tut die GEW für ihre Mitglieder? Wie ist sie aufgebaut? Wo kann man mitmachen? Welche aktuellen Projekte gibt es? Wie kann ich aktiv werden, ohne mich gleich auf Dauer zu verpflichten?

Für die Verpflegung während der Tour ist gesorgt.

Samstag, 29.5.2021,
10.30-17 Uhr
Tour auf der Alster vom Haselknick – Klein Borstel
Leitung: Charlien Bredefeld, Jürgen Frehse
Kostenlos für Neumitglieder inkl. Verpflegung
(GEW-Mitglieder 10 €)

Elterngespräche vorbereiten und einvernehmlich gestalten

In der Schule und in der Kita gehören Gespräche mit Eltern zum Alltag. Lehrer_innen und Erzieher_innen stehen vor der Aufgabe, die Eltern hinsichtlich unterschiedlichster Fragestellungen und Anliegen zu beraten. In diesem Zusammenhang werden sie oftmals mit Vorwürfen, verbalen Angriffen und unangenehmen Situationen konfrontiert.

Im Seminar geht es darum, die eigene Gesprächs- und Beratungskompetenz zu erweitern und Sicherheit im Umgang mit den Eltern zu erlangen. Unser Gesprächsverhalten soll erkannt, reflektiert und somit steuerbar werden. Ein gegenseitiger wertschätzender Umgang ist dabei ein wichtiges Fundament.

Dienstag, 18.05.2021, 9-16 Uhr
Leitung: Petra Kumm
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder: 40 €)

Grundlagen Asyl- und Ausländerrecht

Nach einem kurzen Überblick über die aktuelle Entwicklung der Zahl von Geflüchteten weltweit, in Europa und in Deutschland und die maßgeblichen Fluchtursachen werden wir über die grundlegenden rechtlichen Voraussetzungen und Schritte des Asylverfahrens informieren. Außerdem behandeln wir die konkreten Bedeutungen der unterschiedlichen Aufenthaltstitel und deren Konsequenzen für die Lebenssituation der Menschen, mit besonderem Fokus auf der Situation von Schüler_innen und Auszubildenden.

Dieses Seminar ist als Präsenz-Veranstaltung geplant. Wir achten auf Abstandsregeln und den Hygieneplan und gehen achtsam miteinander um.

Die Fortbildung wird in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Hamburg e.V. durchgeführt.

Donnerstag, 03.06.2021,
18-20.30 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Anette Schmidt
kostenlos

Anmeldung

Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

KESS (I)

Bemüht reicht nicht

Die von der Schulbehörde vorgenommene Klassifizierung der Schulen in Form eines Sozialindex offenbart die tiefe Spaltung unserer Gesellschaft

Das mittlerweile für diese Zeitung geflügelte Wort: „Sage mir, wo du wohnst und ich sage dir, was du wirst“ ist leider keine Zuspitzung in ironischer oder gar zynischer Absicht, sondern harte Wirklichkeit. Dies zeigen alle sozialen Analysen von unserer Gesellschaft, wobei die Dynamik der Entwicklung in diesem Zusammenhang deutlich auf eine sich immer weiter verschärfende Segregation hinweist (s. Kasten S. 29 oben). Gleichzeitig werden regelmäßig die Hoffnungen auf soziale Durchlässigkeit enttäuscht, wenn man mal von den Ausnahmen absieht, denen allerdings mediale Aufmerksamkeit garantiert ist. Ein paar Sportler_innen oder Showbiz-Menschen vermögen dabei allerdings den Trend nicht umzukehren. Stattdessen tragen sie eher dazu bei, dass sich das Bild in der Öffentlichkeit geschönt darbietet.

Die BSB hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten frühzeitig versucht, der offensichtlichen sozialen Benachteiligung vieler Kinder in der Stadt entgegenzuwirken. Schon Ende der 1990er Jahre hatte unter der Ägide der sozialdemokratischen Schulsenatorin Rosemarie Raab der 2008 von der Grünen Schulse-

// PRESSEINFORMATION //

Landesverband Hamburg
Nr. 26/2021 vom 16. April 2021

„Umverteilen reicht nicht!“

GEW zur Anpassung des Sozialindex

Gestern hat die Schulbehörde die Bescheide über den neuen Sozialindex an die Schulen versendet. Der Sozialindex bildet die sozialen Rahmenbedingungen der Schülerschaft jeder Schule auf einer sechsstufigen Skala von 1 (besonders schwierige Rahmenbedingungen) bis 6 (sehr günstige Rahmenbedingungen) ab. Je nach Einstufung, werden einer Schule unterschiedlich viele pädagogische Stellen zugewiesen. Die Behörde spricht dabei von „gerechteren Startchancen“. Anstatt dafür aber mehr Geld in die Hand zu nehmen, wird tatsächlich nur umverteilt.

„Hamburgweit werden 44 Grundschulen im sogenannten KESS-Faktor hochgestuft. Hunderte von Arbeitsstunden, den sogenannten WAZ, müssen allein an 16 Schulen im Bezirk Eimsbüttel eingespart werden. Einsparen müssen die Schulen Ressourcen im Bereich der Sprachförderung und im Bereich LSE. Dagegen werden 41 Schulen herabgestuft. Die WAZe werden also durchgereicht.

Das mag vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sozialstrukturen gerecht klingen. Tatsächlich sind aber an den Schulen, die nun z.T. Stellen abbauen müssen, die Schüler*innen mit Sprach- und sonderpädagogischen Förderbedarf LSE ja nicht plötzlich verschwunden. Sie fallen einfach hinten runter“, kommentiert Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg: „Besonders in Corona-Zeiten ist das Vorgehen der Schulbehörde, die zu knappe Decke hier etwas weg- und dort etwas hinzuziehen, völlig kontraproduktiv! Durch die (erstmalige) Berücksichtigung ausschließlich der Stadtteildaten und nicht mehr dem Blick auf die konkrete Schüler+innenschaft einer Schule wird es zu massiven Ungerechtigkeiten und Unterfinanzierungen an einzelnen Schulen kommen. Gerade in Coronazeiten, wo unstrittig ist, dass Kinder mit schwierigen Rahmenbedingungen deutlich stärker gefördert werden müssen, müssen die Mittel für die sozialindexbezogene Stundenzuweisungen deutlich aufgestockt und nicht umverteilt werden. Die GEW-Forderung ist dabei: Mindestens Bestandsschutz für alle Schulen und zusätzlich Zuweisungen an die Schulen, für die sich die Daten verschlechtert haben“, so Bensinger-Stolze abschließend.

Grafik: Statistikamt Nord

Wenn „Ausgewogenheit" bedeutete, dass maximal die Hälfte der SuS einer Schule einen Migrationshintergrund haben soll (BuMi Karliczek forderte 2015 nicht mehr als 38 Prozent!), dann könnte der HVV einen beachtlichen Beitrag zur Mobilitätsförderung leisten …

natorin Christa Goetsch im Rahmen einer Schwarz-Grünen-Koalition ins Amt gesetzte Staatsrat Ulrich Vieluf ein 6-stufiges Modell entwickelt, das Schulen in Abhängigkeit von ihrer sozialen Klientel mit einem unterschiedlichen personellen Schlüssel ausstattete. (s. nachfolgendes Interview)

Diese Kategorisierung, bekannt als KESS[1]-Faktoren, bestimmt seither die Personalressource der einzelnen Schule und muss von Zeit zu Zeit der veränderten Struktur der Schüler_innen- bzw. Elternschaft angepasst werden. Dass dies regelmäßig zu Unruhe an den Schulen führt, ist nachvollziehbar, da dann plötzlich von der ohnehin zu kurzen Personaldecke ein Stück verlustig geht. (Und natürlich sind wir als Gewerkschaft aufgerufen, das nicht einfach hinzunehmen – s. Presserklärung.)

[1] **K**ompetenzen und **E**instellungen von **S**chülerinnen und **S**chülern (KESS)

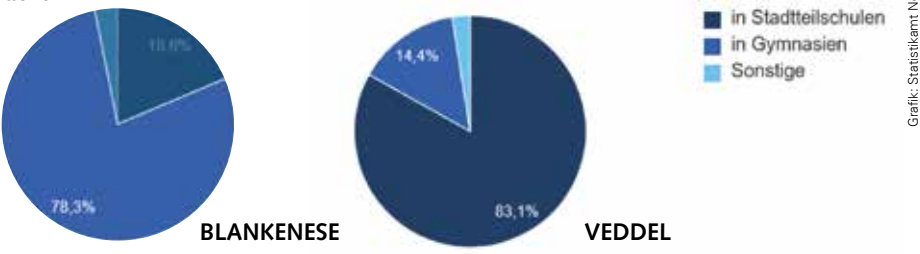
Erwartungen enttäuscht

An dieser Stelle soll aber das Augenmerk darauf gerichtet werden, was solch eine Klassifizierung eigentlich gesellschaftlich bedeutet. Der erhoffte kompensatorische Effekt trat nämlich nicht ein! Natürlich kann man damit argumentieren, dass es ohne diese Maßnahme noch schlimmer gekommen wäre, aber angesichts des ausbleibenden Schulerfolgs der benachteiligten Schüler_innenschaft kann man auch zu der Einsicht gelangen, dass diese Art der Kompensation gescheitert ist.

Das desaströse Ergebnisse, dass nahezu 20 bis 30 Prozent der Schüler_innen nicht zu dem geführt werden, was allgemein als Basis dafür erachtet wird, um in unserer Gesellschaft bestehen zu können, ist ein unwiderlegbarer Beweis, dass es so nicht geht (s. Kasten S. 30)! Die Ursache für das Scheitern liegt – so einfach ist das – in den unterschiedlichen sozialen Ausgangsbedingungen. Und um die zu kompensieren, bedarf es einer gemeinsamen Beschulung, in der die Starken die Schwachen stützen. Wie bitte soll ein Kind, dessen Familiensprache nicht deutsch ist, den hiesigen Bildungsanforderungen genügen, wenn es mehr oder weniger ausschließlich mit Kindern zusammen ist, die ebenfalls nicht muttersprachlich in Deutsch sozialisiert sind bzw. deren Eltern nur rudimentär Deutsch sprechen? Da reicht es eben nicht, wenn in der Klasse auf der Veddel ein paar weniger Schüler_innen sitzen als in Blankenese.

Das ist die unbequeme Wahrheit! Zu der gehört dann auch, dass das an sich gut gedachte

Tortenschlacht



Grafik: Statistikamt Nord

Schließt man biologistische Begründungen für die reziproke Situation aus, sprechen diese Prozentanteile für sich

Schwarz auf weiß

„Schülerinnen und Schülern aus wohlhabenden Familien stehen viele Wege zu einem erfolgreichen Leben offen. Schüler_innen aus benachteiligten Familien haben dagegen in der Regel nur eine einzige Chance im Leben – eine gute Lehrkraft bzw. eine gute Schule. Bleibt diese Chance ungenutzt, nehmen die anfänglichen Unterschiede bei den Lernergebnissen auf dem weiteren Bildungsweg tendenziell eher zu als ab. So gesehen ist es enttäuschend, dass in vielen Ländern nach wie vor die Postleitzahl des Wohnorts und der Schule der beste Prädiktor für die Leistungen der Schülerinnen und Schüler ist.“ (José Ángel Gurría Treviño, Generalsekretär der OECD)

Das gilt besonders in Deutschland. Leistungsunterschiede der Schüler_innen werden innerhalb von Schulen und zwischen den Schulen verglichen. Im OECD-Durchschnitt werden 29 Prozent der Leistungsunterschiede mit Unterschieden zwischen den Schulen erklärt, in Deutschland mehr als 50 Prozent. Damit gehört Deutschland zu den fünf Ländern, in denen es für den Schulerfolg besonders entscheidend ist, auf welche Schule ein_e Schüler_in geht. Und das ist so, obwohl das Privatschulwesen hierzulande im internationalen Vergleich eher klein ist.

Die ermittelten Lernstände erweisen sich seit den letzten Jahren (2012-2018*) als stagnierend, aber stabil. Das gilt auch für den Anteil der Schüler_innen, der die Mindeststandards nicht erfüllt. Liegt der Anteil im Leistungsbereich Deutsch bei 26 Prozent, liegt er im Bereich Mathematik bei 28 Prozent. Dieser Anteil liegt signifikant über dem Mittelwert aller Ergebnisse. Je nach Betrachtung bzw. Bewertung erhöht sich die Risikogruppe um einen Teil der Schüler_innen der Kompetenzstufe II auf ca. 30 Prozent. Für diesen Teil der Schüler_innen, der sogenannten Risikogruppe, stellt die Organisation von Schule und Unterricht zumindest eine Lernbarriere, wenn nicht eine Lernbehinderung dar. Um diese Schüler_innen zu erreichen, sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverantworteten Schule offensichtlich nicht genutzt worden.

KLAUS BULLAN, KAY STOECK, in: hlz 1-2/2020

** Es gibt zurzeit noch keine aktuelleren Zahlen, wobei sich Grundsätzliches nicht verändert haben dürfte. Dieser Tage, am 3. Mai, stellten der PISA-Bildungsexperte Andreas Schleicher zusammen mit Bundesministerin Anja Karliczek eine Sonderauswertung im Rahmen der PISA-Daten von 2018 vor. Gegenstand der Untersuchung war, inwieweit Schüler_innen gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die es ihnen ermöglichen, an der Wissensgesellschaft teilzuhaben. Das Ergebnis für Deutschland ist desaströs. Danach können mehr als die Hälfte der 15-Jährigen hierzulande (55 Prozent) in Texten nicht Fakten von Meinungen unterscheiden. Wie gut die Lesekompetenzen im digitalen Raum sind, hänge in Deutschland stark vom sozialen Hintergrund ab, so Schleicher. Laut der Studie schneiden Schüler_ innen aus privilegierten Elternhäusern hierzulande so gut wie in keinem anderen Land ab, während Jugendliche aus benachteiligten Haushalten nur im oberen Mittelfeld lagen. Nachzulesen ist das alles unter: 21st-Century Readers: Developing Literacy Skills in a Digital World, PISA, OECD Publishing, Paris, 2021 https://doi.org/10.1787/a83d84cb-en JG*

System der KESS-Faktoren dazu beiträgt, die ungleichen Verhältnisse zu zementieren. Den Eltern bleibt schließlich nicht verborgen, mit welchem Faktor die Schule, auf die ihr Kind wohnortbezogen gehen soll, belegt ist. Alle wissen es, aber niemand spricht gern darüber, welche Anstrengungen Eltern unternehmen, um ihr Kind von diesem Milieu fernzuhalten. Und zu diesem Nichtaussprechen gehört, dass man bereit ist, den Preis für die ungleiche Ausstattung der Schulen mit Personal zu zahlen. Konkret: Man nimmt lieber volle Klassen in Kauf, als dass man bereit ist, sein Kind freiwillig an einer Schule mit „schlechtem“ KESS-Faktor anzumelden.

Dass das Ganze mit einer Flucht aus den entsprechenden Wohnorten einhergeht, auch das haben wir viele Male in dieser Zeitung dokumentiert. Und so tragen die KESS-Faktoren objektiv zur Vertiefung der sozialen Spaltung bei. Man wundert sich manchmal, dass diese Entwicklung von den Betroffenen immer noch (!) so hingenommen wird.

Art. 3, Absatz 3 Grundgesetz (GG)

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. (…)

Schlechtes Gewissen

Auf die Ungerechtigkeit angesprochen, senken viele Mittelschichtseltern den Kopf. Verständlich: sie spüren die Un-

Bildnachweis: Montecruzfoto.org, gemeinfrei

Vorboten einer Entwicklung wegen zunehmender Ungleichheit, ungleiche Bildungschancen eingeschlossen, die den sozialen Frieden aufs Spiel setzen? (Hamburg im Juli 2017 während des G20-Gipfels)

gerechtigkeit, die sie befördern, wenn sie ihr Kind von diesem Umfeld fernhalten. Wer wollte sein Kind auf dem Altar eines zwar nach Gerechtigkeit schreienden, aber eben tief ungerechten Systems opfern!? Deswegen verbietet sich ein Bashing dieser Eltern, weil man nicht erwarten kann, dass sie in einer auf Konkurrenz und Leistung basierenden Gesellschaft altruistisch handeln. Deswegen muss es der Staat richten, nicht zuletzt auch deshalb, weil er bzw. die Bürger_innen langfristig an einem sozialen Frieden interessiert sein sollten.

Und wie? So abstrus – weil unrealistisch – die Forderung auf den ersten Blick erscheinen mag: Es müsste eine Quotierung her, die garantiert, dass die Schüler_innen von Beginn ihrer Schulkarriere an in sozial gemischten Klassen unterrichtet werden. Die SUVs müssten dann eben etwas länger unterwegs sein bzw. es müsste – solange in Sachen städtebauliche Durchmischung der Gesellschaft nichts geschehen ist – ein Busing eingeführt werden, von dem man bisher geglaubt hat, dass es sich um eine seltsame, längst der Vergangenheit angehörenden Blüte US-amerikanischer Geschichte aus den 1960er Jahren handelt.

Aber machen wir uns nichts

„KESS-Index“ oder „Sozialindex“?

Zum Schuljahr 1998/99 wurden in Hamburg erstmalig Förderressourcen auf der Basis eines Sozialindexes zugewiesen. Grundlage seiner Berechnung waren Daten zur soziokulturellen Lage der Schüler_innenfamilien aus der 1996 gestarteten Lernausgangslagenuntersuchung LAU. In den 2000er Jahren wurde der sogenannte „LAU-Index“ durch den „KESS-Index“ abgelöst. Dieser schulbezogene Sozialindex wurde auf der Grundlage von Daten aus der Studie „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern (KESS)“ berechnet. Der „KESS-Index“ unterschied sechs Index-Gruppen, die u.a. nach dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital der Schüler_innenfamilien gebildet wurden.

Nach Einführung des „Zwei-Säulen-Modells“ wurde eine Neuberechnung des Sozialindexes vom Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) vorgenommen, der ab 2013 den „KESS-Index“ ablöste. Der neu entwickelte Sozialindex behielt die sechs Index-Gruppen bei, verwendete aber unabhängig von der KESS-Studie erhobene Daten.

Seiher kommt es immer wieder zu Verwechslungen. Obwohl der Sozialindex seit acht Jahren ohne jeden Bezug zur KESS-Studie besteht, werden in der Schulöffentlichkeit nach wie vor die Begriffe „KESS-Index“ und „KESS-Faktor“ verwendet. Und da nach wie vor Lernstandserhebungen mit dem Testinstrumentarium der KESS-Studie in Hamburgs Schulen durchgeführt werden, besteht eine mitunter verwirrende „Verwechslungsgefahr“.

ULRICH VIELUF

Foto: hlz

Kein Witz – die Busing-Linie ist schon eingerichtet!

vor: das allein würde die Chancengleichheit auch nicht garantieren. Die einzige Lösung, aus diesem Dilemma herauszukommen, ist in der Tat – in Ergänzung zu den oben erwähnten Maßnahmen – unser gegliedertes Schulsystem aufzuheben. Erst ‚Eine Schule für Alle' böte die Voraussetzung für wahre Chancengleichheit! Wieso das nicht möglich sein soll, wo es in nahezu allen Ländern um uns herum – und auch dort gibt es Einwanderung – möglich ist, will mir nicht in den Kopf. Unmöglich in Deutschland?

Kein Wunschkonzert

Wer bis hierhin gelesen hat, wird sagen, dass er oder sie genau dies doch immer wieder in dieser Zeitung gelesen hat. Ja, richtig! Ich habe lediglich die Nachrichten über die Anpassung der KESS-Faktoren als Aufhänger genutzt, um wieder mal den Finger in die Wunde zu legen. Und natürlich weiß ich, dass die politischen Machtverhältnisse wenig Anlass bieten zu hoffen, man könne so etwas wie Busing, Quotierung oder städtebauliche Neuorientierung in einer nicht mehr auf den freien Markt sich berufende Wohnungswirtschaft in naher Zukunft realisieren. Politik ist schließlich kein Wunschkonzert! Deshalb mache ich an diese Stelle einen Schnitt und blende über zu dem, was gerade identitätspolitisch im Gange ist (s. hlz 2-3/2021, S. 47ff). Reduziert man nämlich die bildungspolitische Benachteiligung auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, was zugleich die Schwäche des identitätspolitischen Ansatzes offenbart, kriegt das Ganze vor dem Hintergrund der beschriebenen Interessenlage plötzlich ein Gesicht.

Cancel culture alive

Der identitätspolitischen Sicht zufolge müssten nämlich die Betroffenen selbst sagen: Ihr, liebe Deutsche, die ihr uns seit Jahren verschaukelt, um eure Privilegien nicht zuletzt über das gegliederte Schulsystem aufrechtzuerhalten, haltet in dieser Angelegenheit mal den Mund! Ihr könnt es nämlich gar nicht ermessen, was es bedeutet, jetzt schon über mehrere Generationen hinweg gesagt zu bekommen, dass wir uns als Eingewanderte erstmal hintanstellen müssten. Wir fordern das ein, was ihr selbst als Postulat ins Grundgesetz geschrieben habt (s. Kasten): Die volle Gleichberechtigung! Und zwar so lange, bis diesem formalen Anspruch – und mehr ist dies nämlich nicht – auch die reale Gleichstellung folgt.

Wenn man nun einen optimistischen Geschichtsverlauf unterstellt, wär' es ja nicht undenkbar, dass der Widerstand, der sich in diesem identitätspolitische Fenster spiegelt, die Chance eröffnet, alle bisher sozial benachteiligten Gruppen im Kampf um Gleich-

berechtigung mitzuziehen!

Reset

Die Sensationsnachrichten über Covid19 in Bezug auf Schule und Unterricht werden in wenigen Wochen so schnell verschwunden sein wie sie gekommen sind. Mit den Auswirkungen der Pandemie auf die Kinder und Jugendlichen werden wir noch länger zu kämpfen haben. Wir wissen schon jetzt, dass die Pandemie die soziale Spaltung vertieft hat. Von daher lasst uns in Erinnerung rufen, vor welchem Hintergrund wir neu starten. Solche Neustarts sind ja oft mit guten Vorsätzen verbunden. In diesem Fall gilt für Viele von uns, dass wir mehr als zuvor Anstrengungen unternehmen müssen, um die noch weiter aufgerissenen Gräben kenntlich zu machen, damit letztendlich die Betroffenen selbst erkennen, wer dafür verantwortlich ist und warum die Spaltung in der Gesellschaft als quasi naturwüchsig erscheint und damit für unüberwindbar gehalten wird. Die Rolle, die wir dabei einzunehmen haben, ist damit klar umrissen: Bestärken und unterstützen wir all jene in ihrem Kampf um Gleichstellung, Anerkennung, ja, Emanzipation, die als Betroffene unter den jetzigen Ungerechtigkeiten des Systems zu leiden haben.

JOACHIM GEFFERS

Alle fünf Jahre angepasst

Erläuterungen zu KESS

Auswirkungen

Der Sozialindex teilt die Hamburger Schulen in sechs Gruppen ein. Diese Einteilung wird für verschiedene Zwecke genutzt, zum Beispiel bei der Festlegung von finanziellen Mitteln oder bei der Ermittlung des Personalbedarfs von Schulen:

- *Personalbedarf für den Unterricht*
- *Inklusion*
- *Additive Sprachförderung*
- *Vorstellung der Viereinhalbjährigen*
- *Ganztagsangebote*
- *Schulbüro*

Außerdem wird der Sozialindex auch für die Berechnung „fairer Vergleichswerte“, z.B. im Rahmen von KERMIT genutzt.

Berechnung

Hauptsächlich werden die Kriterien durch das Team des Hamburger Sozialindex am IfBQ in einem langwierigen Prozess der rechnerischen Prüfung, der inhaltlichen Diskussion und des Abwägens ausgewählt. Zur Aktualisierung des Sozialindex im Jahr 2021 waren zusätzlich Schulleitungen im Rahmen von Workshops eingeladen, sich an der Kriterienauswahl zu beteiligen.

Gewichtung

(Die Gewichte werden) im Rahmen des Verfahrens der Faktorenanalyse berechnet: so genannte „Faktorladungen“ für jedes Kriterium.

Wahrnehmung

Für die Ermittlung des Sozialindex ist nicht die regionale Lage einer Schule ausschlaggebend. Vielmehr beziehen sich die Daten, auf denen der Sozialindex beruht, auf die Familien der Schülerinnen und Schüler sowie deren Wohngebiete. Weil die Schülerinnen und Schüler nicht immer aus der unmittelbaren Umgebung ihrer Schule kommen, kann die soziale Belastung einer Schule anders sein als die von benachbarten Schulen oder Schulen in derselben Region.

Schulen, an denen ein solcher Widerspruch zwischen ermitteltem Sozialindex und erlebter sozialer Belastung auftritt, können sich an ihre zuständige Schulaufsicht oder das IfBQ wenden.

Sprache als Indikator für Benachteiligung

Die nicht-deutsche Familiensprache geht als Hilfskonstrukt in die Berechnung mit ein, da sie in großen Stichproben aktueller Studien sehr stark mit ungünstigeren sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen zusammenhängt und dadurch als amtlicher, schulspezifischer Indikator für den Sozialindex gut geeignet ist.

Aus*: Antworten auf FAQs zum Hamburger Sozialindex vom 15. April 2021. Der Text wurde stark gekürzt. Für eine nähere Beschäftigung mit dem gesamten Komplex empfiehlt sich der Originaltext https://www.hamburg.de/bsb/hamburger-sozialindex/4025318/artikel-faq-sozialindex/, der darüber hinaus Links zu den statistischen Verfahren im Einzelnen enthält. JG*

ifbq
Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung

KESS (II)

Schule ist kein Reparaturbetrieb

Interview mit Ulrich Vieluf, der maßgeblich an der Entwicklung eines Sozialindexes für die Hamburger Schulen beteiligt war. Der sogenannte „KESS-Index" sollte dazu beitragen, die „Verteilungsgerechtigkeit" bei der Ressourcenzuweisung zu erhöhen

hlz: *Was hat seinerzeit dazu geführt, einen schulbezogenen Sozialindex einzuführen?*

Ulrich Vieluf: Eingeführt hat den Sozialindex die damalige Schulsenatorin Rosemarie Raab Ende der 1990er Jahre. Mit ihm sollte das „Gießkannenprinzip" überwunden werden, nach dem ein Teil der über den Haushalt bereitgestellten Förderressourcen an die Schulen verteilt wurden. Mit der Berücksichtigung der sozialen Zusammensetzung der Schüler_innenschaft sollte den unterschiedlichen Anforderungen und Bedarfen, die sich aus unterschiedlichen sozialen Lagen ergeben, Rechnung getragen werden. Dies betraf beispielsweise die Zuteilung von Sprachförderressourcen, die Absenkung der Klassenfrequenzen für Grundschulen in soziokulturell benachteiligten Stadtteilen, zusätzliche Erzieher_innenstellen für Ganztagsgrundschulen in diesen Stadtteilen wie auch den Ausgleich des Mehraufwands bei der Durchführung des Vorstellungsverfahrens für Viereinhalbjährige.

hlz: *Betrachten Sie den Versuch der Kompensation ungleicher Bedingungen für das Lernen in Schule mittels des Sozialindexes als gelungen?*

Ulrich Vieluf: Die nach dem Sozialindex zugewiesenen Ressourcen führen systemimmanent zu einer höheren Verteilungsgerechtigkeit, die sozialen Disparitäten werden damit aber nicht aufgehoben. Die ungleichen Lebenslagen gehen mit ungleichen Chancen der kulturellen Teilhabe einher, die wiederum zu ungleichen Lernchancen führen. Wenn Kinder außerschulisch wenig Gelegenheit haben, die deutsche (Schrift-)Sprache zu erwerben, dann kann eine intensive schulische Förderung bis zu einem gewissen Grad Ausgleich schaffen, aber sie kann die ungleichen Erwerbschancen nicht neutralisieren.

hlz: *Kann man etwas verbessern an dem System?*

Ulrich Vieluf: Ich halte die Datenbasis für die Berechnung des aktuellen Sozialindexes für sehr tragfähig. Für problematisch, um nicht zu sagen: für nicht sachgerecht halte ich allerdings das „Nullsummenspiel", wonach unabhängig von der tatsächlichen Anzahl der zu Fördernden immer dasselbe Stellenkontingent bereitgestellt wird. Wenn beispielsweise die Gesamtzahl der Schüler_innen, die Deutsch als zweite Sprache erwerben, steigt, wäre zu erwarten, dass auch das Stellenkontingent für die Förderung dieser Schüler_innen steigt. Die Deckelung aber hat – unabhängig davon, wie adäquat das gewählte Verfahren für die Berechnung des Sozialindexes die tatsächlichen Verhältnisse abbildet – nur eine Umverteilung des unveränderten Stellenkontingents zwischen den Schulen zur Folge. Das führt dann dazu, dass Schulen trotz unveränderter oder sogar leicht gestiegener Zahl der zu fördernden Schüler_innen weniger Förderressourcen erhalten. Mit anderen Worten: Der Sozialindex sollte nicht ausschließlich relational verwendet werden, sondern auch steigende Bedarfe abbilden können.

hlz: *Wo sehen Sie die Grenzen, mit einem solchen System nachhaltig zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu gelangen?*

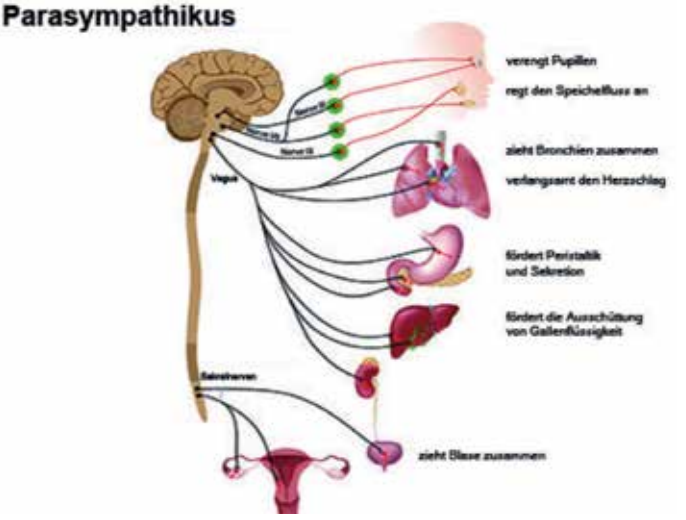
Ulrich Vieluf: Die seit nun 25 Jahren empirisch eindrucksvoll belegten sozialen Disparitäten innerhalb der hamburgischen Schullandschaft, die der sozialen Spaltung der Stadt in „arme" und „reiche" Stadtteile bzw. Quartiere folgen, wird durch wie auch immer „gerecht" verteilte Ressourcen nicht aufgehoben. Ein anregungsarmes Sozialmilieu lässt sich nur begrenzt durch zusätzliche Stellen pädagogisch ausgleichen. Schule ist kein Reparaturbetrieb für soziale und gesellschaftliche Missstände.

hlz: *Wir danken für die Beantwortung der Fragen (die Fragen wurden schriftlich gestellt). JG*

Keine zufälligen Modewörter

Über Gestaltungs- und Widerstandskraft nicht nur in der Corona-Krise

Die Corona-Pandemie ist eine Herausforderung für uns alle, für jeden einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt. Ob es um die junge Frau geht, die ihren Minijob verloren hat und ihren Kindern beim Homeschooling zur Seite steht oder die Grundschullehrerin in Hamburg-Barmbek, die mit den häufig wechselnden Bedingungen im Schulalltag klarkommen muss oder die VHS-Kursleitenden, die aufgefordert sind, – wenn möglich – ihren Kurs per VHS-Cloud anzubieten. Alle kommen an ihre Grenzen, ganz zu schweigen von den Ärzt_innen und Krankenpfleger_innen, die erschöpft sind und trotzdem weitermachen und den alten Menschen, die einsam und isoliert sind. Wie schaffen es Menschen, diese Herausforderungen in der Krise zu meistern? Viele Menschen schaffen das auch nicht. Die starke Zunahme von Krankmeldungen auf Grund psychischer Belastung macht das sehr deutlich. Ebenso die Zunahme von psychischen Störungen bei Kindern, die eine Therapie brauchen. Es gilt, sie persönlich zu stärken. Ein Schlagwort, das in den letzten Jahren häufig durch die Medien ging und gerade jetzt besondere Aktualität erfährt, ist das Wort Resilienz. Resilienz kann als Widerstandskraft und Bewältigungskompetenz bezeichnet werden. Der amerikanische Neurobiologe Rick Hanson forscht zur Neuroplastizität des Gehirns, d.h. der lebenslangen Lernfähigkeit des Menschen und der damit verbundenen Veränderbarkeit des Gehirns. Seine neurobiologischen Erkenntnisse verbindet er mit seinen Erfahrungen mit verschiedenen Meditationsformen und Entspannungsmethoden. Er skizziert in einem Interview, was den Menschen befähigt, Resilienz zu entwickeln. Er sagt, dass Mitgefühl, das wir für andere empfinden, Stress mindere und den Körper beruhige und dass uns Mitgefühl stärke, wenn wir es empfangen. Ebenso Achtsamkeit, das Gegenwärtigsein, reduziere Stress und hebe die Stimmung. Achtsamkeit müsse aber immer wieder geübt werden, wenn der Alltag drohe, uns mit seinen negativen Einflüssen zu beherrschen. Weiterhin möge der Mensch lernen, immer wieder gute Erfahrungen zu machen, um dauerhafte Veränderungen zu ermöglichen und das Leben besser zu machen. Dazu brauche der lernende Mensch Durchhaltevermögen und die Fähigkeit, sich auch in widrigen Umständen die innere Freiheit dazu zu bewahren. Auch Dankbarkeit und positive Gefühle unterstützen die Gesundheit, indem sie das Immunsystem stärken. Um sich dieser positiven Gefühle gegenwärtig zu sein, schlägt er vor, in einem Tagebuch festzuhalten, wofür der Mensch dankbar ist. Vertrauen und Zuversicht stärke den Menschen und gebe ihm innere Sicherheit. Durch Selbstfürsorge sei diese Stärkung zu erleben. Der Mensch bedürfe der Ruhe, ein langsameres Tempo sei förderlich, um den Parasympathikus des Nervensystems zu aktivieren. Die Motivation, von anderen verstanden zu werden, erfordere einerseits Offenheit und andererseits Intimität und trage zu einer gelingenden Interaktion bei. Der interaktive Mensch brauche Mut, für sich selbst einzutreten, sich aber auch selbst zu schützen. Förderlich sei ein Bestreben des Menschen, seine Talente zu entdecken und zu entwickeln. Wie könne der Mensch das Beste aus einer Situation machen? Nicht im Sinne von Leistungssteigerung, Effizienz und Selbstoptimierung, sondern so, dass sich der Mensch wohlfühle und er nach dem strebe, was ihm selber wichtig



sei, z. B. das Streben nach Zufriedenheit und Wohlbefinden. Dann könne der Mensch auch großzügig sein; Großzügigkeit im Geben ohne Erwartung an den anderen, einfach aus eigenem Bedürfnis heraus, etwas mit anderen zu teilen. All diese Aspekte würden zur Resilienz des Menschen beitragen.

Dass wir mit körperlichen Lernprozessen die Neuroplastizität fördern, körperlich, geistig und seelisch flexibel werden bzw. bleiben, ist mir seit meiner Ausbildung und auch in meiner langen Eutonie-Praxis sehr bewusst. Körperliches Lernen steht nicht im Gegensatz zum verkopften Lernen, wie die Schule es viel zu sehr fordert, sondern sollte es ergänzen. Interessant ist für mich die Verbindung von Eutonie und dem „resilienten Gehirn“ .

Natürlich wirken sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unsere Leistungsorientierung und unser Konkurrenzbestreben negativ auf unsere Gesundheit aus. Was können wir aber selber für unsere körperlich-seelische Gesundheit tun? Bewundernswert ist für mich eine Klientin, die seit Jahren schon wegen eingeschränkter Arbeitsfähigkeit früh verrentet ist und von staatlicher Grundsicherung lebt. Durch ihren Einsatz, ihre Gesundheit durch eine gesunde Lebensführung zu fördern und durch ihre Motivation sich fortzubilden, hat sie es jetzt geschafft, sich selbständig zu machen, aus der Grundsicherung auszusteigen und ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen. Ich denke, sie lebt alle die Fähigkeiten und Einstellungen, die Rick Hanson für den Weg zur stärkeren Resilienz beschreibt, die uns im täglichen Leben zur Seite stehen können, um Gelassenheit und persönliche Stärke zu finden.

Jede/r von uns kann durch eigenes Tun und Denken daran wirken, dass sich persönliche Resilienz einstellt. Resilienz entwickelt sich also nicht von allein, ist jedoch abhängig von den eigenen Einstellungen und Werten, von den Zielen, die der Mensch sich setzt. Das gilt auch für ganze Gesellschaften oder Verbände. Wie wir alle durch die Corona-Pandemie kommen, entscheidet sich durch die Ressourcen, die zur Verfügung stehen, dadurch, wie solidarisch wir aufgestellt sind, durch den Mut, mit dem Maßnahmen ergriffen werden und den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, die bereitgestellt werden oder auch fehlen. Nicht erstarrt wie ein Kaninchen vor der Schlange zu sitzen, sondern Handlungsbereitschaft und Tatkraft sind geboten, um die Krise zu überwinden. Eine resiliente Gesellschaft nimmt die Herausforderungen an und kann das nur in dem Maße bewältigen, in dem jeder einzelne daran mitwirkt und Resilienz entwickelt und am Ende auch widerständig ist.

Eutonie fördert Resilienz durch Berührung

Oben genannte Klientin schrieb mir folgende Gedanken: „Resilienz zu entwickeln ist für die eigene physische und psychische Gesundheit sehr wichtig. M.E. ist Resilienz wesentlich, um persönliches Wachstum zu erlangen. Viele Menschen kennen ihre resilienten Eigenschaften gar nicht. Wenn ich diese herausfinden will, helfen Fragen wie: Was fällt mir besonders leicht? Was bringt mir Freude? Oder auch: Was möchte ich erreichen und wie kann ich das möglich machen, welche Fähigkeiten brauche ich dafür? Für mich persönlich bedeutet Resilienz:

- in seine eigenen Stärken vertrauen und um diese zu wissen
- sich Menschen suchen, die mich fördern und Fähigkeiten aus mir heraus locken, von denen ich selbst nichts wusste
- Ungewissheit und Unsicherheit aushalten können. Diese als etwas zu akzeptieren, das zum Leben dazugehört.
- Neugierig sein, offen sein für Neues und dabei Gegensätze und scheinbare Widersprüche akzeptieren.“

Eutonie

Neben den Einstellungen und Fähigkeiten ist es genauso wichtig, dass die Erfahrungen gut in unserem Nervensystem verankert sind. Erst dann werden sie dauerhaft lebbar. Da kommen Eutonie oder auch andere Methoden der Körperarbeit ins Spiel, die körperliche Lernprozesse anstoßen. Beständiges körperliches Lernen führt zu neuen Erfahrungen, Einsichten, Entscheidungsmöglichkeiten, Einstellungen und Lebensweisen. Die positiven Erfahrungen, die die Eutonie uns ermöglicht, ist eine Chance zur persönlichen Entwicklung, zur Stärkung unserer Resilienz. Wir entscheiden, wem oder welchen Dingen wir Aufmerksamkeit schenken. In der Eutonie schenken wir unserem Körper Aufmerksamkeit mit all seinen Formen und Gewebestrukturen, seinen Bewegungsmöglichkeiten und -einschränkungen und auch mit seinen Schmerzen oder seiner Kraft und Energie, seiner Sensibilität. Wir nehmen über unsere körperlichen Grenzen hinaus wahr, wer oder was uns umgibt, wie unsere Umwelt uns beeinflusst, ob sie positiv oder negativ auf uns wirkt. Wir können dafür sorgen, dass wir etwas bewegen und Gutes bewirken. Rick Hanson spricht vom Erkennen des „gesamten Mosaik(s) der Realität“.

Konzentrieren wir uns auf uns selbst, auf unsere Fähigkeiten und Stärken, unsere Schwächen und Fehler, ist das meist mit großem Wohlbefinden verbunden, wenn wir uns in unserer Ganzheit akzeptieren. Die Auf-

merksamkeit und die Liebe zu uns selbst, die wir uns in der Eutonie schenken, kann uns mit Zufriedenheit und Wohlergehen belohnen. Die Schatzsuche in uns selbst, aber auch im Außen, in unseren sozialen Beziehungen wird uns stärker, wird uns resilienter, d.h. gestaltungsfähiger und widerstandskräftiger machen.

Eutonie fördert Resilienz durch Berührung. Berührung sensibilisiert die Haut und steigert das Wohlbefinden. Durch Eutonie werden die körperlichen Strukturen spürbar und die Haut als Schutz und Grenze zwischen innen und außen tritt in unser Bewusstsein. Für die Berührung werden die Hände oder Materialien wie z.B. Bambusstäbe, Kastanien, Bälle oder Kirschkernsäckchen eingesetzt. Jedes Material berührt uns auf eine besondere Art und weckt unsere Wahrnehmung in der Haut und in tieferen Gewebeschichten. Je nach Art der Berührung wirkt sie anregend oder beruhigend. Berührung bewirkt einen Spannungsausgleich und trägt zum Stressabbau bei. Wird die Berührung mit Achtsamkeit begleitet, hat sie weitgehende psychische und gesundheitsförderliche Wirkungen. Sie fördert die Fähigkeit zum Kontakt und zur Abgrenzung und zum Nein-Sagen, wenn es erforderlich ist. Der Mensch fasst Vertrauen zu sich selbst, fühlt sich seiner selbst sicher und entwickelt Zuversicht für sein persönliches Wohlergehen. Berühren und berührt werden sollte zur Stärkung der Resilienz der Unterrichtenden und der Schüler_innen in angemessener Weise im täglichen Leben, aber auch im Unterricht Platz finden.

Kontakt entsteht, wenn der Mensch seinen Wahrnehmungsraum über seine Körpergrenzen hinaus erweitert. Er kann eine gute Beziehung zu seiner sozialen, räumlichen, materiellen und zeitlichen Umwelt aufbauen. Er erweitert dadurch seine Gefühls- und Erlebniswelt, ist sich seiner selbst bewusst, kann Mitgefühl zeigen und Verantwortung für sein Tun übernehmen. Er kann sich bewusst auf das, was ihn umgibt, einstellen und seine Umwelt, seinen Arbeitsalltag, sein Familienleben gestalten. Auch Kontakt zur Natur hat eine heilende Wirkung. Guter Kontakt fördert die Resilienz und funktioniert nur, wenn er mit Achtsamkeit und Vertrauen verbunden ist.

Die Wahrnehmung der Schwerkraft und der Widerstandskraft des Bodens sind entscheidende Erfahrungen für die Selbstwahrnehmung des Menschen. Diese Kräfte bewusst zuzulassen und wahrzunehmen, bringt den Menschen in eine gute Spannung, die mit Leichtigkeit und Aufrichtung verbunden ist. Die gute Spannung geht mit ökonomischem Kraftfluss einher. Die Knochen mit ihrer tragenden und stabilisierenden bzw. schützenden Funktion und die Statik des Skelettes werden wahrgenommen. Dadurch erfährt sich der Mensch in seiner eigenen Kraft und Widerstandskraft. Das stärkt sein Selbstvertrauen. Seine Energien kommen in Fluss, der Mensch wird flexibler und kann sich von Gewohntem verabschieden. Er entwickelt Mut, neue Ideen und Verhaltensweisen zu entfalten und kann so seine Umwelt gestalten, den Herausforderungen des Alltags und des Berufslebens besser genügen.

Die Wahrnehmung der Schwerkraft und der Widerstandskraft des Bodens sind entscheidende Erfahrungen für die Selbstwahrnehmung des Menschen

Die gesundheitsförderlichen Wirkungen der Eutonie beruhen auf Achtsamkeit, Berührung, Kontakt und der Verbindung zum Boden. Der Mensch kann sich wohlfühlen in seiner Haut, kann Stress abbauen und Vertrauen und Selbstvertrauen entwickeln. Seine Beziehungsfähigkeit wird gestärkt. Im sozialen Miteinander erfährt er sich in seiner Kraft und Widerstandskraft, aber auch in seiner Fähigkeit zur Empathie. Fähigkeiten, die die Resilienz stärken, Lebensmut und Lebenssinn stiften, brauchen wir in Krisenzeiten in besonderem Maße.

Die Forschungen von Christian Schubert von der Medizinischen Universität Innsbruck auf dem Gebiet der Psychoneuroimmunologie zeigen, welche Bedeutung positive soziale Beziehungen für die Widerstandskraft des Menschen haben. Er sagt dazu: „Lebenssinn und Lebensbedeutung, die eine enorm wirkmächtige Einflussgröße innerhalb des biopsychosozialen Modells darstellen und auch immunologisch ausschlaggebend sind, werden über soziale Beziehungen generiert. Fehlen Menschen nun jene Instrumente, die sie eigentlich brauchen, um stark – im Sinne einer Resilienz und Stressresistenz – und gesund zu bleiben, werden sie anfälliger für Krankheitserreger.“ Die Resilienz zu stärken ist also ein sinnvoller Schutz gegen die Bedrohung durch die Coronaviren.

In dem Interview bezeichnet er Angst, wenn sie chronifiziert ist, als regelrechten Immunkiller und gute soziale Beziehungen als ein „Gesundheitselixier“. Von diesem Elixier brauchen wir in Corona-Zeiten alle reichlich. Durch Eutonie können wir immer wieder von diesem Elixier trinken, auftanken und gesund bleiben. Unter diesem Motto wird es wieder eine gewerkschaftliche Fortbildung im September diesen Jahres für Erzieher und Erzieherinnen in Hamburg geben.

KARIN COCH
Eutoniepädagogin und -therapeutin

Literaturangaben können bei der Redaktion abgefragt werden

Rettung möglich?

Die Umsetzung lässt wenig Hoffnung

Sie wundern sich über meine Fragestellung? Ist diese zu provokant oder haben wir gerade andere Probleme?

Ich habe diese Frage allerdings schon länger gestellt, lange, bevor im November 2020 die Ergebnisse einer repräsentativen Forsa-Umfrage zu Inklusion mit 2.127 Lehrerinnen und Lehrern vorlagen. Diese zeigt deutlich, dass auch zwölf Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention der inklusive Unterricht noch immer nicht als zufriedenstellend analysiert wird.

Obwohl 56 Prozent der Befragten die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung grundsätzlich als sinnvoll erachten, denken gerade mal 27 Prozent, dass dies auch in der Praxis sinnvoll ist, 69 Prozent (!) verneinen dies. Die logische Folge ist, dass sich 83 Prozent für einen Erhalt der Förderschulen aussprechen. Und wundert es uns deshalb, dass die Zahl der Förderkinder in den Förderschulen wieder zunimmt?

Insofern ist die Funktion meiner Fragestellung angebracht und brandaktuell, vor allem, wenn 75 Prozent dieser *Forsa*-Befragten im Jahr 2020 der Ansicht sind, dass die schulischen Maßnahmen der Corona Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie für die Inklusion einen Rückschritt bewirkt haben. Dies ist umso erschreckender, wenn man sich bewusst macht, dass Inklusion für die bestmögliche Förderung und Unterstützung heterogener Schüler_innengruppen steht und in den meisten Schulgesetzen verankert ist.

Bereitschaft und Haltung

So wird deutlich, dass es eine grundsätzlich positive Haltung zu Inklusion gibt, aber ebenso klar signalisiert wird, dass die Rahmen- und Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung in der Praxis nicht vorhanden sind.

Ein ähnliches Untersuchungsergebnis bei Elternbefragungen untermauert die Bedenken der Lehrer_innen. In einer Untersuchung der *Bertelsmann Stiftung* von 2016 sehen 67,5 Prozent der Eltern positive Effekte in einer inklusiven Beschulung, aber mehr als die Hälfte aller befragten Eltern ist der Meinung, dass Kinder mit Förderbedarf in Förderschulen besser gefördert werden. Sie haben Befürchtungen bei der konkreten Umsetzung der Inklusion.

Eine aktuelle Prognose der Kultusministerkonferenz untermauert, was die Bertelsmann-Stiftung aufgreift: Danach soll die Inklusionsquote bis zum Jahr 2030 stagnieren. D. h.: Exklusion wird weiterhin im deutschen Schulsystem aktuell bleiben.

Positive Effekte von Inklusion

Dabei spielt es für die Menschen, die in der täglichen Unterrichtspraxis Inklusion umsetzen dürfen, sollen oder müssen, zunächst keine Rolle, dass es zahlreiche Untersuchungen gibt, die die positiven Auswirkungen inklusiver Beschulung zeigen:

- bessere kognitive Kompetenzentwicklung (Hildeschmidt und Sander 1996, Stanat 2012, Mykleburst 2006);
- erste (Langzeit-)Studien zeigen auch positive Auswirkungen der inklusiven Beschulung auf die nachschulische Entwicklung in Ausbildung (Ausbildungsfähigkeit und -chancen) und Beruf (Eckhart et al 2011, Ginnold 2008);
- Preuss-Lausitz (2005) führte in Bezug auf die Integration von „verhaltensauffälligen Kindern“ aus, dass heterogene Klassen durch die Einbeziehung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Schnitt ein günstigeres Klassenklima haben, weil die unterrichtenden Lehrkräfte stärker auf soziales Lernen eingehen;
- bessere Schulabschlüsse (Kemper 2012).

Somit ist es insgesamt eine wichtige und dringende Aufgabe, die wichtigsten Gelingensbedingungen für erfolgreiche Inklusion zu thematisieren sowie die Problemlagen deutlich zu benennen.

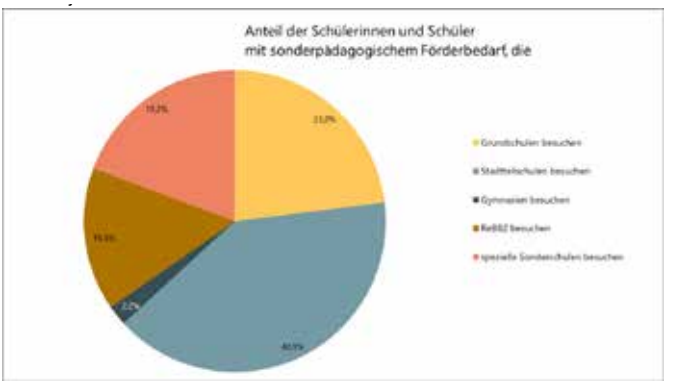
Mit dem Begriff fangen die Probleme an

Und wenn wir über Probleme sprechen, so beginnen diese bereits beim Begriff Inklusion selbst. Der Begriff wurde plötzlich sehr rasant verbreitet und verwendet, was dazu führte, dass er völlig verwässert wurde. Wenn ein Begriff aber an sich undefiniert ist, so wundert es nicht, dass sich dies auch auf die Umsetzungsbedingungen auswirkt und es zu diffusen unterschiedlichen Umsetzungen kommt.

In Bezug auf den Begriff besteht das Problem, dass er – zunehmend – in einem engeren Sinne verwendet und mit Integration gleichgesetzt wird. Gleichsetzung und Beliebigkeit im Verwenden der beiden Begriffe sind die Folge.

Somit stelle ich hier deutlich klar, dass mit dem Begriff Inklusion der international gebräuchliche weite Inklusionsbe-

griff gemeint sein muss. Dieser umfasst alle Dimensionen von Heterogenität und ist nicht auf die Dimension Behinderung beschränkt. Für die Schule bedeutet dies, Vielfalt willkommen zu heißen und die bestmögliche Förderung aller Schüler_innen zu ermöglichen – vom Kind mit Beeinträchtigung bis zum/zur hochbegabten Schüler_in. Für eine inklusive Schule bedeutet dies, die Fragestellung "Wie muss ein Kind sein, dass es an unsere Schule kann?" umzuformulieren in: „Wie müssen wir Schule gestalten, damit hier jedes Kind gut aufgehoben ist und gefördert wird?"



Quelle: Schuljahresstatistik 2020 für Hamburg

Erläuterung: Staatliche und private Schulen. Grundschulen einschließlich der sechsjährigen Grundschulen und der Grundschulabteilungen an Stadtteilschulen. Grundschulen, ReBBZ und spezielle Sonderschulen jeweils inklusive Vorschulklassen. Ohne Erwachsenenbildung.

Die Frage der Gelingensbedingungen

Was aber sind nun die Gelingensbedingungen, die gegeben sein müssen, damit der eben gestellte Anspruch auch in der täglichen Schulpraxis umgesetzt werden kann.

In meiner wissenschaftlichen Studie zu den Gelingensbedingungen von Inklusion, die ich in den letzten Monaten durchgeführt habe, habe ich zunächst die Literatur und die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu gesichtet. Zusammenfassend werden als wichtigste Gelingensbedingungen genannt (Reihenfolge ist hierarchisch und entspricht der Anzahl der Nennungen):

- Unterstützungssysteme / Ressourcen
- Differenzierender / Inklusiver Unterricht
- Haltung
- Vernetzung / Kooperation
- Raumangebot
- Sonderpädagogisches Grundwissen
- Gute Fort- und Weiterbildungsangebote
- …….

Aus diesen Nennungen möchte ich zwei Punkte herausgreifen:

Haltung: Eine inklusionsfreundliche Haltung der Lehrer_innen ist eine Grundvoraussetzung, um Inklusion an Schulen erfolgreich umzusetzen. Dies wird in vielen Studien aufgezeigt (z.B. Bertelsmann 2016). Zu dieser Haltung gehört es, dass Lehrkräfte von dem Denken wegkommen, dass Erfolg dann erreicht ist, wenn möglichst alle Schüler_innen gleichzeitig die für alle gesteckten Lernziele erreichen. Im Vordergrund muss die Wertschätzung und Anerkennung jedes Einzelnen stehen. Wobei es hier noch zu unterscheiden gilt zwischen Haltung und Bereitschaft. Während viele Kolleg_innen eine positive Haltung zu Inklusion haben, ist ihre Bereitschaft zur Umsetzung unter den jetzigen Bedingungen, fehlendem Fachwissen und geringen Ressourcen oft nicht vorhanden.

Eine Inklusionspädagogik ohne ein entsprechendes Menschenbild von Inklusion ist jedoch nicht denkbar, weshalb diese Einstellung auch im Inklusionskonzept der Schule verankert sein sollte.

Ressourcen: Schulen brauchen eine ausreichende quantitative und qualitative Ressource, die nicht an die Etikettierung von Schüler_innen gebunden ist. Die Bertelsmann-Stiftung stellt fest, dass gute inklusive Schulen auf Unterstützung von außen angewiesen sind, vor allem „durch ausreichende und sichere Ressourcen." (s.o.)

Was notwendig ist

Lehrer_innenausbildung: Wir brauchen dringend eine inklusionsorientierte Lehrkräfteausbildung, die zukünftige Lehrkräfte für inklusiven Unterricht qualifiziert.

Die mangelnde Ausbildung der Lehrkräfte für Inklusion wird in der aktuellen Forsa Umfrage als drittwichtigster Grund genannt, der ein gemeinsames Unterrichten von Behinderten mit Regelschüler_innen erschwert. In meiner eigenen Umfrage mit Junglehrer_innen geben nur 7, 25 Prozent an, dass sie sich sehr gut oder gut für Inklusion ausgebildet fühlen.

Es reicht nicht aus, angehenden Lehrkräften die Theorie der inklusiven Bildung zu vermitteln. Hierzu muss man zunächst die Lehrenden inklusionsfähig machen und dahingehend qualifizieren, Curricula weiterzuentwickeln, will man ernsthaft eine Veränderung in der Lehr- und Lernkultur erreichen. Hierzu gehören stärkere Kooperationen, mehr Teamansätze, lehramtsübergreifendes Arbeiten und gemeinsame Qualifikationen.

Folgerichtig ist positiv zu sehen, individualisierende Lernformen bereits im studienbezo-

genen Lernen kennen zu lernen. Ein weiteres Problem ist, dass bis heute fast überall Lehrer_innen auf bestimmte Bildungsstufen hin ausgebildet werden. Dies führt in der Regel dazu, dass Professionsbereiche der inklusiven Bildung in der Lehrer_innenausbildung in der Sonderpädagogik verortet werden und sich nur vereinzelt in Form von Einzelseminaren in der allgemeinen Lehrer_innenausbildung wiederfinden.

Inklusion und Diversität müssen aber als Querschnittsaufgabe der Lehrer_innenbildung gesehen werden. Angehende Lehrkräfte müssen Basiskenntnisse in den häufig vorkommenden Behinderungsarten erwerben und sich in Beobachtungsmethoden schulen. Das Gleiche gilt für den Erwerb von Kenntnissen zur Binnendifferenzierung, für die Möglichkeiten der Individualisierung, für den Umgang mit herausfordernden Situationen, für Kooperation, für Teamfähigkeit und für die Ausbildung einer positiven Haltung.

Dieses Basiswissen ist wichtig, weil Ergebnisse der Stigma-Forschung zeigen, dass das Vermitteln von Wissen und Kenntnissen über eine „Fremdgruppe“ eine erfolgreiche Strategie darstellt, um Vorurteile und negative Einstellungen gegenüber dieser Gruppe zu verändern.

Lehrer_innenfortbildung: Für die vielen Lehrkräfte, die sich aktuell im Dienst befinden und verunsichert sind, was die Umsetzung von Inklusion betrifft, ergibt sich zwangsläufig ein hoher Fortbildungsbedarf. Das zurzeit existierende Fortbildungsprogramm zur Inklusion, falls ausreichend vorhanden, wird aber nur von sechs Prozent der Lehrkräfte (Forsa 2020) als sehr gut oder gut bewertet. Schulen und Lehrer_innen wollen mehr Fortbildungen, die qualitativ hochwertig sind und im Schulalltag helfen!

Die Beratung muss sich an den Anforderungen der Schulen vor Ort orientieren. Spezielle Wünsche und Bedarfe an den jeweiligen Schulen müssen berücksichtigt werden. Gerade die spezifische Ausgangslage der Schule ist wichtig, um ein entsprechendes Unterstützungsangebot zu machen.

Zu viele Lehrer_innen haben einen dringenden Fortbildungsbedarf und zu viele davon besuchen keine Fortbildung. Betrachtet man das Fortbildungsangebot, so finden wir nicht selten in den Angeboten zu wenige gute, praxisorientierte Fortbildungen zum Thema Inklusion. Die Lehrkräfte aber suchen genau die Art von Fortbildungen, die sie in die Lage versetzen, gute Förderpläne für LRS-Schüler_innen zu schreiben, die vielfältige Differenzierungsmöglichkeiten in heterogenen Lerngruppen aufzeigen, genauer: wo sie lernen, wo Noten auf welcher Grundlage welches Gutachtens mit welcher Förderkonsequenz ausgesetzt werden können, wie ein guter Lernplan aussieht, welche diagnostischen Möglichkeiten es gibt. Sicher könnte man noch viele weitere Dinge nennen. Das gilt auch für das Kind mit Lernbehinderung.

Genau das muss gute inklusive Fortbildung leisten, denn sonst besteht die Gefahr, dass sich sehr schnell aus einer Unkenntnis und Unsicherheit der Lehrkräfte heraus eine negative Einstellung manifestiert und damit die Bereitschaft, Inklusion umzusetzen, nachlässt.

So muss

1. eine systematische praxisorientierte (Nach-)Qualifizierung der Lehrkräfte stattfinden und

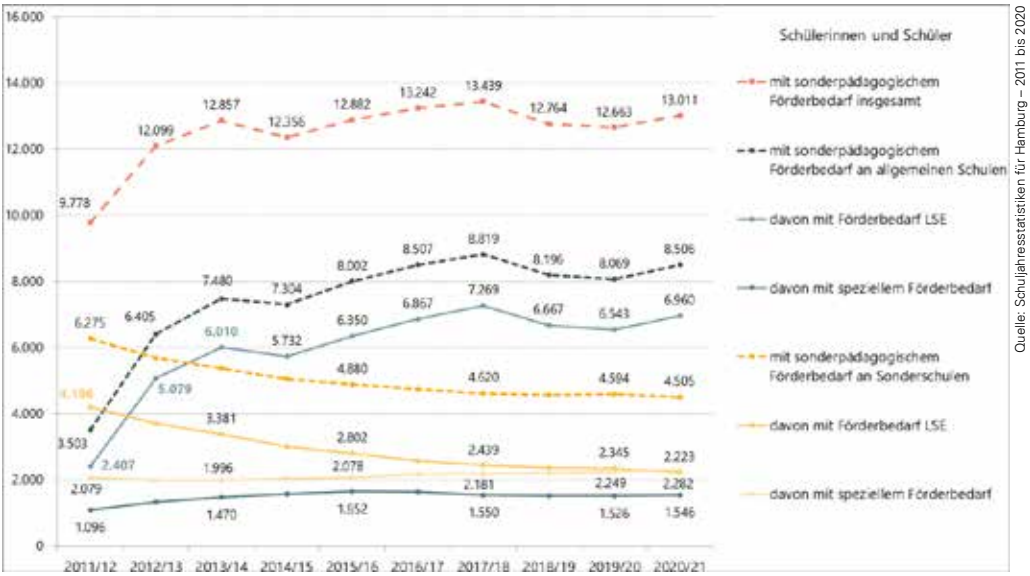
2. Schule auf ihrem inklusiven Weg bis hin zum schuleigenen Inklusionskonzept begleitet werden, denn Inklusion kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Angelegenheit der ganzen Schule wird.

Dies erfordert

- qualifizierte Fachberater_innen, die aus der inklusiven Schulpraxis kommen,
- ein Hospitationsangebot an Schulen, die schon etwas weiter auf dem inklusiven Weg gegangen sind,
- den Schulen eine Fortbildungsmatrix zur Verfügung zu stellen, die ihre individuelle Ausgangslage berücksichtigt: Teamarbeit, Umgang mit schwierigen Situationen, Individualisierung im Unterricht, alle machen das Gleiche, aber nicht jeder dasselbe, Diagnosemöglichkeiten kennen und berücksichtigen, Kooperationen, Möglichkeiten äußerer Differenzierung, Unterrichtskonzepte zum Umgang mit Heterogenität, Möglichkeiten innerer Differenzierung, Organisationsformen, Integration von Schüler_innen mit sonderpädagogischem Gutachten, Nachhaltigkeit usw. In dieser Matrix können die Schulen überprüfen, welche inklusiven Bemühungen an der Schule schon erfolgreich umgesetzt werden, welche intensiviert werden sollten und welche neu installiert werden müssen. Wird dieser individuelle Weg für Schulen nicht angeboten, wird es wie in einem nichtdifferenzierten Unterricht sein, bei dem man viele Schüler_innen nicht erreicht. Schulen müssen begleitet werden von der Bestandsaufnahme bis zur Verabschiedung eines schuleigenen Inklusionskonzeptes auf der Gesamtkonferenz;
- ein eigenes Qualifizierungskonzept für Personen mit Leitungsfunktionen, denn sie sind letztendlich der Garant und Motor für den Erfolg inklusiven Unterrichts.

Was wir sonst noch brauchen:

- Wir benötigen eine Versorgung mit Förderlehrer_innenwochenstunden, die sich nicht allein an der Anzahl der Gutachtenkinder orientiert. Dies führt nur zu unnötigen, gehäuften Gutachtenmeldungen, um För-



Quelle: Schuljahresstatistiken für Hamburg – 2011 bis 2020

Entwicklung der Zahl inklusiv beschulter Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

derlehrer_innenwochenstunden zu erhalten, obwohl es besser wäre, diese Stunden als Ressource für präventive Lernförderung zu nutzen.

- Kleinere Klassengrößen, um die zunehmend heterogener werdenden Klassen qualitativ gut inklusiv unterrichten zu können.
- Multiprofessionelle Teams: Expert_innen an der Schule, die aber nicht nur kurzzeitig kommen, auf die Schüler_innen schauen und Empfehlungen abgeben, nachdem der oder die Lehrer_in seit Wochen auf einen Termin gewartet hat. Wir brauchen mehr Schulsozialarbeit, mehr schulpsychologische Expertise, mehr Förderberatung vor Ort und die Einbindung dieser Experten_innen in hoffentlich bereits vorhandene Teamstrukturen.
- Eine verstärkte Ausbildung von Förderlehrer_innen.
- Ein Nachdenken über Förderschulen. Dies bedeutet nicht, dass ich deren Abschaffung fordere. Grundsätzlich halte ich das Wahlrecht der Eltern für eine gute Möglichkeit. Es muss aber die Frage gestellt werden: Kann die Politik in den nächsten Jahren mit Sicherheit gewährleisten, dass zwei nebeneinander laufende Systeme (Förderschule, inklusives Regelschulsystem) in ausreichendem Maße mit gut ausgebildeten Förderschullehrer_innen ausgestattet werden? Zweifel sind angebracht!

Schließlich die Antwort auf die Frage: Ist Inklusion gescheitert oder kann sie gerettet werden?

Für die Bejahung des Scheiterns sprechen eindeutig die Ergebnisse der Forsa-Forschung.

Für eine Verneinung spricht, dass Inklusion nicht scheitern darf. Denn scheitert Inklusion, dann scheitert Bildungsgerechtigkeit. Und dies ist das Kernstück der sozialen Bildungsverantwortung.

Inzwischen befürchte ich jedoch: Inklusion gerät in Vergessenheit. Sie verliert an Aktualität und Popularität, vor allem in der jetzigen Situation.

Worum es jetzt nicht geht, ist Schuldzuweisungen auszusprechen: Die Politiker_innen, die Studienseminare, die Universität, die Lehrer_innen, die Schulleiter_innen, die Schulträger... das hält auf und führt zu unnötigen Diskussionen und Kränkungen. Was wir brauchen, ist ein Masterplan, der alle oben genannten Menschen und Gruppierungen an einen Tisch bringt mit dem Ziel: Maßnahmen festzulegen, auf die man sich einigen muss, eine Verortung dieser Maßnahmen, wer, was wann mit wem macht, Übergänge schaffen, u.v.m. und dies alles in Koordination mit einer zuständigen Behörde/Institution zu verankern.

Insofern hoffe ich, mit diesem Artikel etwas dagegen zu tun, dass Inklusion in Vergessenheit gerät. Denn am Ende entscheidet auch über den Erfolg von Inklusion, für wie viele Menschen sie zu einer Herzenssache geworden ist.

THOMAS HÖCHST
Rheinland-Pfalz
Schulleiter und Buchautor

Eine Literaturliste des Autors kann bei der Redaktion angefordert werden.

Leben ist Begegnung

Die beiden Vorsitzenden der Vereinigung der Hamburger Religionslehrerinnen und Religionslehrer nehmen persönlich Stellung zur Debatte

Zu den Artikeln in der hlz 3-4/2021 möchte ich drei Beobachtungen festhalten und vier ergänzende Anmerkungen vornehmen:

Zunächst habe ich mich sehr gefreut, dass der Tonfall der vielen kritischen Artikel zu unserem Hamburger Modell des Religionsunterrichtes bis auf manche Zuspitzungen, die aber zu so einer Debatte auch gehören, weitgehend sachlich war. Wenn es uns gelingt, gerade bei so einem sensiblen Thema wie Religion in Respekt miteinander zu streiten, dann ist das in diesen Zeiten von vielen verkürzten und aggressiven Shitstorms sehr viel wert! Das sollten wir uns erhalten.

Es ist schön zu sehen, dass in fast allen Beiträgen der Wert des gemeinsamen Lernens und des Dialoges an sich auch gesehen wird. Dass wir die verschiedenen Perspektiven der Kinder im Hinblick auf Welt und Transzendenz miteinander ins Gespräch bringen müssen, da sind wir uns offenbar alle einig. Zudem wird von Gerhard Lein auch konstatiert, dass der Religionsunterricht in Hamburg sich erheblich weiterentwickelt hat. Den Kolleginnen und Kollegen, die das Fach unterrichten, wird hier auch Wertschätzung dahingehend gezeigt, dass diese gute Arbeit leisten.

Der große Streitpunkt ist fast durchgehend in allen Artikeln der institutionelle Hintergrund des Faches Religion, wozu wir in unserer Stellungnahme der VHRR in der hlz 1-2/2021 Position bezogen haben und was an anderer Stelle vielleicht noch einmal ausführlicher diskutiert und erläutert werden muss. Auffällig ist aber: Es wird weniger das kritisiert, was in der Schule und im Unterricht konkret passiert, sondern der Weg, wie dies zustande kommt. Aber sollte es nicht im Wesentlichen um das reale Unterrichtsgeschehen gehen?

Vor allem aufgrund der breiten Kritik an der Mitwirkung von Religionsgemeinschaften am Unterricht sei es noch einmal erwähnt: Lehrerinnen und Lehrer im Fach Religion in Hamburg sind studierte Lehrkräfte, für die – wie für alle Lehrkräfte – der Beutelsbacher Konsens mit dem Überwältigungsverbot und dem Kontroversitätsgebot auch und gerade im Fach Religion gilt. Lehrkräfte dürfen nicht manipulativ arbeiten und das, was in der Gesellschaft kontrovers ist, muss auch kontrovers behandelt werden. Gerade Kinder aus sehr eng religiös geprägten Elternhäusern geraten deshalb oft schnell mit Religionslehrkräften in Konflikt, weil auf einmal im Religionsunterricht über Glaubensthemen diskutiert wird, was sie so teilweise nicht kennen und das fordert sie heraus. Unsere Unterrichtsgespräche machen sie ganz im Sinne der Aufklärung eigenständiger. Sapere aude – das gilt gerade auch im Fach Religion!

> *Es wird weniger das kritisiert, was in der Schule und im Unterricht konkret passiert, sondern der Weg, wie dies zustande kommt*

Welchen Rahmen diese Debatten in der Schule allgemein und besonders im Religionsunterricht für alle (RUfa) bekommen sollen, das ist immer wieder neu auszuhandeln und ein enorm mühsamer Prozess. Aber er lohnt sich und so kommen wir alle miteinander ins Gespräch. Ohne den gemeinsamen Religionsunterricht und die Debatten darum hätte es auch viele spannende Gespräche in Hamburg in den letzten Wochen nicht gegeben. Mit der Existenz von Wahlpflichtfächern müssten wir nicht über den RUfa diskutieren, sondern jede Lebensauffassung würde nebeneinander in ihrer Fächerwelt verbleiben. Wir würden eher über- und weniger miteinander reden. Das wäre ein Verlust. Der großartige Sozialphilosoph Martin Buber sagte einmal: „Alles wirkliche Leben ist Begegnung“. Diese Begegnung und den Dialog zu den grundlegenden Lebensthemen brauchen wir und sollten wir unseren Kindern nicht nehmen, sondern das eine Fach, das wir dafür im Moment haben, so weiterentwickeln, dass dieser Dialog gestärkt wird.

Diese Entwicklung passiert im Moment. Alle Bildungspläne, auch die für das Fach Religion, werden aktuell überarbeitet. Gerade im Fach Religion wird es dabei wichtige Änderungen geben. In dem Artikel von Carola Roloff in der HLZ 3-4/2021 werden diese Änderungen mit kritischen Anmerkungen angedeutet. Die gegenüber früher jetzt erheblich verbindlichere Multiperspektivität gerät dabei bei ihr

leider etwas aus dem Fokus. Ich verspreche mir von der Entwicklung eine deutliche Öffnung der Bildungspläne gerade auch mit Blick auf die Kinder ohne konfessionelle Ausrichtung. Das Ergebnis sollten wir abwarten.

Zum Schluss die Stimme eines Kindes, das vor einem Jahr die Schule von Schleswig-Holstein nach Hamburg gewechselt hat und nun nach der Klassentrennung in evangelische/katholische Religion und Philosophie in Klasse 5 den Religionsunterricht für alle besucht. Auf meine Frage, was nun besser sei, getrennt in der eigenen Religion lernen oder gemeinsam in der Klasse wie in Hamburg, sagte es: „Es ist schöner, wenn wir alle als Klasse zusammenbleiben und lernen, was die anderen so glauben." Es ist eine Einzelstimme, aber dennoch: Solche Stimmen des Interesses für den anderen Menschen sind kostbar. Wir sollten sie ernst nehmen.

BENJAMIN KROHN,
Vorsitzender der Vereinigung
Hamburger Religionslehrerinnen
und Religionslehrer e.V.

Kinder und die ganz großen Fragen

Bei der Debatte über den Religionsunterricht und den Wunsch nach einem Ersatzfach fehlt mir der Blick auf die Kinder und ihren Bildungsanspruch auch auf religiöse Bildung. Was ist damit gemeint?

Unsere Gesellschaften sind von Religion durch und durch geprägt. Das lässt sich kritisch einordnen, aber nicht wegdiskutieren. Religion ist Teil unserer Geschichte, unserer Kunst, unserer Architektur, unserer Denkweisen, unserer Sprache und auch unserer Philosophien. Kinder und wir alle begegnen Religion im Alltag auf Schritt und Tritt, auch wenn es uns nicht immer bewusst ist. Wir alle, auch Kinder, haben Fragen nach Sinn, und oft auch Zweifel am Sinn. Die großen Menschheitsfragen beschäftigen Kinder schon sehr früh: Wo kommen wir her? Wo gehen wir hin? Wo ist der Sinn? Wie ist die Welt entstanden? Und warum eigentlich? …

Diese Fragen haben die Religionen der Welt immer schon bewegt und sie stellen Antworten bereit, die zu prüfen jeder Mensch befähigt werden sollte. Dies ist umso wichtiger in Zeiten, in denen Fundamentalismus und Populismus einfache Wege und Antworten in einer immer komplexer und pluraler werdenden Gesellschaft und Welt anbieten.

Die Antworten und Deutungen der Religionen sind für mich wie ein alter Schatz, eine Textur, die an manchen Stellen sehr kostbar ist, weil sie alte Weisheiten, Wahrheiten, Mythen, Grundlagen von Sozial- und Umweltethik enthalten. An anderen Stellen sind sie vielleicht eher fadenscheinig geworden, weil die Textur dort abgenutzt und besonders veraltet ist. Aber Religionen sind Kultur- und Menschheitsgeschichte, die man nicht einfach ablegen sollte, wie einen alten Mantel. An ihre Stelle eine reine Religionskunde zu setzen, halte ich für falsch. Religion ist nicht ein Metier wie Pflanzenkunde oder Tierkunde. Man kann sie nicht verstehen, wenn man sie rein aus der Außenperspektive, quasi als reines Sachfach betrachtet.

Jemand, der sich nur mit den sichtbaren Merkmalen der Religionen im Vergleich beschäftigt, wird nie wirklich die unsichtbaren Anteile verstehen und vermitteln können

Daher ist ein Unterricht durch Lehrkräfte, die fachlich und didaktisch im Fach Religion ausgebildet sind, die die jeweilige Theologie ihrer Religion studiert haben, so wichtig. Das Studium der Theologie ist Voraussetzung dafür, dass eine Religion historisch-kritisch unterrichtet wird, d.h. in ihren geschichtlichen Kontext eingeordnet wird, in ihrem Gewordensein durch Sprache und Kulturen verstanden werden kann und ihre Glaubenssätze eingeordnet, interpretiert und erneuert werden können. Jemand, der sich nur mit den sichtbaren Merkmalen der Religionen im Vergleich beschäftigt, wird nie wirklich die unsichtbaren Anteile verstehen und vermitteln können. Unsichtbar ist das, was ich mit der Textur meine. Es ist ein kultureller Menschheitsschatz, der in Religionen (ver) steckt (ist), wenn man ihr Gewordensein ernst nimmt und ihre Bedeutung für die Menschheit bedenkt.

Kinder fragen nach den Geheimnissen der Welt, nach dem Verborgenen und nicht immer nur nach dem Offensichtlichen. Kinder ernst zu nehmen, heißt auch, ihre elementaren Bedürfnisse, die in diesen Fragen stecken, ernst zu nehmen und von dort aus sie mit der Pluralität

religiöser und nicht-religiöser Antwortversuche in wirkliche Dialoge treten zu lassen. Kinder haben Vorstellungen von Gott, Göttlichem, Transzendenz, Kraftquellen, Seele .... Sie zu ignorieren und sie nicht in Austausch mit alten Traditionen, Mythen, Geschichten und Glaubensvorstellungen zu bringen, damit sie selber entscheiden können, was sie glauben können, was sie zweifeln dürfen und was sie hoffen dürfen, halte ich für grundfalsch. Es öffnet die Türen für diejenigen, die als Bauernfänger unterwegs sind und diese Bedürfnisse an anderer Stelle befriedigen, aber so, wie wir alle es sicher nicht wollen. Eine kritisch-konstruktive Vermittlung von Religionen in unserer globalisierten und pluralen Welt ist auch im Sinne Wolfgang Klafkis ein unumgänglicher Bildungsaspekt. Kinder haben ein Recht auf diese Bildung. Ich frage: In welchem Unterrichtsfach ist für dieses Fragen in dieser Weise und für alle Kinder gemeinsam Zeit?

ILKA LANDECK
2. Vorsitzende der Vereinigung Hamburger Religionslehrerinnen und Religionslehrer e.V.

ANZEIGE

Alles so schön bunt und günstig

Bildung für Verbraucher_innen einmal anders – Menschenrechte in der Textilindustrie

Leicht verwundert blicke ich in die glücklichen Gesichter junger Mädchen und ihrer Mütter vor H&M, Zara oder Primark, als im März in den Fernsehnachrichten von ersten Lockerungen nach dem langen Corona bedingten Lockdown berichtet wird. Endlich wieder Klamotten kaufen zu können, scheint so wichtig zu sein.

In ihrer Peergroup tauschen sich Jugendliche darüber aus, wie günstig sie ihre neuesten Shirts oder Jeans ergattern konnten. Aber sind ihnen auch die Bedingungen bekannt, unter denen Menschen diese Klamotten produzierten?

Einen eindrucksvollen Blick hinter die Kulissen vermittelt der Spielfilm „Made in Bangladesch“.

Eine Frau aus Bangladesch schrieb das Drehbuch und führte Regie, produziert wurde der Film 2019 mit Unterstützung französischer, dänischer und portugiesischer Institutionen. Er wurde im gleichen Jahr auf Filmfestivals in Toronto, New York, London, Stockholm, Tromsø und Locarno gezeigt und gewann Preise in Italien und Norwegen, in den USA den Publikumspreis (ADIFF New York 2019) für den besten Film, der von einer Woman of Colour gedreht wurde.

Ab 20. Mai 2021 kommt er nun bei uns in die Kinos, mit deutschen Untertiteln.

In 95 Minuten zeigt dieses Sozialdrama den Kampf der 23 Jahre alten Textilarbeiterin Shimu gegen miserable Arbeitsbedingungen und für die Rechte von Arbeitnehmer_innen. Sie arbeitet in einer der Bekleidungsfabriken in Dhaka, Hauptstadt von Bangladesch, unter ausbeuterischen Bedingungen für einen minimalen Lohn. Deshalb beschließt sie, nachdem bei einem Brand in der Fabrik eine Arbeiterin ums Leben kam und viele andere verletzt wurden, zusammen mit ihren Kolleginnen eine Gewerkschaft zu gründen.

Dabei lässt sie sich nicht durch Drohungen der Firmenleitung und Verbote ihres Mannes aufhalten. Gemeinsam müssen die Frauen kämpfen und ihren Weg finden.

Diesen Film zum Thema „Menschenrechte in der Textilindustrie“ sollte jede_r Verbraucher_in sehen und damit beginnen, eigene Kaufentscheidungen zu hinterfragen.

Er eignet sich für den Unterricht verschiedener Fächer in Sek I-Klassen ab 14 Jahren, ob Religion/Ethik, Politik/Sozialkunde, Geographie oder eben Verbraucher_innenbildung.

Die 1981 in Dhaka geborene Regisseurin Rubaiyat Hossain studierte Women Studies am Smith College und machte ihren Master in South Asian Studies an der Universität Pennsylvania. Nach einem anschließenden Filmstudium in New York und der Arbeit für verschiedene Menschenrechtsorganisationen in Bangladesch lehrt sie seit 2006 an der BRAC Universität in Dhaka im Fachbereich Wirtschaft und Sozialwissenschaften.

BRUNI RÖMER
fair childhood

Quelle: Eremitage, St. Petersburg

"Die Hölle" von Hieronymus Bosch (um 1450 – 1516)

Wie viel Hölle verträgt das Paradies?

Das Corona-Virus hat die Illusion der Normalität zerstört. Und jetzt?

Wo sind wir? Im Paradies? In der Hölle? Irgendwo dazwischen? Näher am Paradies oder näher an der Hölle? Und wie war unser Befinden vor der Pandemie? Paradiesisch? Infernalisch? Oder beides zugleich, «als ob Hochzeits- und Beerdigungsglocken sich vermischt hätten» (Robert Schumann)? Und wen umfasst dieses «wir»? Existiert es überhaupt noch? Kann es eine Gemeinschaft geben, die diese Bezeichnung verdient, wenn schon die zarteste Geste von Fürsorge, das Tragen einer Maske zum Schutz der Mitmenschen, für Spaltung sorgt?

Wie nachhaltig sind die zaghaften Blüten der Solidarität, über die wir uns im ersten Lockdown noch gefreut haben, in einer Gesellschaft, die aus der Summe ihrer Einsamkeiten besteht?

Wer dieser Tage über die Zukunft spricht, tut dies aufgrund einseitiger Annahmen: Entweder sind wir – zwischenzeitlich – aus dem Gelobten Land vertrieben worden oder aber unser Wohlergehen war zuvor schon eine Fata Morgana, die sich nun endgültig in Luft aufgelöst hat. Entweder war die vorpandemische Lage geprägt von einer stabilen, zu-

friedenstellenden Normalität, die nun zwar zerstört worden ist, zu der wir jedoch zurückfinden könnten. Oder aber wir lebten auch davor in zerrütteten und teilweise dysfunktionalen Verhältnissen. Die Reaktion auf die brüchige Gegenwart hängt von dieser grundsätzlichen Haltung ab. Während manche als Folge der Pandemie Schlimmes, gar Apokalyptisches befürchten, schöpfen andere Hoffnung, weil diese Krise den Blick auf notwendige Veränderungen lenkt, indem sie die essenzielle Krisenhaftigkeit des Status quo offenlegt. Selten waren Dystopie und Utopie so nahe beieinander. Und bei vielen Menschen vermischen sich Befürchtungen und Sehnsüchte zu einem konträren Cocktail.

Der Philosoph Jean Baudrillard hat unsere Situation schon vor mehr als drei Jahrzehnten mit visionärem Weitblick auf den Punkt gebracht: «Als wir keine Mittel hatten, sagten wir, der Zweck heiligt die Mittel. Als wir keinen Zweck hatten, sagten wir, die Mittel heiligen den Zweck. Unmoralisch ist, dass es keinen Widerspruch mehr zwischen beiden gibt: Zweck und Mittel sind einander gleich geworden. Alles funktioniert wunderbar, expandiert wie Polystyrol, angetrieben von den generischen Strömen der Generatoren: den Metastasen des Guten. Alles geht schlecht, alle Kreisläufe divergieren, getrieben von der Angst und zur Angst getrieben: das Erratische des Bösen.» Mit anderen Worten: In der Hölle lauert das Paradies, im Paradies die Hölle.

Das ist verwirrend und unübersichtlich.

Es mutet entmutigend an.

Es ist zeitgeistig.

Wenn wir «Mittel» durch «Leben» ersetzen und «Zweck» durch «Wachstum», erkennen wir sofort, was Baudrillard meint. In der herrschenden Ökonomie ist das eine mit dem anderen ident. Wir wachsen, um zu leben und leben, um zu wachsen, wir haben das Wachsen (anders gesagt: das Optimieren) verinnerlicht, wir sind als Individuen Frankenstein'sche Kreaturen eines Systems, das nur noch eine Richtung (hin zum Grösseren), nur noch ein Tempo (die exponentielle Beschleunigung) und nur noch einen Vektor (zunehmende Konzentration an Macht und Vermögen) kennt. Bei dieser Entwicklung werden durchaus auch die Geister des Guten freigesetzt, zuvorderst die materiellen Errungenschaften unserer Zivilisation, die von den Apologeten des Systems stolz aufgetischt werden, ohne dass die Wurzeln des Destruktiven zu sehen sind.

Von der Plage zur Pandemie

Mitte Februar dieses Jahres flog ich nach Kenia. Schon der Taxifahrer, der mich am Flughafen abholte, berichtete von der grössten Bedrohung seit Menschengedenken: einer Heuschreckenplage, die weite Teile des Landes befallen habe. Wovon werden wir uns ernähren?, fragte er an der nächsten roten Ampel. Die Zeitungen waren voller Hiobsbotschaften. Die Sorge war intensiv spürbar, ich blickte bei jedem überraschenden Geräusch auf, in der panischen Erwartung, die biblische Plage über den Horizont der Dächer auf mich herabschweben zu sehen.

Die Gründe für diese Katastrophe, die keineswegs ausgestanden ist, sondern nur medial verdrängt, sind wissenschaftlich unstrittig: Messungen zeigen, dass die Weltmeere letztes Jahr so warm waren wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit, seit zehn Jahren ein kontinuierlicher Trend. Die steigenden Wassertemperaturen lösen Wetterextreme wie Wirbelstürme, Starkregen und Dürre aus, sie unterbrechen die hydrologischen Zyklen. Im Indischen Ozean ist es zu einem ökologischen Tipping-Point gekommen, zu einer sogenannten Klimawippe. Daher hat es in Ostafrika außersaisonal viel zu viel geregnet, sodass sich die Larven der Heuschrecken massenhaft ausbreiten konnten.

Als ich Mitte März Kenia verliess, war alles überlagert durch ein einziges Thema: Corona. Hinter mir wurden die Tore des Lockdowns zugeschlagen. Dass eine höllische Bedrohung, die Hunderte von Millionen Menschen existenziell gefährdet, aus unserer Wahrnehmung entschwinden kann, deutet auf unsere Unfähigkeit, die strukturellen Fehler im herrschenden System in ihrer multikausalen Komplexität zu erfassen und darauf angemessen zu reagieren.

Medial wird meist eine einzige Krise, eine Katastrophe zum Palaver getragen. Das ermöglicht die Illusion von Normalität. Bedrohungen sind Abweichungen von einer ansonsten stabilen Realität. Indem das herrschende System als alternativlos proklamiert wird, gaukelt man uns eine quasi-religiöse Ewigkeit vor, die nicht in Einklang zu bringen ist mit den düsteren Prognosen von (fast) allen Wissenschaftler_innen, seien es Klimaforscherinnen, Ökologen, Agronominnen oder Virologen. Also setzen wir unsere Lebensweise hierzulande fort, denn selbst die Apokalypse ist in den endlosen kapitalistischen Kreislauf integriert, als Schlussverkauf.

Das Unglück an der Kühlschranktür

Wir wissen, dass das, was sich heutzutage Wohlstand nennt, auf einem noch nie da gewesenen Raubbau basiert. Die ökologischen Zerstörungen wie auch das extreme Anwachsen von Ungleichheit sind umfassend analysiert und dokumentiert. Die Negativtendenzen sind weitestgehend anerkannt, nur nicht in Kreisen von Realitätsleugnern und systemrelevanten Ideologen.

Und doch halten viele Menschen das System tagsüber für stabil, um sich nächtens in ihren Albträumen zu wälzen.

Wie soll man erkennen, dass ein System versagt?

In der Geschichte sind Krisen, Katastrophen und Kollapse immer wieder überraschend über die Menschheit hereingebrochen. In Redewendungen wie «einsamer Rufer in der Wüste» und «Ruhe vor dem Sturm» lauert eine historische Erfahrung, die einiges über unsere selektive Wahrnehmung zum Ausdruck bringt. Wir erkennen Bruchstellen oft nicht, auch weil sie manchmal nicht offensichtlich sind. «Organisationen scheitern manchmal gerade deshalb», erklärt Sidney Dekker, Gründer des Leonardo da Vinci Laboratory for Complexity and Systems Thinking an der Universität Lund, «weil sie gut abschneiden, und zwar bei einer engen Bandbreite von Leistungskriterien, die in der gegenwärtigen politischen oder wirtschaftlichen oder kommerziellen Konfiguration belohnt werden.»

Unfälle können passieren, führt Sidney Dekker aus, ohne dass zuvor etwas zerbrochen ist, ohne dass sich jemand geirrt hat, ohne dass jemand die als relevant geltenden Regeln verletzt hat.

Vereinfacht gesagt: Das Auto, das auf der Überholspur des Lebens so wunderbar dahingleitet, gibt auf einmal ohne dramatische Anzeichen seinen Geist auf. Warnzeichen hat es vielleicht gegeben, nur haben wir sie unter der Glasglocke einer selbstbezogenen Zufriedenheit ausgeblendet. Sie waren für uns nicht «relevant».

Das real existierende Schlaraffenland unserer bürgerlichen europäischen Existenz (zugegeben: ich verallgemeinere; es gibt auch eine wachsende Zahl von Menschen, die etwa in einer Schlachtfabrik arbeiten, alte Menschen für unwürdigen Lohn pflegen oder in der Fussgängerzone betteln müssen) verfügt momentan über einen halbwegs vollen Kühlschrank. Also erliegen wir dem Zauber eines reich gedeckten Tisches, ohne uns gross Gedanken zu machen über die wahren Kosten und die langfristigen Aussichten. Jene hingegen, die über die Versorgung des Kühlschranks ehrlich Buch führen und Inventar erstellen, malen das kommende Unglück an die Kühlschranktür. Darin besteht die Wirrnis unserer Zeit: An der Tür eines vollen Kühlschranks prangt das realistische Bild eines Weltuntergangs. Und weil die Vision der Hölle inmitten vom Schlaraffenland als eine Wahnvorstellung erscheint, schenken wir ihr keinen Glauben.

Bruchstellen im Agrarsystem

Diese essenzielle Widersprüchlichkeit bestimmt auch unsere Haltung zu Epidemien. Wir trösten uns damit, dass es solche seit je schon gegeben hat, verweisen auf die mittelalterliche Pest oder die Spanische Grippe. Dabei haben wir allein in unserem noch jungen Jahrhundert global eine Explosion von viralen Plagen erlitten: Sars, die Vogelgrippe, Mers, die Schweinegrippe, Ebola, Hendra, Nipah und nun Covid-19. Laut Fachleuten ist es sehr wahrscheinlich, dass Pandemien zukünftig noch zunehmen werden und eines Tages ein extrem infektiöses Virus Hunderte Millionen Menschen töten könnte. Der Wissenschaftsjournalist David Quammen, der in seinem Buch «Spillover: Der tierische Ursprung weltweiter Seuchen» dieser Frage nachgeht, kommt nach einer Vielzahl von Interviews mit führenden Wissenschaftlern zu dem Ergebnis, dies sei nicht eine Frage des Ob, sondern «nur des Wann».

Wie bereiten wir uns auf eine derart existenzielle Bedrohung vor? Gehen wir die möglichen Ursachen konsequent an? Oder begnügen wir uns mit Maßnahmen zur Eindämmung und pharmazeutischen Neutralisierung der Virusinfektion? Wie wäre es, wenn wir über die strukturellen Ursachen nachdenken, die dazu führen, dass lokale Krankheitserreger zu globalen zivilisatorischen Bedrohungen werden? Siehe da, es gibt einen kausalen Zusammenhang zwischen unserer effizienten Vereinnahmung des Planeten und dem Auftreten von Pandemien. Wie die Zeitschrift «Scientific American» schon im März dieses Jahres schrieb: «Destroyed Habitat Creates the Perfect Conditions for Coronavirus to Emerge.»

Wen das nicht wachrüttelte, der wurde vom Untertitel aufgeschreckt: «Covid-19 may be just the beginning of mass pandemics.»

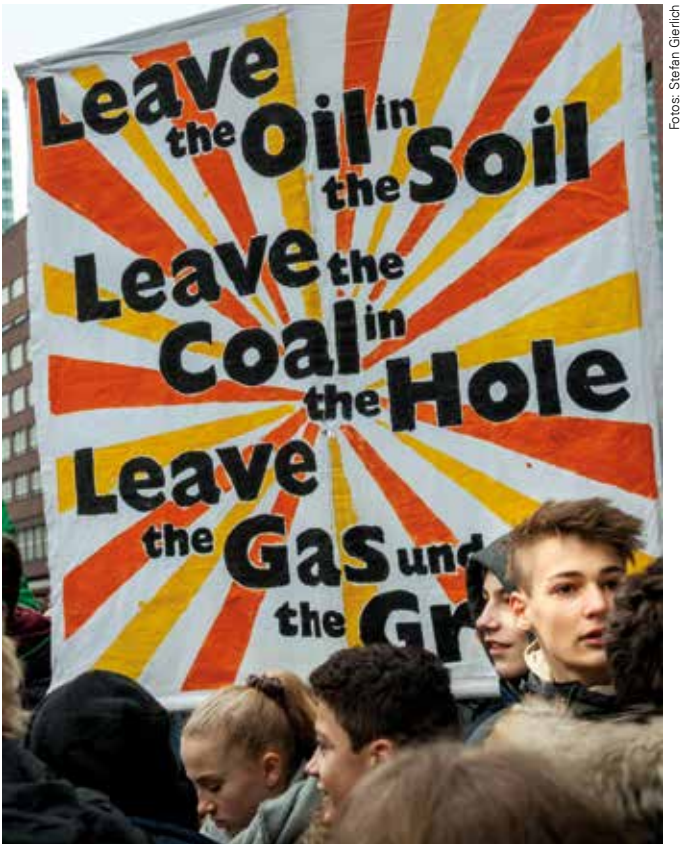
Denn unser Agrarsystem, das quantitativ betrachtet Wunder vollbracht hat, ist durchfurcht von Bruchstellen. Es basiert auf Monokulturen, auf industriell hergestellten Düngemitteln und Pestiziden, auf antibiotischen Futterzusätzen und auf umweltschädlichem Massentransport. Zudem führt die Zerstörung von Regenwäldern und die Trockenlegung von Sümpfen dazu, dass Krankheitserreger aus ihren jeweiligen Ökosystemen freigesetzt werden – wer etwa durch Guatemala oder Borneo fährt, erhält schockierende Anschauung, wie die Monokulturen des Palmöls sich in die Biosphäre von Fledermäusen und Affen hineinfressen.

Die Agrarindustrie ernährt uns, indem sie unsere Umwelt zerstört. Sie ist nicht nur für etwa ein Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich – die wesentlich den Klimawandel verursachen, der massgeblich zur Heuschreckenplage beitragen hat, deren Folgen wiederum mit gewaltigen Lieferungen industriell produzierten Getreides bekämpft werden müs-

sen –, außerdem gefährdet sie zunehmend die Gesundheit von uns allen. Eine durchschnittliche mitteleuropäische Legehenne erhält während ihrer sechzehnwöchigen Aufzucht sage und schreibe achtzehn Schutzimpfungen.

Während unsereiner sich noch eine Grippeimpfung überlegt, verzehrt er eine leckere Hühnchenbrust, die mit mehr Pharma vollgepumpt ist als der Körper eines Radrennfahrers. Obwohl die Vogelgrippe und die Schweinepest schon mehrmals massiv Hühner- und Schweinefarmen befallen haben, ist in der Folge kaum etwas gegen die Missstände unternommen worden.

Wer mit pandemisch geschärftem Blick die Nachrichten der letzten Jahre Revue passieren lässt, kann nur staunen über die vielen Seuchenfälle vergangener Jahre, über Berichte wie diesen «Standard»-Beitrag aus dem Sommer 2019: «Die afrikanische Schweinepest trifft die Schweinefleischproduktion in China hart. Der Ausfall könnte sich auf 18 Millionen Tonnen oder ein Drittel der landesweiten Produktion belaufen.» Nach jeder Epidemie herrscht Erleichterung vor, das Schlimmste vermieden zu haben, die alltägliche Ausbeutung wird fortgesetzt. Trotz alledem: das Paradies der gesicherten Normalität wird sich wieder einstellen, wir werden auch diese Katastrophe überstehen.



Fotos: Stefan Gierlich

Worte, aber keine Taten

«Die Krise stellt unsere freiheitliche und soziale Ordnung infrage. Wir können nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir brauchen endlich eine nachhaltige Entwicklung.»

Das ist vortrefflich gesagt, von einem Mann mit erheblichem Einfluss namens Wolfgang Schäuble, dem CDU-Politiker. Allerdings schon 2009, nach dem Finanzcrash, bei dem – wie wir inzwischen wissen – ein Systemkollaps nur knapp vermieden werden konnte. Seitdem hat die Politik wenig unternommen, um den Casino-Kapitalismus einzudämmen, die perversen Gewinne der Finanzspekulation zu unterbinden oder zumindest gerecht zu besteuern, die globale Geldwäsche zu unterbinden. Im Gegenteil, die plutokratische Konzentration von Vermögen (und daher Macht) hat seitdem enorm zugenommen. Die Politik hat die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten weiter eingeschränkt, so als wäre es undemokratisch, zum Wohle der Gesellschaft regulierend in das Wirtschaftsleben einzugreifen.

So wird es auch nach der chemischen Überwindung der Pandemie weitergehen. Wer noch Illusionen hat, dass die parlamentarische Vertretung des Volkes den Interessen des Volkes dient, vor allem den Interessen der jungen Menschen und der zukünftigen Generationen, der hat entweder Wahnvorstellungen oder wird von Lobbyisten bezahlt.

Was ist eine gute Katastrophe?

Was müsste geschehen?

Im Bereich der Gesundheitsvorsorge und -versorgung sind die nötigen Schritte völlig klar, wenn wir von einem Primat der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ausgehen. Alle Menschen auf Erden müssen Zugang zu Impfstoffen und antiviralen Medikamenten erhalten, die Ärmeren unter ihnen kostenlos. Mit internationaler Hilfe müssen Produktionsstätten für Impfstoffe im globalen Süden aufgebaut werden. Alle Strukturanpassungsprogramme (ein Wort aus dem Wörterbuch des Teufels), die seit Jahren das Gesundheitswesen und die veterinäre Infra-

struktur verschlechtern, müssen eingestellt werden. Die Kapazitäten des öffentlichen Gesundheitswesens müssen überall massiv erweitert werden, finanziert unter anderem durch eine globale Gesundheitsversicherung, die im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung durch Lastenausgleich eingerichtet wird. Das fordern Fachleute seit Jahren, so etwa auch die in diesen Fragen erfahrene Organisation Medico International.

All das ist gut und wichtig und notwendig, um das Paradies aus den Mauern der Privatkliniken zu befreien.

Aber es reicht nicht aus

Prophylaxe ist bekanntlich eine Freundin der Gesundheit, und nur eine vermiedene Katastrophe ist eine gute Katastrophe. Mittelfristig müssen wir unsere Tierfabriken schliessen. Nicht nur aus Gründen der Tierethik. Sondern zum Selbstschutz. Wir müssen die ökologisch desaströsen globalen Produktionsketten umstellen auf lokale, überschaubare, regulierte Netzwerke, auf kleinere landwirtschaftliche Betriebe. Wir müssen genetische Vielfalt als «immunologische Feuerschneise» (Rob Wallace) nutzen. Und wir müssen weltweit die Urwald- und Feuchtgebiete schützen beziehungsweise wiederherstellen.

Das Gefängnis als Oase

Am 19. Januar des letzten Jahres hat die internationale Kommunikationsagentur Edelman ihren viel beachteten Vertrauensbarometer veröffentlicht. Mit bemerkenswerten Einsichten: «Trotz einer starken Weltwirtschaft und nahezu Vollbeschäftigung wird keiner der vier gesellschaftlichen Institutionen, die in der Studie gemessen werden – Regierung, Wirtschaft, NGOs und Medien –, Vertrauen entgegengebracht. Die Ursache dieses Paradoxons liegt in den Zukunftsängsten der Menschen …» Laut Studie geben 56 Prozent der Befragten an, dass «der Kapitalismus in seiner heutigen Form mehr schadet als nutzt». Das generelle Misstrauen werde von einem wachsenden Gefühl der Ungerechtigkeit und mangelnden Fairness im System genährt. Die Wahrnehmung sei weit verbreitet, dass «Institutionen zunehmend den Interessen einiger weniger dienen».

Anders gesagt: Die demokratischen Instinkte funktionieren, die meisten Menschen sind keineswegs so dumm oder blind, wie sie von den Eliten gelegentlich dargestellt werden. Doch wie äussert sich dieser Mangel an Vertrauen? Wo sind die grossen Aufbrüche? Zwar gibt es auch im globalen Norden einen wachsenden Widerstand, aber er ist noch viel zu schwach, um das System, das unsere Zukunft auffrisst, ernsthaft zu gefährden.

Wieso bleibt ein profundes Umdenken aus? Wie schon zu Beginn angedeutet, leben wir mit einem Bein im Paradies und mit dem anderen in der Hölle – das wirkt sich negativ auch auf das Gemeinschaftliche aus. Die Atomisierung der Gesellschaft ist so weit vorangeschritten, dass ein «Wir» nur noch in Form von Familiennamen auf den Klingelschildern von Eigentumswohnungen aufscheint. Die Folge: politische Apathie und soziale Vereinsamung. Zwei Drittel der

Deutschen bezeichnen Einsamkeit als großes (51 Prozent) oder sehr großes Problem (17 Prozent). 2017 fühlten sich 38 Prozent der Menschen in der Schweiz einsam. Das sind Zahlen aus der Zeit vor Corona.

Schwer zu glauben, aber diese Einsamkeit hat dazu geführt, dass ältere Japaner_innen absichtlich ein Verbrechen begehen, um ins Gefängnis zu kommen. Die Zahl der Häftlinge über 65 Jahren hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten vervierfacht. In dem faszinierenden Bloomberg-Artikel «Japan's Prisons Are a Haven for Elderly Women» beschreiben sie das Gefängnis als eine Möglichkeit, «eine Gemeinschaft zu schaffen, die sie zu Hause nicht bekommen können». Eine 78-Jährige nennt das Gefängnis «eine Oase», in der es «viele Menschen gibt, mit denen man reden kann». Eine Zufluchtsstätte, die auch Unterstützung und Pflege biete. Ein kleines Paradies im Vergleich zu dem Grauen einer völlig vereinsamten Existenz.

Die Pandemie stellt Entwicklungen infrage, die sie zuspitzt. Der Lockdown ist der Tiefpunkt einer seit Jahrzehnten voranschreitenden gesellschaftlichen Auflösung. Zugleich erkennen wir klarer die Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Agierens, weil bei einer Infektion die Erkrankung eines Einzelnen zugleich eine Bedrohung für alle darstellt. Das müsste selbst den größten Egoisten einleuchten (auch wenn manch ein_e Maskenverweiger_in dieser Einsicht sichtbar widerspricht).

Selbst wenn wir Empathie und Ethik außen vorlassen, müssten wir Gesundheit als oberstes Gebot eines hochgezüchteten Individualismus definieren. Und schon wird ein solidarischer Hoffnungsschimmer sichtbar in unserer von Konkurrentinnen und Konsumenten bevölkerten (Unter-)Welt.

Was bleibt zu tun?

Wenn ein System kollabiert oder sich als fehlerhaft erweist, muss ein neues aufgebaut werden. Das ist nicht Philosophie, nicht Politik, das ist gesunder Menschenverstand. Und eine Aufforderung an uns alle.

Wer in Zeiten großer Not darauf wartet, dass neue Strukturen zur Rettung bereitstehen, der leidet unter religiösem Wahn. Diese Einsicht ist keine Theorie, keine Illusion, nicht einmal ein Ideal, sie ist gelebte, erfahrene Geschichte. Optimismus ist nicht das Gleiche wie Ignoranz. Offenen Auges glaube ich persönlich weiterhin an die realistische Möglichkeit einer paradiesischeren Zukunft. Aber selbst, wenn wir auf einen ökologisch-zivilisatorischen Kollaps zurasen sollten, möchte ich es mit dem rhetorisch begnadeten amerikanischen Politiker Henry Clay halten: «Sollten wir scheitern, dann wenigstens wie Menschen, die in einem gemeinsamen Kampf untergehen.»

ILIJA TROJANOW

Rede von Schriftsteller Ilija Trojanow, die das abgesagte Literaturfestival 'Buch Basel' hätte eröffnen sollte. Trojanow ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung medico international. Abdruck mit freundlicher Genehmigung aus: medico international Rundschreiben 04/2020, www.dedico.de

---

Fortsetzung von Seite 3

Während der letzten Jahre fand zudem der dringend benötigte Um- bzw. Ausbau unserer externen wie internen Öffentlichkeitsarbeit statt. Gab es vor einigen Jahren noch den alle paar Wochen per Post verschickten IDI, den Informationsdienst für Vertrauensleute und weitere Interessierte, so bieten wir mittlerweile einen hoch geschätzten wöchentlichen Newsletter an und sind präsent in den Social Media. Hier kann noch weiter ausgebaut werden, ohne jedoch Bewährtes wie z.B. die hlz zu lassen – denn der Mix zielgruppenspezifischer Angebote ist die Stärke guter und gehaltvoller Informationspolitik.

Im Bereich der Mitgliederwerbung, -bindung und -aktivierung haben wir in den letzten Jahren verstärkt projektorientiert gearbeitet, wie bei der Kampagne „Stark vor Ort – Aktivierung von schulischen Betriebsgruppen“ oder auch bei der Telefonaktion „Bleib dabei – Rückholaktion austrittswilliger Mitglieder“. Das es aktive Betriebsgruppen an Hamburger Schulen gibt, haben jetzt in der Pandemie die vielen offenen Briefe gezeigt!

Erfreulich ist in diesem Kontext die seit Jahren stabil steigende Mitgliederzahl der GEW Hamburg: Von 2013 bis heute ist die GEW um über zehn Prozent auf nun fast 11.000 Mitglieder gewachsen, wobei sie immer jünger und weiblicher wird, was insbesondere an einem starken Zuwachs bei den Erzieher_innen liegt. Wir sehen in dieser Entwicklung auch eine Bestätigung der Arbeit, die wir für und mit euch geleistet haben. Die GEW ist keine Lehrer_innen, wie oft kolportiert wird, sondern eine Bildungsgewerkschaft, die die verschiedenen Bildungsbereiche unter ihrem Dach vereint und dabei Interessenvertretung mit einem starken bildungs- und gesellschaftspolitischen Profil vereint! Wir danken euch für die gute Zusammenarbeit, denn ohne euch, die Mitglieder, wäre all das nicht möglich gewesen. Wir wünschen unseren Nachfolger_innen alles Gute!

Kampf gegen Kinderarbeit in Zeiten der Pandemie

Aktionen am 12. Juni weltweit

Kinderarbeit zu bekämpfen ist mühsam und schwierig. In den letzten Jahrzehnten konnten die gemeinsamen Anstrengungen der Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in der Bildungsinternationale aber deutliche Erfolge bewirken. Gewerkschaftliche Projekte zur Schaffung kinderarbeitsfreier Gebiete entstanden in immer mehr Ländern. Die Zahl der arbeitenden Kinder sank in zehn Jahren um 38 Prozent, tausende Kinder und Jugendliche konnten aus Kinderarbeit in Schulbildung (zurück-)geholt werden, viele machten ihren Schulabschluss. Diese Erfolge drohen in der Corona-Pandemie wieder geschmälert zu werden.

Welttag im Internationalen Jahr zur Abschaffung von Kinderarbeit

Der 12. Juni ist alljährlicher Welttag, 2021 ist das Internationale Jahr zur Abschaffung von Kinderarbeit mit dem Ziel, dass alle UN-Mitgliedsstaaten umgehend wirksame Maßnahmen dazu ergreifen. An vielen Orten machen Aktionen auf die jetzt wieder mehr als 152 Millionen Kinder aufmerksam, die, statt in Schulen zu lernen, Kinderarbeit verrichten müssen. Deren Zahl stieg im Laufe des letzten Jahres mit der Corona-Pandemie an. Die aktuellen Zahlen wird die ILO ab Juli veröffentlichen.

Ende März tauschten sich interessierte GEW-Mitglieder im Rahmen der „GEW-Seminarreihe Internationale Solidarität“ zum Thema ‚Kinderarbeit in der aktuellen Corona-Situation‘ aus. Dabei zeigten einige afrikanische Bildungsgewerkschaften nicht nur, wie sie ihre Projekte durchführen, sondern auch zahlreiche Beispiele, wie sie in Pandemiezeiten versuchen, ihre wichtige Arbeit fortzusetzen.

Nachrichten aus den Projekten gegen Kinderarbeit

Der Kollege Robert Gunsinze der ugandischen Gewerkschaft UNATU berichtete bei dem online-Seminar, dass seit dem Frühjahr 2020 – wie in Malawi und bis Ende April 2021 auch in Simbabwe – viele Schulen geschlossen waren. Da etliche Lehrkräfte in den ländlichen Regionen nicht am Schulort ansässig sind und die Lage auch für sie unklar war, kehrten sie vorübergehend in ihre Heimatorte zurück. Aber geschlossene Schulen und abwesende Lehrkräfte erweckten bei den Eltern den Eindruck, dass die Schulen nicht mehr öffnen würden. Sie schickten ihre Kinder in Lohnarbeit. Mit Hausbesuchen und per Rundfunkaufruf versuchten Gewerkschafter_innen Überzeugungsarbeit in der Region zu leisten. Die Kolleg_innen von UNATU in Uganda und auch von TUM und PSEUM im Projektgebiet in Malawi beeinflussten mit Schulungen die Meinung der Lehrkräfte. Sie rüsteten Kleintransporter mit Lautsprecheranlagen aus und fuhren damit über Land. So konnten sie die gesamte Bevölkerung der Projektregionen auch bei der Feldarbeit und auf Dorfplätzen mit ihren mit Musik gemixten Informationen über die Bedeutung von Bildung, die schrittweise öffnenden Schulen und die zu beachtenden AHA-Regeln erreichen.

In Uganda öffneten die Schulen zunächst für Abschluss- und Prüfungsklassen, anschließend bekommen auch weitere Klassen die Chance zu Präsenz in der Schule.

Für die Schulen im Projekt in Malawi sind konkrete Zahlen bekannt: Zwischen März und Oktober 2020 sank die Zahl der Lernenden von 7800 auf 4000.

Aber die gewerkschaftlichen Überzeugungsmaßnahmen wirkten: Ende Dezember waren wieder 8000 Schüler_innen in den Schulen. Ein großer Erfolg für das Projekt. Aber Lehrkräfte, Elternvereinigungen und Dorfälteste gehen auch mit vereinten Kräften dagegen vor, wenn Kindern und Jugendlichen der Schulbesuch verweigert wird, wie das bei der 15jährigen Nelia aus Kabwinja der Fall war, die unbedingt weiter lernen und ihren Schulabschluss machen will. Die Gewerkschafter_innen schalteten die Polizei ein, als Nelias Eltern keine Einsicht zeigten, ihr die Schule verboten und sie verheiraten wollten. Polizei und Gewerkschaft gemeinsam konnten die Eltern schließlich zur Vernunft bringen.

Besondere Umstände erfordern außergewöhnliche Maßnahmen

In Burkina Faso lernten die Kolleginnen in einem Workshop beim Frauenkongress der F-SYNTER Desinfektionsgel herzustellen, ebenso produzierten in den Projekten in Nicaragua die Gewerkschaftsmitglieder mit ihren lokalen Mitteln die Desinfektionsmittel für ihre Schulen selbst.

Mit Unterrichtsmaterial für das Lernen zu Hause, Meetings und Aktionen im Freien wie Sport- und Spaßangeboten versuchten die Lehrkräfte während der Schulschließungen den Kontakt zu den Lernenden zu behalten.

Die Wiederöffnung der Schulen ist ein Schritt, entscheidend ist auch, die Lernenden nach langen Pausen wieder an den Unterrichtsstoff heranzuführen. In Fortbildungen der Gewerkschaftsmitglieder werden Auffang- und so genannte Brückenkurse entwickelt, die den Schüler_innen den Anschluss ermöglichen.

Dort, wo die Versorgungslage sich in der Pandemiesituation für Lehrende und Lernende besonders verschlechterte, richteten die Gewerkschaften Solidaritätsfonds ein. Die internationale Solidarität ist dabei eine wichtige Stütze.

Neben dem beispielhaften Vorgehen der Gewerkschaften zur Abschaffung von Kinderarbeit bleibt eine Hauptforderung an die Regierungen: der kostenfreie Zugang jeden Kindes mindestens zu guter Grundschulbildung.

BRUNI RÖMER

Foto: UNATU – community drives in Uganda

In freudiger Erwartung des Unterrichtsbeginns nach Corona-Pause

Kein Geschäft mit dem Tod

Volksinitiative im ersten Schritt erfolgreich

Der Hamburger Hafen ist ein Umschlagsort für Kriegsgerät und Munition in alle Welt. Tausende Container mit Panzerteilen, Kriegsschiffe, Maschinen- und Sturmgewehre gehen über den Hamburger Hafen nach Mexiko, Brasilien, Kolumbien, Saudi-Arabien und in die Türkei. In diesen Ländern werden die Menschenrechte mit Füßen getreten. In einigen kriegerischen Konflikten kommen diese Waffen direkt zum Einsatz: im Jemen, in Syrien und dem Irak. Über den Hamburger Hafen wurden im Jahr 2019 Kleinwaffen, Pistolen, Gewehre, Maschinenpistolen und leichte Maschinengewehre im Wert von 11,5 Mio. Euro verschifft. Trotz Corona wurden im ersten Quartal 2020 Panzerkraftwagen und Kriegsschiffe im Wert von 200 Mio. Euro über den Hamburger Hafen ausgeliefert.

Ein Schlaglicht auf den illegalen Waffenexport wirft der Fall der Schnellfeuergewehre der süddeutschen Firma Heckler und Koch nach Mexiko. Am 20.3.2021 wurde das Urteil über drei Millionen Euro Strafzahlung und Haftstrafen aus dem Februar 2019 gegen zwei frühere Angestellte der Sturmgewehrfabrik Heckler und Koch bestätigt. 4200 Sturmgewehre wurden zwischen 2006 und 2009 in vier mexikanische Bundesstaaten exportiert, da eine Ausfuhrgenehmigung der Bundesregierung erschlichen worden war. Diese Sturmgewehre wurden anschließend bei einem brutalen, unverhältnismäßigen Einsatz der mexikanischen Polizei gegen 40 protestierende Studierende genutzt. Deren Verschwinden und vermutlichen Tötung wrude bis heute noch nicht restlos aufgeklärt. So etwas muss zukünftig durch ein Verbot von Rüstungsexporten verhindert werden!

Bei den Waffen- und Munitionsexporten gehört Deutschland mit rund 6 Prozent zu den größten Waffenexporteuren der Welt nach den USA (36 Prozent), Russland (21 Prozent), Frankreich (7 Prozent) und noch vor China (5 Prozent). Der militärisch-industrielle Komplex mit dem Rüstungsriesen Rheinmetall, einer der größten europäischen Rüstungskonzerne mit Munitionsfabriken auf Sardinien und in Südafrika, dem Krauss-Maffai Wegmann Konzern sowie den Lürssen Werften, zu denen auch Blohm und Voss gehört, machen horrende Profite mit dem Geschäft mit dem Tod. Die Kehrseite dieser Kriegsgeschäfte ist die Flucht von Menschen vor der Kriegsgewalt. Vergeblich suchen sie in Europa und – wie wir wissen – auch in Deutschland Schutz.

Mit deiner Spende für einen zivilen Hafen und ein weltoffenes Hamburg.

STOPP! Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

Wir starten eine Volksinitiative, um die Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen zu stoppen. Für dieses Vorhaben brauchen wir Eure Unterstützung!

Unterstützt uns mit einer Spende und/oder macht bei uns mit!
Spendenkonto:
Ziviler Hafen
GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE37 4306 0967 2030 4204 48
Stichwort: Straße/PLZ
Es können Spendenquittungen ausgestellt werden. Diese werden euch zugestellt, wenn ihr eure Adresse bei der Überweisung mit angebt.

Wie läuft das?

Die exportierenden Firmen beantragen bei der Bundesregierung eine Ausfuhrgenehmigung. Wird diese Genehmigung gewährt, verpacken die Firmen die Waffen und Munition in die Containerkästen, die zum Hamburger Hafen transportiert werden und von dort verschifft werden. Gefahrgüter wie Sprengstoffe, Munition, aber auch radioaktive Stoffe und leicht entzündliche Chemikalien müssen gegenüber den Hafenbehörden und den Spediteuren als solche deutlich sichtbar an den Containern kenntlich gemacht und in den Frachtpapieren deklariert werden. Allerdings: Waffen, die zunächst während des Transportes keine Gefahr für Spediteure und Hafenarbeiter darstellen, müssen an den Containern und in den Frachtpapieren nicht kenntlich gemacht werden. Die Gewehre, Kanonen und Panzer könnten auch zur Tarnung als Landmaschinen deklariert werden. Diese Container, bela-

den mit Waffensystemen oder auch nur mit Waffenteilen, sind schwieriger für die Spediteure, Hafenbehörden und -arbeiter zu identifizieren als die Container mit Gefahrgütern wie Munition. Rund 1000 solcher Container mit Waffen oder Sprengstoffen werden jährlich im Hamburger Hafen umgeschlagen. In anderen europäischen Häfen wie in Genua setzten Hafenarbeiter ein mutiges Signal, indem sie die die Abfertigung von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien für den Jemenkrieg erfolgreich verhinderten.

Volksini erfolgreich

Die Initiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen fordert, dass der Umschlag von Rüstungsgütern gestoppt wird und die Rüstungsindustrie auf zivile, soziale und ökologisch sinnvolle Produktion umgestellt wird. Um das Ziel des Rüstungsexportstopps zu erreichen, hat die Volksinitiative gegen den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen den ersten Schritt, das Sammeln von 10 000 Unterschriften innerhalb von sechs Monaten für einen Volksentscheid, jetzt auf den Weg gebracht. Der Text für die Unterschriftensammlung lautet: „Senat und Bürgerschaft schaffen innerhalb eines Jahres die Rechtsgrundlagen, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verbieten und unternehmen alle notwendigen und zulässigen Schritte, um dieses Verbot unverzüglich umzusetzen.“ Da bei einem erfolgreichen Volksentscheid einige Gesetze und Verwaltungsvorschriften von Senat und Bürgerschaft erlassen werden müssen, bedarf es einer späteren Präzisierung von Gesetzesentwürfen und von Erlassen zur Kontrolle von Ausfuhr von Rüstungsgütern.

In Hamburg ermöglicht das dreistufige Verfahren des Volksentscheides der Hamburger Wahlbevölkerung, Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren der Bürgerschaft und die Politik des Senats zu nehmen. In der ersten Stufe müssen 10 000 Unterschriften in 6 Monaten gesammelt werden. Bei erfolgreichem Abschluss der ersten Stufe und der amtlichen Kontrolle der Unterschriftenlisten durch den Hamburgischen Landeswahlleiter muss sich die Bürgerschaft und der Senat zu dieser Volksinitiative verhalten. Lehnen Bürgerschaft und Senat das Anliegen der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte ab, wird in der 2. Phase das Volksbegehren ausgelöst, in dem ca. 67 000 Unterschriften, fünf Prozent der Hamburger Wahlbevölkerung, innerhalb von drei Wochen gesammelt werden müssen – ein ehrgeiziges Unternehmen. Gelingt dies, kommt es in der dritten Phase zum Volksentscheid, bei dem alle wahlberechtigten Hamburger über das Anliegen der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen abstimmen können. Von den abgegebenen Stimmen müssen mehr als 50 Prozent für das Volksbegehren des Rüstungsexportstopps gestimmt haben, damit es erfolgreich ist. Dann sind die Hamburger Bürgerschaft und der Senat gezwungen, für ein Verbot des Rüstungsexportes über den Hamburger Hafen aktiv zu werden.

Getragen wird diese Volksinitiative gegen Rüstungsexporte von rund 20 Hamburger Friedensinitiativen (IPPNW, DFG/VK, Hamburger Forum, Flüchtlingsrat Hamburg, Fridays for Future etc.) und von verschiedenen gewerkschaftlichen, kirchlichen und hochschulpolitischen Gruppen. Die GEW Hamburg und der Arbeitskreis Frieden von ver.di sind mit dabei und werden diese Volksinitiative durch Unterschriftensammeln und Geldspenden unterstützen. Der Arbeitskreis für Demokratie und Frieden des DGB befindet sich noch im Prozess der Meinungsbildung darüber, ob er sich dieser Volksinitiative anschließt.

Wer mitmachen will, Unterschriften sammeln oder spenden will, erfährt mehr über Aktuelles und weitere Veranstaltungshinweise unter: https://ziviler-hafen.de.

Für einen zivilen Hafen und ein weltoffenes Hamburg, das als Friedensstadt mit allen Erdteilen und Völkern der Welt in Freundschaft verbunden ist.

WILLI BARTELS
Mitglied im Friedensausschuss der GEW

ANZEIGE

Auseinandersetzung notwendig

Huisken plädiert für kritischen Dialog mit AfD-Anhänger_innen

Freerk Huisken,
Flüchtlingsgespräche 2015ff
144 Seiten | 2020 | EUR 12.00

Brecht-Interessierte erinnern sich bei dem Titel sicher an eines seiner bekanntesten Bücher, das er auf seiner lebensbedrohlichen Flucht vor seinen „Landsleuten", den Nazis, verfasste und das in Fragmenten 1961, also einige Jahre nach seinem Tod, veröffentlicht wurde. In den Dialogen der vaterlandslosen Gesellen – des Intelektuellen Ziffel und des Arbeiters Kalle – lässt er Letzteren abschließend über die Gesinnung seines Gesprächspartners sagen, er suche ein Land, „wo ein solcher Zustand herrscht, daß solche anstrengenden Tugenden wie Vaterlandsliebe, Freiheitsdurst, Güte, Selbstlosigkeit so wenig nötig sind wie ein Scheißen auf die Heimat, Knechtseligkeit, Roheit und Egoismus."

Leider hat das Thema Flucht in den letzten Jahren wieder besonderen Nachdruck erfahren. Obwohl von Corona gerade etwas in den Hintergrund gerückt, hat sich am Elend der Flüchtlinge nichts geändert, es wurde durch die Pandemie vielmehr vergrößert. So waren aktuell in der „Zentralen Erstaufnahme" in HH-Rahlstedt „über hundert Leute schon seit über 20 Tagen weggesperrt" – als Maßnahme gegen die Ausbreitung der Pandemie, hieß es. Tatsächlich aber werden die Menschen „unter schlechten hygienischen Bedingungen dem Virus überlassen" (Gewerkschaftslinke.de, 24.11.).

Nach seiner 2016 veröffentlichten Flugschrift „Abgehauen" (siehe die Rezension in hlz 5-6/16, S. 54/55), die sich kritisch mit der „neuen deutschen Flüchtlingspolitik" auseinandergesetzt hat, veröffentlicht der emeritierte Hochschullehrer aus Bremen, Freerk Huisken, nun seine zweite Flugschrift „Flüchtlingsgespräche 2015ff", die Ende letzten Jahres erschienen ist. Wie es im Untertitel heißt, thematisiert sie „demokratische Ausländerfeindlichkeit und völkischen Nationalismus, linke Heimatliebe und weltoffenen Patriotismus". Sie knüpft damit nahtlos an Brechts Anliegen an, die Ursachen für Vaterlandsliebe, ausgrenzende Heimat, Nationalismus und Rassismus schonungslos aufzudekken. Huisken weicht dabei von der Systematik und einer „in sich geschlossene[n] Argumentation" ab, wie sie in seinem letzten Buch über den Neofaschismus („Der demokratische Schoß ist fruchtbar...", 2012) vorgestellt wurden. Vielmehr beruht das neue Buch auf „Gesprächen, Kommentaren, Korrespondenzen" (S.6), wie es im Vorwort heißt. Bezugspunkt sind alltägliche Situationen: Gespräche im privaten Umfeld oder zufällige Begegnungen im Zugabteil, Workshops und Veranstaltungen mit ihren Nach- und Zwischenfragen. Deswegen verwendet Huisken einen „Sprech-" und keinen „Schreibstil." Auf seiner Homepage – www.fhuisken.de – werden etliche andere thematische Zuschriften in ähnlicher Weise aufgegriffen.

Im 1. Kapitel, das einen großen Raum einnimmt (S. 15 - 83), geht es um die aus vielen anderen Bereichen bekannten `Ja, aber´ – Sätze: „Ich habe nichts gegen Flüchtlinge, aber…". Die befassen sich u. a. mit „Arbeitsplatz-, Wohnungs- und Sozialleistungsklau"; dann geht es um eine Frau, die Angst hat, allein nach draußen zu gehen: „zu viele" Ausländer! In der Folge ist der „Islam" hier trotz Religionsfreiheit unpassend; „Ausländer raus", „Wir sind das Volk", „Bin Patriot, kein Nationalist" – solche Parolen folgen. Ein „Zwischenruf", wieso das Wählen von „Braunen" wieder mehr als salonfähig geworden ist, wird aufgegriffen. Weiteres Indiz für die notwendige Befassung sind die über hundert „Einzelfälle", wie es so schön heißt, bei der Polizei mit rechtsextremen Betriebsamkeiten. Am 24.11. meldet „NDR Info", dass auch in der Bremer „Berufsfeuerwehr" Chats mit rechtsextremen Inhalten zirkulieren. Es sind „keine Einzelfälle". Dort sind Beschimpfungen wie „Nicht-weiße Menschen sind minderwertig", „Flüchtlingen wird der Tod gewünscht" en vogue und sogar ausländische „Hilfesuchende

sind nicht oder nur unzureichend behandelt worden."

Im 2. Kapitel (S. 84-107) behandelt Huisken „nationalistische Missverständnisse", wenn er das „Elend demokratische Kritik an rechten und Stammtisch-Parolen" aufgreift. Er stellt hier einige grundsätzliche Überlegungen an, die die Fehler demokratischer Politik bei der Kritik von rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Gedanken aufdecken. In seinem oben genannten 2012 veröffentlichten Buch stellt er die provokante These auf und weist nach, dass „Demokraten aller Couleur (Neo-) Faschisten nicht wirklich kritisieren" können.

Dann folgt im 3. Kapitel (S. 108-114) die Auseinandersetzung mit den „Kampfparolen gegen Rechte". Es geht um antirassistische Parolen wie „Kein Mensch ist illegal", „Toleranz statt Ausgrenzung" oder „Wir sind mehr!" Im „Exkurs" wird dem Thema nachgegangen, den „Heimatbegriff nicht den Rechten überlassen".

Da waren einige Parteien fix bei der Sache, auch die Grünen, die ja gerade, so meine Kenntnis, auf ihrem digitalen Parteitag dem letzten Rest an pazifistischen Strömungen abgeschworen haben und nun endlich wieder Regierungsverantwortung übernehmen wollen. Begriffe wie „Heimat und Deutschland" (faz.net, 6.10.17) den Rechten abzuluchsen, bezweckt einzig ein „gewaltiges Stimmenpotenzial" (vorwaerts.de, 11.18) auf sich zu vereinen. Da erübrigt sich dann aus meiner Sicht die dringend nötige Kritik an rechtem Gedankengut. Hauptsache, das Kreuz ist an der richtigen Stelle gemacht.

Zwei knappe Kapitel 4 und 5 (S. 115-139) und ein kurzer „Nachruf" bilden den Schluss. Dort wird nochmals über die Notwendigkeit, allerdings auch über die Grenzen solcher Parolenkritik nachgedacht.

Resümee

Huisken erachtet es für wichtig, die im Bildungsbetrieb, im privaten Bereich oder der Öffentlichkeit anzutreffenden Ideologien über Ausländer nicht zu ignorieren oder auszugrenzen. Es sei vielmehr mit der großen Zahl der Sympathisant_innen eine Auseinandersetzung zu führen. Es geht aber nicht nur um die AfD. Eine große Zahl von Bürger_innen aus der „Mitte der Gesellschaft" – repräsentative Untersuchungen sprechen von rechtsradikalen und -populistischen Einstellungen bei über der Hälfte der Gesellschaft – befleißigt sich dieser Denkungsart. Also Leute, die in der CDSU, bei den Sozial- und Freidemokraten oder den Grünen beheimatet sind.

Ignoranz – so Huisken – gegen die rechten Inhalte findet sich auch auf den Demos, die „Bunt statt Braun" fordern. Nazis hätten keinen Platz im liberalen Deutschland, heißt es. Unter umgekehrten Vorzeichen werden jetzt rechte Meinungen ausgegrenzt. Damit wird das, was man den AfD-Patriot_innen mit ihrer Ausländerfeindlichkeit vorwirft, an ihnen selbst praktiziert. Verallgemeinernde Etikettierungen wie „nationalistisch" oder „rassistisch" bleiben plakativ und leer, wenn keine inhaltliche Begründung folgt.

Die bürgerlichen Parteien bis auf die Linkspartei gehen mit der AfD nicht anders um. Sie werden, da Konkurrent, als demokratiefeindlich bekämpft und isoliert, fast ohne inhaltlichen resp. programmatischen Bezug. So sagten der Grüne W. Kretschmann und die sozialdemokratische Führungskraft M. Dreyer ihre „Teilnahme an der Elefantenrunde des Regionalfernsehens" ab mit dem Hinweis, „die AfD nicht aufzuwerten" (starke-meinungen.de, 28.1.16). Die Frage, ob das die oft geforderte Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut ist, erübrigt sich. Ebenso die Frage, ob die Millionen, die solchen verkehrten Gedanken anhängen, einfach exkommuniziert werden sollen. Unbenommen: Überzeugungsarbeit ist „ein mühsames Geschäft", aber die Klärung der Gegenstände ist notwendig; jeweils zu thematisieren, was „Populismus, Neofaschismus, Demokratie, Flüchtlingspolitik, Rassismus, Nationalismus usw." (S. 9) bedeuten, ist unerlässlich, um der „(Fehler)logik des rechten Denkens" nachzuspüren.

Für Bildungseinrichtungen – etwa in Sek I und II – kann die Flugschrift als Fundgrube für die thematische Auseinandersetzung mit den Themen „Flucht" und „Migration" dienen.

F. BERNHARDT, im Ruhestand

Chris Grodotzki/sea-watch.org

'Jugend Eine Welt' hilft „Sea Watch 4" www.Sea-Watch.org

Heinrich Hehn (Teil 1)

„Typ des Nazis übelster Sorte“

Der Werklehrer gehörte zu den „alten Kämpfern“ im NSLB, die im Frühjahr 1933 die neue Führung der Organisation bekämpften. Diese habe bei der „Gleichschaltung“ der Gesellschaft der Freunde mit „Mitgliedern des marxistisch verseuchten Genitivvereins“ zusammengearbeitet.

Foto: Staatsarchiv Hamburg

Heinrich Hehn

Heinrich Hehn gehörte im Hamburger NSLB zu den Funktionären, die schon vor der nationalsozialistischen Herrschaft in der Lehrerschaft agitierten. Dass der NSLB zunächst ohne große Resonanz blieb, lag auch an seinem Personal. Hehn, seit 1932 Kassenwart im NSLB, führte ab März 1933 mit einer kleinen Gruppe „alter Kämpfer“ einen unerbittlichen Kampf gegen die neue NSLB-Führung um Willi Schulz und Albert Mansfeld sowie den im NSLB für die sozialen Kassen zuständigen Kurt Holm. Dabei zeigten sich die Leute um Hehn – im Gegensatz zur vergleichsweise moderaten Gruppe um Schulz und Mansfeld – als Gruppe fanatischer und antisemitischer Aktivisten. Ihr letztlich erfolgloser Kampf zeigt auch, warum bei der Entnazifizierung in den Verfahren immer wieder darauf verwiesen wurde, „es habe noch Schlimmere gegeben“.

Heinrich Hehn wurde am 1.9.1893 in Hamburg geboren. Er arbeitete an verschiedenen höheren Schulen als Werk- oder Zeichenlehrer. Gerhard Nöthlich erlebte ihn als Schüler an der Oberrealschule Eimsbüttel am Kaiser-Friedrich-Ufer:

„’Vorrrdermann! Heil Hitler!! Setzen!!!’ So pflegte einer unserer Lehrer seinen Unterricht zu eröffnen, den wir allerdings nur einmal pro Woche erlebten, denn es betraf das Fach ‚Werken’. Wir stellten Linolschnitte her oder fertigten allerlei aus heutiger Sicht unnützes Gerät an, zum Beispiel einen kleinen Ständer aus dünnem Sperrholz, auf dessen schräg geneigter, am oberen Ende halbrund gesägter Fläche Vaters Taschenuhr zu hängen kam – zur besseren nächtlichen Beobachtung, wenn die Sirenen heulten, was in Hamburg ab 1940/41 regelmäßig der Fall war, mit der Folge, daß Vormittagsstunden ‚wegen Fliegeralarms’ ausfielen, je nach Zeitpunkt und Dauer des nächtlichen Luftangriffs.“

Etwas später beschrieb er den „zackigen Werklehrer“ noch genauer: „Er war einer der wenigen auf den ersten Blick erkennbaren ‚Nazis’, die ich in jener Zeit am Kaifu erlebte. Zumindest durch seine Reden wies er sich als solcher aus, indem er, während wir sägten, raspelten und hämmerten, aus der ‚Kampfzeit’ berichtete. Damit meinte er die Zeit vor 1933, in der um den Sieg noch gekämpft wurde. Er sprach davon vorgeschobenen Kinns und mit fast bebender Stimme: ‚Junge! Da ha’m wir so manchmal gekämpft, mit dem Revolver in der Faust und mit der Faust in der Tasche’ und was dergleichen Unsinn mehr war. Er beeindruckte die meisten von uns nicht. Etliche Gleichgesinnte unserer Klasse fanden ihn und was er sagte lustig, und wir nahmen ihn auf unsere Eimsbütteler Schippe, so gut wir konnten.“

Antisemit und Denunziant in der Schule

Dass Heinrich Hehn Antisemit war, musste nicht nur Gerhard Nöthlich erleben:

„Hehn war der Typ des Nazis übelster Sorte, wie wir, meine Freunde und ich, ihn empfanden. Mehrfach wies er sich in markigen Worten als ‚alter Kämpfer’ aus. Mich hatte er eine Zeit lang besonders im Visier.

Zu jener Zeit entsprach ich dem äußeren Erscheinungsbild eines jüdischen Jugendlichen, wie es vor allem durch Julius Streichers Hetzblatt ‚Der Stürmer’ verbreitet wurde (Schaukästen an jeder zweiten Straßenecke). Ich hatte weiches, welliges Haar, eine (bis heute) ausgeprägte, gebogene Nase, eben eine ‚Juden-Nase’.

Der Werklehrer Hehn sprach mich im Zusammenhang mit einem Pogromthema, wahrscheinlich mit dem 9. November 1938, in der folgenden Weise an: ‚Na, wenn sie dich gesehen hätten – dich hätten sie gleich mitgenom-

men!' Zu Hause erzählte ich von dem Vorfall, den ich als 13-jähriger im damaligen politischen Kontext als beleidigend empfinden musste.

Mein Vater machte sich, Beschwerde führend, auf den Weg zur Schulleitung, woraufhin Hehn sich zurückhielt. Mein Vater hatte lediglich auf seinen ‚arischen Nachweis' hingewiesen. Aus heutiger Sicht: eine Schande, zu dergleichen gezwungen gewesen zu sein!

Wir Schüler sahen in Hehn einen Dummkopf. Immer wieder baten wir ihn, uns Exemplare ‚aus seinen Werken' vorzuführen. Es blieb bei der Bitte. Hehn hatte nichts zu bieten."

Im Lehrerzimmer der Oberrealschule Eimsbüttel war Hehn als Denunziant aufgetreten, wie Kurt Minners später im Entnazifizierungsverfahren des damaligen Schulleiters Ernst Dätz bekundete:

„Am Tage nach der Zerstörung der Hamburger Synagogen äußerten sich zwei Kollegen im Lehrerzimmer, diese Zerstörung sei zu verurteilen, die Synagogen seien Gotteshäuser. Diese Äußerungen zeigte der damalige Zeichenlehrer Hehn bei Dir[ektor] Dätz an, in der Absicht, die beiden Kollegen wegen ihrer Äußerungen zu belangen. Es verdient betont zu werden, dass Dir. Dätz sich schützend vor die beiden Kollegen stellte und es mit großer Mühe schließlich erreichte, dass Hehn seine Anzeige zurückzog."

Werdegang und Parteikarriere

Vor seiner Zeit in Eimsbüttel war Heinrich Hehn an der Klosterschule tätig gewesen. Seit dem 1.12.1931 gehörte er der NSDAP an. Seit dem 12.2.1932 war er Mitglied im NSLB. Er rühmte sich in einem Schreiben an den Senator für Kulturangelegenheiten, „sehr geehrter Parteigenosse von Allwörden", damit, dass die Klosterschule „die älteste nationalsozialistische Zelle an den höheren Schulen Hamburgs überhaupt" besessen hätte. Hehn nannte auch stolz die Namen der Parteigenossen dieser Zelle: „Hehn, Gottsleben, Schwabe, Löhr, Henningsen."

Diese Gruppe war 1933 auch verantwortlich für die Suspendierung und Entlassung ihres jüdischen Kollegen Walter Bacher, der seit 1927 Lehrer an der Klosterschule gewesen war: „Am 26.5.1933 wurde Dr. Bacher auf Drängen antisemitischer Kollegen beurlaubt. Nach neunwöchiger Wartezeit, in der es ihm trotz mehrfacher Eingaben nicht gelang, persönlich gehört zu werden oder die Gründe für die plötzliche Beurlaubung zu erfahren, erfolgte unter dem 29. Juli seine Entlassung."

Heinrich Hehn hatte von 1900 bis 1908 in Hamburg die Volksschule besucht, danach die Landeskunstschule bis 1914, ebenfalls in Hamburg. Von 1914 bis 1918 war er im Kriegsdienst und kehrte dekoriert mit dem Eisernen Kreuz II zurück. Mit der Hitler-Bewegung war er möglicherweise in Kontakt geraten, als er von 1920 bis 1923 in München an der Kunstakademie studiert hatte.

Hehns Gruppe war 1933 auch verantwortlich für die Suspendierung und Entlassung ihres jüdischen Kollegen Walter Bacher

Charakteristisch für Heinrich Hehn war auch seine Arbeit im NSLB und insbesondere die Art und Form der Auseinandersetzung innerhalb der Organisationen mit Willi Schulz und dessen Gruppe. Schlecht für Hehn, dass er und seine „alte Garde" mit Guido Höller und Erwin Gottsleben den Kampf verloren. Die Form und die Argumente ihrer Anschuldigungen gegen die neue NSLB-Führung zeigten, welch Geistes Kinder Hehn und seine Gruppe waren und dass sie für politische Führungsfunktionen auch in NS-Organisationen nicht geeignet waren. *(Zum Machtkampf im NSLB siehe die Biographie von Willi Schulz in „Täterprofile" Band 1)*

Auffällig war bei Hehn, Gottsleben und Höller neben ihrer dogmatischen nationalsozialistischen Überzeugung das mangelnde Verständnis in der Übergangssituation im April 1933, für die Strategie, die Mitgliedschaft der „Gesellschaft der Freunde" auf den Weg in den NSLB mitzunehmen. Gleichzeitig ging es ihnen nicht zuletzt um persönliche Interessen. Hehn wollte Funktionsträger (Kassenverwalter) im NSLB bleiben, Gottsleben strebte nach Festanstellung und Höller wollte als Schriftsteller anerkannt und nicht in den Ruhestand versetzt werden.

Parteiausschlussverfahren gegen NSLB-Führer Schulz

Besonders Heinrich Hehn und Guido Höller eröffneten eine „Schlammschlacht" gegen Willi Schulz und Albert Mansfeld, die neuen Führer des NSLB. Eine Übernahme des NSLB durch Schulz und Mansfeld sollte verhindert werden. Während Mansfeld Gründungsmitglied des Hamburger NSLB war, bezichtigten sie Schulz, der erst Ende 1932 dem NSLB beigetreten war, ein Karrierist zu sein. Die „alten Kämpfer" des NSLB strengten ein Parteiausschlussverfahren gegen Schulz an, aber auch gegen den neuen Verantwortlichen für die Kassen des NSLB, Kurt Holm.

Um den Charakter und das politische Verständnis von Heinrich Hehn zu kennzeichnen, sollen die von ihm vorgebrachten Argumente vorgestellt werden. Am 9.12.1934 untermauerte Hehn seinen Antrag auf Ausschluss von NSLB-Gauamtsleiter und Landesschulrat Willi Schulz aus der NSDAP „wegen parteischä-

Foto: Archiv Klosterschule.

Kollegium der Klosterschule im Gebäude Holzdamm, Ende 1933. Heinrich Hehn: mittlere Reihe, 1. von links; Erwin Gottsleben: hintere Reihe, 6. von rechts. 1. Reihe in der Mitte NS-Schulleiter Willy Kowallek

digenden Verhaltens“:

„Als verantwortlicher Herausgeber der Hamburger Lehrerzeitung tat er folgendes: a.) Er besetzte die führenden Posten mit aktiven Mitgliedern des marxistisch verseuchten Genitivvereins; b.) Er lässt seit Übernahme der Zeitung Anzeigen jüdischer Firmen zu; c.) Er duldete, dass auf Beschwerden von Firmen und Parteigenossen Antworten erteilt wurden, die das Ansehen der Partei untergraben müssen.“

Form und Diktion seiner Schreiben zeigen, dass Heinrich Hehn für die Funktionärstätigkeit des NSLB tatsächlich nicht das notwendige Format besaß. In einem längeren Schriftsatz an das Gaugericht der NSDAP-Hamburg vom 3.1.1935 schrieb er, „dass ich mit Pg. Mansfeld, nachdem ich ihm, etwa Ende Mai 33, als er uns in unserer Arbeit stören wollte, ziemlich deutlich die Türe wies, kaum mehr gesprochen habe. Es muss hier unbedingt eine denkwürdige Versammlung rekonstruiert werden. Es wird ein sehr interessantes Licht in dieses Dunkel kommen, was außerordentlich aufschlussreich sein wird. Ich beantrage dringend, hierzu die Zeugen zu laden. (...)

Im März 33 erfuhren wir zufällig, dass Pg. Schulz wieder unterwegs war, um unsere Absetzung zu erreichen. Von der Lieth und ich fuhren ihm sofort nach. In Berlin erreichten wir ihn. Er war im ersten Augenblick sehr erschrocken; aber trotzdem sehr freundlich. Pg. Schulz sagte uns nichts über den Zweck seiner Reise. Am nächsten Morgen erfuhren wir dann, dass er nach München weitergereist wäre. Von der Lieth und ich fuhren sofort auf den Flugplatz Tempelhof; aber das Flugzeug nach München startete vor unseren Augen. Wir mussten nun den Zug nach München benutzen und kamen dort an, als Pg. Schulz bereits wieder abgereist war. Pg. Schemm *(Führer der NSLB-Reichsorganisation; Anm. de L.)* gab uns einen offenen Brief an Pg. Kaufmann mit, der nach einer langen Besprechung mit uns in unserem Beisein diktiert worden war. In Berlin erreichten wir Pg. Schulz wieder. Es war spät abends, als wir dort zusammentrafen. Pg. Schulz war wieder sehr aufgeräumt, sagte uns aber nichts über den Erfolg seiner Reise. (...) Nachdem wir einige Herren der neuen Gauführung des NSLB Hamburg bei einem ‚Poulardenessen’ im Ratsweinkeller gestört hatten, und ich mit Holm, Schlorf im Beisein von Höller die sehr erregte Auseinandersetzung auf der Straße fortsetzte, bestätigte mir Holm noch einmal, nach deutlicher Vorhaltung meinerseits, dass auch er Schulz für einen zu weichen Charakter halte.“

Es war eine schwierige Zeit für Willi Schulz, der für die Neuaufstellung des NSLB den Auftrag von Gauleiter Karl Kaufmann hatte.

Die Schlichtheit von Heinrich Hehn wurde auch in seinen weiteren Ausführungen deutlich:

„Mein Absetzungsschreiben habe ich, ohne mich irgendwie aufzuregen, in den Papierkorb getan. Einige Tage darauf erschien Pg. Schulz mit unserer Ablösung in der Geschäftsstelle. Als zweiter, mit einem verlegenen Grinsen, unser ‚Mitarbeiter Denys’. Ohne viel Federlesens wurde, zur Hauptsache von mir, die ganze Gesellschaft, Mansfeld war auch mit dabei, an die frische Luft befördert. Von der Lieth rief verschiedentlich, laut durchs Treppenhaus nach Pg. Schulz.

Er aber hatte es vorgezogen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Dem Denys versuchte ich das Hakenkreuz abzunehmen, was auch Pg. Kaufmann gemeldet wurde. Denys flog ziemlich unsanft hinaus. Pg. Mansfeld versuchte schnellstens zu entkommen, indem er fortwährend rief: ‚Fassen Sie mich nicht an! Ich gehe schon! Fassen Sie mich nicht an!' usw. (...) Pg. Schulz ganzes Sinnen und Trachten aber ging trotzdem darauf hinaus, uns auf irgendeine Art loszuwerden. Er hielt sein dem Gauleiter und uns gegebenes Wort nicht und machte sich wortbrüchig. Pg. Schulz trieb eine jammervolle Kompromisspolitik. Alles blieb, wie es war, nur die NSLB-Front aus der Kampfzeit versuchte er zu zerschlagen. Während der Kampfzeit hat er in unserem Kreise nie etwas bedeutet. Er passte zu uns so wenig wie Feuer zum Wasser."

Für Hehn und seine „alte Garde" schien das wirkungsvollste Argument, dass Schulz mit der alten „Gesellschaft der Freunde" zusammenarbeitete. Aber darin bestand gerade der Coup der Gleichschaltung, in einem gemeinsamen Vorstand fast zur Hälfte Vertreter der bisherigen „Gesellschaft der Freunde" einzubeziehen. Bei Hehn las sich das so: „Pg. Schulz hat nicht dem NSLB gedient, sondern dem alten ehemals rotverseuchten Genitivverein. Pg. Schulz hat dessen wirtschaftliches und geistiges Erbe verwaltet wie er es in der Wahl seiner Mitarbeiter, in der Haltung der Hamburger Lehrerzeitung und in der Verwaltung des Curiohauses bekundet hat. Über die Judenanzeigen unter dem Hakenkreuz in der NS-Lehrerzeitung habe ich in meinem Schreiben vom 20. Februar 1935 dem Obersten Parteigericht einiges Material zugeleitet. Dass aber das Curiohaus als die Geschäftsstelle des NS-Lehrerbundes, sich bis auf den heutigen Tag, seiner Überlieferung gemäß, als ‚Hilfssynagoge' der Hamburger Judenschaft erhalten hat, mag Anlage 10 unter Beweis stellen."

Kampagne gegen Anzeigen jüdischer Firmen in der HLZ

Eine groß angelegte Dokumentation zu den „Judenanzeigen" in der HLZ unterm Hakenkreuz wurde vorgelegt. Hehn und seine Leute übten erheblichen Druck aus, Anzeigen von jüdischen Firmen nicht länger entgegenzunehmen. In der Anlage fügte Heinrich Hehn auch ein Schreiben von Otto Gerhard, dem Schulleiter der Volksschule Lutterothstraße 34, an, der auch zu den „alten Kämpfern" gezählt wurde. Gerhard schrieb am 10.10.1934 an den stellvertretenden NSLB-Gauamtsleiter und Personalverantwortlichen im NSLB, gleichzeitig Oberschulrat für die Volksschulen, Albert Mansfeld:

„Pg. Schulz trieb eine jammervolle Kompromisspolitik..., nur die NSLB-Front aus der Kampfzeit versuchte er zu zerschlagen." (H. Hehn)

„Ich wende mich persönlich an Sie, nachdem ich erfolglos an den Lehrerbund geschrieben habe. Es betrifft die Daueranzeigen jüdischer Firmen in der Lehrerzeitung. Vor den großen Ferien schrieb ich an den Lehrerbund, dass dauernd jüdische Anzeigen in der Lehrerzeitung erschienen, es handele sich hier wohl um einen Irrtum, und ich bitte um Abstellung. Ich erhielt keine Antwort, und hatte erst recht damit keinen Erfolg, denn in jeder Nummer erschienen wieder jüdische Anzeigen, in der letzten sogar vier. Sie können sich wohl vorstellen, dass mir dies Verfahren als Hohn erscheint, zumal wenn zwischen den Anzeigen noch der echt jüdische Wahlspruch steht: Eine Hand wäscht die andere. Ich könnte nun kurzerhand die Lehrerzeitung abbestellen, um mich nicht dauernd ärgern zu müssen, aber da ich damit der Sache nicht diene, wende ich mich an Sie, und bitte Sie, die Aufnahme von Anzeigen jüdischer Firmen endgültig zu unterbinden."

Hehns Niederlage

Hehn, Gottsleben und Höller erreichten, dass Anzeigen jüdischer Firmen nicht mehr abgedruckt wurden, ihr Hauptziel verfehlten sie allerdings. Willi Schulz setzte sich durch. Der ehemalige Vorsitzende des NSLB, Hinrich von der Lieth, schloss seinen Frieden mit Willi Schulz. Heinrich Hehn hingegen wurde am 4.9.1934 aus dem NSLB ausgeschlossen. Am 4.2.1935 teilte das Gaugericht der NSDAP Hehn dann auch den Ausschluss aus der Partei mit. Nachdem Hehn dagegen Beschwerde eingelegt hatte, entschied die II. Kammer des Obersten Parteigerichts in der Sitzung vom 20.3.1936: „Das Oberste Parteigericht erteilt dem Angeschuldigten in Abänderung des Gaubeschlusses eine Verwarnung und erkennt ihm die Fähigkeit zur Bekleidung eines Parteiamtes bis zum 20.3.1939 ab."

Heinrich Hehn wohnte bis Ende 1936 in Hamburg und zog dann mit seiner Frau und zwei Kindern nach Stormarn, ab 1939 lebte er in Glashütte. Aus dem Hamburger Schuldienst wurde er am 20.6.1945 entlassen. Danach verbrachte er 15 Monate in einem Internierungslager.

HANS-PETER DE LORENT

Fortsetzung folgt

Gekürzte Fassung der Biographie aus „Täterprofile" Band 2 (2017). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf Fußnoten und Anmerkungen verzichtet. Sie können beim Autor angefragt werden: hpdelorent@aol.de

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Der nächste Termin ist der 25.5., 15-17 Uhr.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin,
Mitglied der GEW

ANZEIGE

Debeka

Das Füreinander zählt: Warum Versicherte bei der Debeka einen besonderen Status haben

So tickt eine der größten Versicherungsgruppen in Deutschland

Juni 1905: 27 Kommunalbeamte wollen nicht mehr hinnehmen, dass Krankheit den finanziellen Ruin des Einzelnen bedeuten kann oder sogar zum Tod führt, weil Geld für die richtige Behandlung fehlt. Deshalb gründen diese Idealisten einen Verein, in dem sie mit vereinten Kräften für ihre Mitglieder ein fundamentales Gut schaffen: finanzielle Sicherheit, falls die Gesundheit einmal nicht mitspielt. Eine angemessene Behandlung sollte nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen. Füreinander da sein heißt die Devise. Die Last des Einzelnen auf viele Schultern verteilen, gemeinsam vorsorgen. Es war die Geburtsstunde der Debeka. Diesen Gedanken der Gemeinschaft, des gegenseitigen Unterstützens hat sich die Debeka während der mehr als 100 Jahre ihres Bestehens bewahrt – und sie zu einer gewichtigen Unternehmensgruppe in den Top Five der Versicherungsbranche gemacht.

Füreinander da sein

Mit der Gründung eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit schufen diese 27 Idealisten im genossenschaftlichen Gedanken eine Gemeinschaft, die füreinander da ist: Indem sie einen Versicherungsvertrag unterzeichnen, werden Menschen nicht nur Kunden, sondern Mitglieder der Debeka. Und ihr Wohl steht im Mittelpunkt, ist sozusagen Zweck des Vereins. Damit lebten die Gründer Werte, die ihnen wichtig waren: Unabhängigkeit, menschliche Nähe und Vielfalt, gemeinsame Ideale sowie einen freundschaftlichen, familiären Umgang miteinander. Diesen Werten ist die Debeka bis heute treu geblieben, auch wenn die ursprüngliche Gemeinschaft von 27 Idealisten inzwischen auf mehr als sieben Millionen angewachsen ist.

Gut aufgehoben

Der wahre Wert einer Gemeinschaft zeigt sich vor allem in schwierigen Zeiten, wie Menschen sie gerade mit Corona und Niedrigzins erleben. Gegenseitige Unterstützung ist seit jeher Basis der Debeka-Idee von einem optimalen Versicherer. Bis heute lebt sie menschliche Nähe und einen freundschaftlichen Umgang miteinander. Deshalb ist die Debeka mit mehr als 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an 4.500 Orten in Deutschland für ihre Mitglieder da. Und weil sie ihre Ideale ernst nimmt, ist sie Deutschlands Versicherer mit dem größten Nutzen für das Gemeinwohl.

Unabhängig

Damals wie heute dreht sich bei der Debeka alles um Unabhängigkeit – die der Mitglieder und der Mitarbeiter. Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit ist sie unabhängig von Aktionärsinteressen. Sie unterstützt Mitglieder und Mitarbeiter dabei, ihr Leben individuell zu gestalten. Dabei bemüht sie sich, die Kosten niedrig zu halten. So gehört die Debeka zu den Versicherern mit den niedrigsten Verwaltungskosten der Branche, was sich letztlich günstig auf die Beitragskalkulation auswirkt. Die überdurchschnittliche Zufriedenheit der Kunden führt dazu, dass Familien oft seit mehreren Generationen Debeka-versichert sind. Als größter Ausbilder der Branche bietet sie in einem familiären Betriebsklima auch der nächsten Generation Raum für Entfaltung.

Für die Zukunft

Die Debeka übernimmt Verantwortung für die Zukunft – für Kunden, Mitarbeiter und eine Welt, in der es sich auch zukünftig zu leben lohnt. Deshalb unterhält sie ihre Standorte nach hohen Nachhaltigkeitsstandards, baut ihr Unternehmen nachhaltig aus – und sorgt dafür, dass ihre Kapitalanlagen hohe ökologische, soziale und ethische Standards erfüllen.

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen unter https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen, da aufgrund der Corona-Situation manche Termine nur mit Voranmeldung geplant werden bzw. ganz ausfallen.

GEW Geschäftsstelle im Mai u. Juni wie zuvor geöffnet (Bitte klingeln!)

Laut der aktuellen Hamburger Corona Eindämmungsverordnung dürfen wir in der GEW weiterhin Versammlungen und Gruppentreffen abhalten, natürlich unter entsprechenden gesundheitsförderlichen Bedingungen. Weitere Infos für GEW Gruppen und der Hygieneplan finden sich unten. Auch die Geschäftsstelle ist zu den genannten Bedingungen geöffnet. Bitte klingeln!

Für GEW-Gruppen gilt:

Ihr könnt weiterhin Räume bei uns reservieren. Dabei gelten folgende Voraussetzungen:

1. Wir haben Raumobergrenzen, bedingt durch den vorgegebenen Mindestabstand von 1,5 Metern A: 10 TN, B: 3 TN, C: 5 TN, GBW: 7 TN
2. Außerhalb des Sitzungsraums muss in der Geschäftsstelle ein Mund-Nasenschutz getragen werden. Innerhalb des Sitzungsraums ist es euch als Gruppe freigestellt.
3. Personen mit Atemwegserkrankungen dürfen nicht teilnehmen.
4. Ihr müsst eine Teilnehmer_innenliste führen (die Vorlage legen wir euch in den gebuchten Raum), die bei der Geschäftsführung hinterlegt und dort 4 Wochen aufbewahrt werden muss. Im Infektionsfall wird diese Liste dem zuständigen Gesundheitsamt ausgehändigt. Nach vier Wochen wird diese Liste vernichtet.
5. Für **externe Gruppen** stellen wir die Räume zur Zeit nicht zur Verfügung, weil wir das vom Hygienekonzept nicht zusätzlich bewältigen können.

HAMBURGER GEWERKSCHAFTSTAG

Wahlausschreiben

Beim nächsten Hamburger Gewerkschaftstag der GEW am **20.5.21** sind folgende Ämter zu besetzen:

Vorsitzende_r (die zweite Amtszeit von Anja Bensinger Stolze endet)
Erste_r Stellvertretende_r Vorsitzende_r (die zweite Amtszeit von Fredrik Dehnerdt endet)
Schriftführer_in Geschäftsführender Ausschuss (die zweite Amtszeit von Mathias Töpfer endet)
Schriftführer_in Landesvorstand (die zweite Amtszeit von Martin Neumann endet)
Schriftführer_in Protokoll Vertretung Gewerkschaftstag (das Mandat hatte Barbara Geier – ihre 8jährige Amtszeit ist beendet)

Folgende Kolleg_innen haben ihre Kandidatur angemeldet: (Stand: 09.04.2021)
Vorsitzende/r: *Sven Quiring* (FG Sonderpädagogik)
Erste stellvertretende Vorsitzende: *Yvonne Heimbüchel* (FG Gymnasien)
Zweiter stellvertretender Vorsitzender: *Bodo Hass (PTF)*
1. Schriftführer/in: (Protokoll GA) *Carsten Arnheim* (FG Grundschulen)
2. Schriftführer/in: (Protokoll Landesvorstand) *Marlies Tatje*,
Stellvertretung: *Björn Eisenschmidt* (beide FG Berufliche Schulen)
4. Schriftführer/in: (Protokoll Vertretung Gewerkschaftstag) *Volker Peters* (BG Ruheständler_innen)

Weitere Kandidaturen können **bis zum 20.5.21** – in der Geschäftsstelle eingereicht werden.
Eine Kandidatur ist auch noch auf dem Gewerkschaftstag möglich.

Das HLZ-Rätsel

Viel Feind viel Ehr

Sich mit Jan Böhmermann anzulegen kann unangenehm werden. Das mussten bereits der türkische Präsident sowie die „Schund- und Schmuddelmagazine“ von Burda, Bauer und Co. erfahren, die mit Skandalschlagzeilen hohe Umsätze machen. Aktuell attackiert der Satiriker aus Bremen den konservativen Wiener „Penatenkanzler“ Kurz wegen vieler Skandale.

Welche Promis verklagten Jan Böhmermann bisher?

A) Yanis Varoufakis
B) Recep Tayyip Erdoğan
C) Lukas Podolski
D) Hubert Burda
E) Christian Drosten

Foto: Marco Verch/ccnull.de - CC-BY 2.0

Jan Böhmermann, preisgekrönter Moderator vom ZDF Magazin Royale

Einsendungen (ggf. mit Mehrfachlösung) bitte mit Postanschrift bis zum 2.6.2021 an die hlz, am besten an *hlz@gew-hamburg.de*. Als Preis winkt ein Buchgutschein im Wert von 25 Euro.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Des letzten Rätsels Lösung...

Pyjama-Streit an der Halepaghenschule

Autoritärer Führungsstil? Ein Streit in der Abi-Mottowoche scheint alte Konflikte aufzudecken

Früher bundesweit bekannt für weitgehende Freiheiten der Schüler_innen, heute mit Verboten in die Schlagzeilen: Halepaghen-Schule Buxtehude (Ausriss: Kreiszeitung-Wochenblatt)

... ist die Mottowoche *‚Mit Abstand die Besten‘ – In Pyjama oder Bademantel zur Schule.*
Sie wurde von der Schulleitung der Halepaghen-Schule in Buxtehude zur Empörung von Schüler_innen und Eltern verboten.
Als Gewinnerin ermittelten wir M. Elleri. Sie bekommt einen Gutschein für ein Buch eigener Wahl. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Aus der Zauberflöte…

Was muss da los gewesen sein in der BSB? Ich möchte nicht in der Haut des Menschen stecken, der das mit der Abi-Bio-Klausur verbockt hat. Die Medien haben sich ausnahmslos(!) genüsslich darauf gestürzt. Nun können einem die betroffenen Schüler_innen wahrlich leidtun, aber ein ähnliches Gefühl beschleicht mich, wenn ich an die oder den Mitarbeiter_in in der BSB denke, der bzw. die das zu verantworten hat.

Was soll das ganze Gerede über Empathie, also: das sich Einfühlen in den Mit-Menschen, wenn man sich von der Häme leiten lässt. Deswegen haben wir darauf verzichtet, nochmal draufzuhauen. Gerade auch, weil es um unseren politischen Gegner geht. Es wäre billig, hier nochmal nachzutreten.

Vielleicht schreib' ich das jetzt auch so engagiert, weil ich es aus meiner aktiven Zeit als Lehrer kenne, wie es einem geht, wenn man einen Fehler bei der Aufgabenstellung einer Klassenarbeit gemacht hat. Gut, das bezog sich i.d.R. nur auf eine kleine Gruppe, aber dieses Gefühl von unendlicher Peinlichkeit, ja Scham ist mir noch gut in Erinnerung. Das Blut steigt einem in den Kopf, es folgt ein Moment lang das Gefühl der Leere, bis man merkt: egal, was man sagt, es geht weiter. Und in der Regel beruhigen sich die Gemüter viel schneller, als man gedacht hat.

In abgeschwächter Form erlebe ich dies bei nahezu jeder Ausgabe der hlz. Jedes Mal, wenn ich nach vielen Stunden Arbeit Christian, unserem Setzer, das Okay gebe, dass er den Datensatz an den Drucker weiterleiten kann, begleite ich diesen Satz mit dem Schlusswort: „Die restlichen Fehler lassen wir drin!" Denn ich weiß, dass wir immer etwas übersehen.

Wenn ich dann die gedruckte Fassung wenige Tage später das erste Mal in der Hand halte und nochmal in aller Ruhe durchgehe, dann springen die Missgeschicke ins Auge. Bei kleineren Sachen kommt es zum inneren Monolog wie: „Nichts ist eben perfekt", bei größeren Unglücken tritt der oben beschriebene Effekt des Bluttransports in den Kopf auf und ich monologisiere schon mal laut: „Das kann doch nicht angehen. Wir haben doch alle mehrfach drüber gekuckt."

Extrem ging es mir bei der letzten Ausgabe so. Ich schlage das Heft auf, komme zum Inhaltsverzeichnis und stolpere über den ersten Kommentar zu „Die Wahrheit liegt auf dem Platz". Wir hatten an dem kleinen Text rumgedoktert, aber jetzt: Ein Komma tanzt da gleich zu Beginn an falscher Stelle und die Aussage des letzten Satzes kriegt durch das Wörtchen „der" anstatt der Wörter „für die" genau die umgekehrte Bedeutung als die gewollte – und auch zutreffende. Ein Glück, dass man in der Online-Ausgabe alle diese Fehler dann noch korrigieren kann. Das Magengrummeln ist damit aber nicht weg!

Aber wieso überhaupt Magengrummeln. Ich ärgere mich, aber warum? Weil sich da gleich eine Stimme meldet: „Ich bin nicht gut genug." Diese Stimme! Ich vermute, die meldet sich deshalb, weil wir alle schon früh in der Schule in Bezug auf das Fehlermachen traumatisiert wurden und nun als Lehrer_innen diese Kultur weiter pflegen. Selbst wenn wir uns bemühen, es anders machen zu wollen, zwingt uns das System dazu, in gut und schlecht von eins bis sechs oder von Null bis 15 zu kategorisieren. Wir sind also ganz klassisch Opfer und Täter zugleich.

Aber der Fehlerteufel kann uns ja auch mal einen Witz bescheren, wie ebenfalls in der letzten Ausgabe geschehen. Unser Leser Uli Ludwig (s. Leserbrief auf S. 6) macht uns darauf aufmerksam, dass die indigenen Ur-Einwohner Nordamerikas keine Chirurgen waren, die in Ausübung ihrer Tätigkeit ein *Skalpell* nutzten, sondern dass es sich in diesem Zusammenhang um *Skalpe,* also um die dem getöteten Gegner als Siegestrophäen abgezogene Kopfhaut mitsamt Haaren handelte. Alle in der Redaktion hatten es gelesen und die Verwechslung nicht be-

Foto: Tomasz Konieczny, wikipedia, gemeinfrei

Bei Allem, was wir machen. Der Teufel ist immer mit im Bunde

merkt! (Wie war‘s bei euch?)

So etwas geschieht selten. Oft beschleicht einen neben dem Ärger so etwas wie Scham, wenn es um die richtig derben Fehler geht. Was mir in einer solchen Situation immer wieder einfällt – und so ging es mir auch in diesen Tagen, als ich mich in die Lage des Verantwortlichen in der Behörde hineinversetzte –, ist diese wunderbare Passage aus der „Zauberflöte“, in der *Sarastro* als Oberhaupt eines Priesterstaates, in dem nach eigner Aussage nur „Weisheit, Vernunft, Liebe, Freundschaft und Vergebung“ herrschen, sagt bzw. singt:

In diesen heil’gen Hallen
kennt man die Rache nicht!
Und ist ein Mensch gefallen,
führt Liebe ihn zur Pflicht.
Dann wandelt er an Freundes Hand
vergnügt und froh ins bess’re Land.
In diesen heil’gen Mauern,
wo Mensch den Menschen liebt –
kann kein Verräter lauern,
weil man dem Feind vergibt.
Wen solche Lehren nicht erfreu’n,
verdienet nicht ein Mensch zu sein.

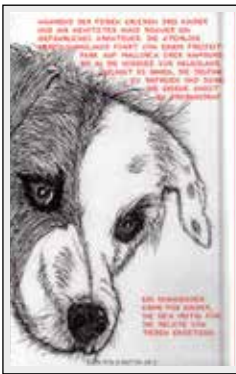
Wir wissen, dass Mozart wie sein Librettist Schikaneder Freimaurer war. Jene Freidenker, die sich schon früh aus der ideologischen Umklammerung der Kirche gelöst hatten und uns wissen lassen wollten – so wie ich die Zeilen interpretiere –, dass wir uns nicht von den bösen Mächten in Form unseres schlechten Gewissens überwältigen lassen sollen.

In diesem Sinne wünsche ich allen Kolleg_innen den Mut, sich selbst Fehler zuzugestehen und die Größe, sich anderen gegenüber nachsichtig zu zeigen.

JOACHIM GEFFERS

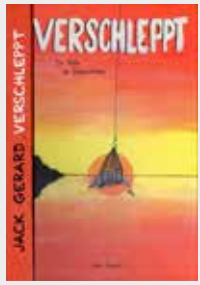
Siehe dazu auch den Artikel auf Seite 18f

ANZEIGEN 04101-842 671



Für Ihre Bestellungen aus dem Schulbereich oder für die Schulbibliothek im Rahmen des Themas **Wale&Delfine** stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

• *Rabatte (z.B. für Klassensätze)*



kontakt@jackgerard.de
www.verschleppt-delfine-in-not.de

Praxis für Psychotherapie und Supervision

- Freude am Leben
- Selbstvertrauen
- Gelassenheit
- Videositzungen möglich

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HeilprG, ehem. Lehrer

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundung engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de

ANZEIGEN 04101-842 671 ANZEIGEN 04101-842 671

Hier könnte Ihre
private oder gewerbliche Anzeige stehen!

HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2021 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) / **info@h-l-f.de**

hlz-Fragebogen (bitte Ziffern ankreuzen)

Wer analog antwortet, bitte Blatt raustrennen und an die GEW, Rothenbaumchausee 15, 20148 Hamburg schicken. Wird mehr Platz für Anregungen benötigt, bitte Extrablatt [illegible] oder an hlz@gew-hamburg.de schicken. **Bitte bis zum 15. Juni zurücksenden** [illegible] Alles online bearbeiten.

oder unter
www.gew-hamburg.de/hlz-umfrage-2021

hlz-Umfrage!

Wir brauchen eure Meinung

Sozialstatistische Kategorien

Geschlecht
(1) w (2) m (3) d

Alter
(1) bis 25
(2) 26-35
(3) 36-45
(4) 46-55
(5) 56-65
(6) über 65

Bereich
(1) Grundschulen
(2) Stadtteilschulen
(3) Gymnasien
(4) Berufliche Schulen
(5) Sonderschulen / ReBBZ
(6) Hochschule und Forschung
(7) Kita
(8) Studierende
(9) Ruheständler_innen
(10) Erwerbslose
(11) PTF
(12) Schulverwaltung
(13) Erwachsenenbildung

Bist du Funktionsträger_in der GEW?
(1) Ja
(2) Nein
(3) Personalrats- oder Betriebsratsmitglied

Lesegewohnheiten

Bitte auf Extrablatt mit in den Umschlag oder per Mail an uns: hlz@gew-hamburg.de

Seit wann beziehst du die hlz?
(1) seit weniger als 2 Jahren
(2) seit mehr als 2 Jahren

(4) I [illegible] durch
(5) Ic [illegible] nge

Wie ge [illegible] Ve
andere [illegible] que
auf bild [illegible] wer
Themen
ie hlz is
) wichtig [illegible] (3)
chtig als
e Bunde [illegible]) (3
Interne [illegible] 1) (
* der Newsle [illegible]) (
* Social Medi [illegible] stag
(1) (2) (3)
* persönliche K
* das GEW Bret [illegible]) (3

Inhaltliches

Welche Art von Be [illegible] du
gerne (Mehrfachne
(1) Erfahrungsbericht
(2) Service/Berichte a [illegible] -
gruppen, Lehrer_in
(3) innergewerkschaftlic
(4) Rezensionen
(5) Geschichte der GEW
(6) historische Themen (z.
(7) aktuelle politische The
Corona, Frieden, Umwe
(8) Antifa
(9) „Aus der Redaktion“
(10) Rätsel
(11) pädagogische Themen (z.
Digitalisierung)
(12) Editorial
(13) Nachrichten / Leser_innenb
(14) Wirtschaftspolitik
(15) Internationales

Als Bildungsgewerkschaft vertrit [illegible]
zum einen Arbeitnehmerinteresse [illegible]
anderen bearbeitet sie bildungspolitische Themen. Welche Erwartung hast du an die

(2) eher mehr auf „Arbeitnehmerinteressen“ als auf „bildungspolitische Themen“
(3) eher mehr auf „bildungspolitische Themen“ als auf „Arbeitnehmerinteressen“
(4) überwiegend auf „bildungspolitische Themen“

Bewerte bitte die folgenden Aussagen über die hlz mit (1) stimmt (2) stimmt überwiegend (3) stimmt weniger (4) stimmt nicht
Die hlz
* bringt informative und aktuelle Infos
(1) (2) (3) (4)
* bringt Infos, die an anderer Stelle nicht zu erhalten sind
(1) (2) (3) (4)
* vernachlässigt meine Berufsgruppe
(1) (2) (3) (4)

GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchausee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück, DPAG Entgelt bezahlt

Alles in allem betrachtet: Mit welcher Schulno [illegible]
würdest du das äußere / grafische Erscheinungs [illegible]
bild der hlz insgesamt bewerten?
(1) (2) (3) (4) (5) (6)

Die hlz im Internet

Was ist wichtig?
(1) ich lese nur die Printausgabe
(2) leichterer Zugriff auf Onlineausgabe
(3) Benutzerfreundlichkeit (teilen, kommentier [illegible]
etc.)
(4) sollte auch in Social Media (facebook, Twit [illegible]
Instagram) zur Verfügung stehen

Nutzt du die Internetausgabe der hlz?
ft nur online

inen interessanten

h, den Internetauftr [illegible]

ormulierung)
ten Zeit haben dir

att mit in den
r Mail an uns:
mburg.de

z / Vorschläge?

att mit in den
r Mail an uns:
mburg.de

n Titelbilder ist dei
ngeben)

alle eure Angaben